LANDTAGSSPIEGEL 2025

39. Jahrgang

LANDTAG VON
BADEN-WÜRTTEMBERG

Inhalt

→ 01 **Editorial**
Landtagspräsidentin Muhterem Aras

→ 02 **„Zielorientiertes Handeln zwischen Regierung und Haushaltsgesetzgeber“**
Ein Gastbeitrag von Axel Habermehl

→ 06 **Forum der Fraktionen**
Meinungsbeiträge von
GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD

→ 16 **80 Jahre Kriegsende. Wege des Erinnerns.**
→ Gedenkstunde des Landtags zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus anlässlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau vor 80 Jahren am 27. Januar 1945
→ Gedenken des Landtags in der Plenarsitzung am 14. Mai 2025 zum 80. Jahrestag der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg
→ Prof. Dr. Martin Sabrow und Landtagspräsidentin Aras im Austausch über die Zukunft der Erinnerungskultur
→ Gedenken weiterdenken
→ Der Landtag als Förderer und Stütze der Gedenkarbeit

→ 21 **Der Landtag und seine Mitglieder**
→ 22 Der Landtag – Aufgaben und Arbeitsweise
→ 23 Das Präsidium / Die Ausschüsse
→ 28 Sitzordnung
→ 30 Wahlkreiskarte
→ 31 Die Abgeordneten
→ 39 Die Fraktionen / Berufliche Gliederung
→ 40 Das Kabinett
→ 41 Landtags-ABC

→ 50 **WERTSACHEN – Was uns zusammenhält**
Veranstaltungen in Kehl und Stuttgart

→ 52 **Die Landtagskrokodile – Urzeitknochen in Gefahr**
Mit einer Detektivgeschichte das Interesse von Kindern an Politik wecken

→ 54 **Über 50 Jahre Sportgemeinschaft im Landtag**
Basketball, Fußball, Wandern und mehr

→ 56 **Kunst im Landtag**
Marinis Reiterstatue als Blickfang

→ 57 **Veranstaltungen und Begegnungen**
Ein Kaleidoskop

→ 64 **Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Landtags**
Botschafter für die Werte der Demokratie

→ 65 **Sitzungsplan und Impressum**
Terminübersicht Juli – Dezember 2025

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die parlamentarische Demokratie in Deutschland entstand in ihrer heutigen Form aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges. Unser Grundgesetz und die Landesverfassung verdanken wir den Lehren, die Deutschland nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gezogen hat. Einer von vielen Gründen, als Landtag von Baden-Württemberg in vielfältiger Form Erinnerungskultur lebendig zu halten und damit ganz besonders im Austausch mit jungen Menschen für unsere Grundwerte zu werben. Dafür steht der Landtag – als offenes Haus für Besuchergruppen bei Plenardebatten, bei Abgeordnetengesprächen, während des Bürgerfests und der Langen Nacht der Museen oder bei vielfältigen Veranstaltungsformaten der Fraktionen und der Präsidentin.

Auch im diesjährigen Landtagsspiegel geben die im Landtag vertretenen Fraktionen wieder einen Einblick in die Schwerpunkte ihrer Arbeit; unser Serviceteil gibt Ihnen weitere Auskünfte zu Fraktionen und Gremienarbeit. Einen journalistischen Blick auf die politischen Debatten des Jahres wirft Axel Habermehl.

Im Kaleidoskop informieren wir über die vielfältigen Veranstaltungen des letzten Jahres; zu Gast war der Landtag in Lahr, Kehl und Biberach. Ein Highlight der besonderen Art war sicherlich der Dreh einer Folge der SOKO Stuttgart, der neben der kriminalistischen Story nicht nur das Landtagsgebäude sehr schön in Szene setzte, sondern auch die wichtige Arbeit unseres Besucherdienstes prominent darstellte. Die Folge „Im Schatten der Macht" erlaubte einen kleinen Einblick in den Politikbetrieb, und mit der Preview fanden Hunderte von Menschen den Weg – teils zum ersten Mal – in den Landtag. Schon jetzt richtet sich eine Vielzahl von Angeboten der Landtagsverwaltung an Jugendliche und Kinder. Diese Angebote werden zukünftig ergänzt durch ein Kinderbuch, das wir Ihnen in diesem Landtagsspiegel vorstellen möchten.

Wie wichtig Zusammenhalt und Teamwork sind, verdeutlichen die Sportgemeinschaft des Landtags sowie die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg; beide werden vorliegend porträtiert.

Thematischer Schwerpunkt dieser Ausgabe ist das 80-jährige Kriegsende, dessen der Landtag am 14. Mai vor der ersten Plenarsitzung gedachte. Über die Zukunft der Erinnerungskultur spreche ich im Interview mit Prof. Dr. Martin Sabrow, dem Festredner der diesjährigen Gedenkstunde des Landtags zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Anlässlich des 80. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau lag der Schwerpunkt anders als sonst nicht auf einer bestimmten Opfergruppe, sondern auf der Gedenkkultur selbst. Eine Besonderheit der zentralen Gedenkfeier in Baden-Württemberg ist, dass sie von den Verbänden der Opfergruppen mit vorbereitet wird. Diesen Partnern gilt mein großer Dank, dass wir so vertrauensvoll und zukunftsorientiert miteinander arbeiten. Mein Dank gilt auch allen Abgeordneten, die jeden Tag mit großem Engagement für die parlamentarische Demokratie im ganzen Land unterwegs sind und für die Werte des Grundgesetzes einstehen.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, danke ich im Namen des Landtags für Ihr Interesse an unserer Arbeit. Kommen Sie uns gerne einmal (wieder) besuchen!

Muhterem Aras MdL
Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

„Zielorientiertes Handeln zwischen Regierung und Haushaltsgesetzgeber“

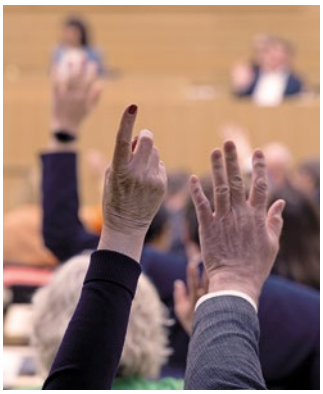
EIN GASTBEITRAG VON AXEL HABERMEHL

Landespolitischer Korrespondent und
Mitglied der Landespressekonferenz Baden-Württemberg

Am Ende geht es ums Geld. Als der Landtag von Baden-Württemberg am 18. Dezember zum letzten Mal im Jahr 2024 zusammenkommt, steht das Budget für den Rest der Legislaturperiode auf der Tagesordnung: der Doppelhaushalt für 2025 und 2026, der voraussichtlich letzte Etat der grün-schwarzen Koalition unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne).

Rund 5.000 Seiten umfasst der Finanzplan. Seit Monaten haben Parlamentarier, Regierungsvertreter und Beamte daran gearbeitet. Hunderte Änderungsanträge wurden gestellt, diskutiert und abgestimmt. Nun kommen die Abgeordneten im Plenum ihrem Königsrecht nach. Sie entscheiden, wofür das Geld des Landes ausgegeben werden soll.

Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) erinnert am Rednerpult daran, dass wenige Wochen vorher in Berlin die Ampelkoalition im Streit zerbrochen ist. „Auch bei unseren Nachbarn in Frankreich ist das erste Mal seit über 60 Jahren eine Regierung zu Fall gebracht worden", sagt Bayaz. „In beiden Ländern ist die Regierung an der Aufstellung eines Haushalts gescheitert. Dies mache deutlich, welchen Wert Haushaltsverhandlungen ohne „politische Nebengeräusche" hätten. „Dazu gehört eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Regierung und ein zielorientiertes Handeln zwischen Regierung und Haushaltsgesetzgeber. Beides war in Baden-Württemberg gegeben." CDU-Fraktionschef Manuel Hagel sagt: „Wir reden nicht nur von Zukunft, wir schaffen sie. Dieser Haushalt ist ein Haushalt der mutigen Entscheidungen."



Es ist ein Rekordhaushalt: 135,42 Milliarden Euro umfasst er. Zwar sind große Teile wie immer fest verplant, allein der Anteil der Personalausgaben liegt nach Angaben des Finanzministeriums bei knapp 36 Prozent. Doch auch die Summen, über die die Gesetzgeber verfügen können, sind beträchtlich. „Das Zahlenwerk markiert das Ende einer Epoche", kommentiert die „Stuttgarter Zeitung" – auch mit Blick darauf, dass Wahlkampf ansteht. Der für die vorgezogenen Bundestagswahlen ist längst in vollem Gange, jener für die Landtagswahlen 2026 dürfte sich anschließen. Sowohl Hagel als auch Cem Özdemir für die Grünen laufen sich warm für ihre Spitzenkandidaturen.

Doch noch sind Grüne und Schwarze Verbündete und noch haben sie genügend Mittel, um jeweils Schwerpunkte setzen zu können. Nicht nur investiert das Bündnis massiv in Infrastruktur, in die Sanierung von Brücken, Schulen oder Schwimmbädern, es gibt auch Geld für Personal. Innenminister Thomas Strobl (CDU) erhält für die Polizei rund 650 neue Stellen, Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) 300 zusätzliche Lehrerstellen.

Im Haushalt sind Vorhaben abgebildet, die Regierung und Parlament in den Monaten zuvor beschäftigt haben. 216 Millionen Euro etwa steckt das Land in die frühkindliche Sprachförderung – der Einstieg in ein langfristig aufgesetztes Projekt vor allem zur Förderung von Kindern aus migrantischen Familien.

Bereits acht Monate vorher hatten sich Grüne und CDU auf dieses Sprachförderpaket geeinigt. Dass die beiden bildungspolitisch so unterschiedlich aufgestellten Koalitionspartner sich in dieser Frage so weitgehend verständigen konnten, lag nicht nur an der gemeinsamen Einsicht in die Notwendigkeit der Maßnahmen. Es war auch Ergebnis einer überraschenden parlamentarischen Anomalie.

Schon ein Jahr vor der vorweihnachtlichen Abstimmung über den Haushalt hatte es im Landtag plötzlich Signale für parteiübergreifende Zusammenarbeit in der Bildungspolitik gegeben. Schnell war das Wort „Schulfrieden" in der Welt und beschäftigte die Landespolitik in den ersten Monaten 2024. Grüne und CDU sprachen mit SPD und FDP über langfristige Übereinkünfte, um die Schulen vor hektischen Reformen im Takt der Regierungswechsel und Legislaturperioden zu schützen. „Das Ziel muss sein, dass wir über alle Punkte reden", forderte SPD-Fraktionschef Andreas Stoch damals. „Wir sind optimistisch, dass es Ergebnisse gibt", sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Rülke nach dem ersten Gipfeltreffen.

Die AfD war wie immer von solchen fraktionsübergreifenden Gesprächen ausgeschlossen. Auch sonst hinterließ ihre Fraktion inhaltlich keine Spuren, genügte sich in Generalkritik und Provokationen, aalte sich in ihrer Lage als Paria und Profiteur von Krisen und Verdruss. Auch das Scheitern der „Schulfriedens"-Verhandlungen, suchte die AfD auszuschlachten. Denn schon beim zweiten Treffen auf Chef-Ebene in Bebenhausen im Mai 2024 kenterte das Vorhaben. Doch der Prozess blieb nicht folgenlos. Auch unter dem Druck der parteiübergreifenden Avancen hatten sich Grüne und CDU auf mehr als das Sprachförderpaket geeinigt, das im Endausbau rund 400 Millionen Euro im Jahr kosten soll. Sogar in Fragen der Schulstrukturen, die eigentlich als unantastbar markiert waren, fand die Koalition überraschend Kompromisse. So wurde die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) beschlossen, eine härtere Grundschulempfehlung und eine Reihe von Maßnahmen an Haupt- und Werkrealschulen, Gemeinschaftsschulen und Realschulen. Den letzten Knopf nähte schließlich das Parlament an die Reform, im Januar 2025 fand die letzte Lesung statt.

Auch in vielen anderen Bereichen, die die Bürger im Land auf ganz unterschiedlichen Feldern des Lebens betreffen, fasste das Landesparlament in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 und Anfang 2025 teils weitgehende Beschlüsse. Die finanziell zuletzt arg gebeutelten Kommunen bekamen außerplanmäßig zweimal 150 Millionen Euro für Krankenhäuser. Rund um die Einrichtung einer Pflegekammer gab es erhebliche Irritationen, die zwischenzeitlich zu Grummeln in der Koalition führten. Insbesondere an der Rolle von Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) gab es damals Kritik.

Auch in Fragen um die Erweiterung des Nationalparks rang die Koalition miteinander. Trotz einer Einigung zwischen Kretschmann und Hagel verzögerte die Union das im gemeinsamen Koalitionsvertrag vereinbarte Projekt, stimmte dann aber doch zu. Die Koalition stritt, erstarrte aber nicht im Streit. Sie einigte sich in der zweiten Jahreshälfte 2024 auch auf strittige Vorhaben wie eine Novelle der Bauordnung und ein Landesplanungsgesetz, beschloss ein Mobilitätsgesetz und versuchte sich mit einem kommunalen Regelungsgesetz am Bürokratieabbau. „Die Demokratie im Südwesten zeigt sich quicklebendig", lobte der „Staatsanzeiger" Ende 2024.

Auch mit sich selbst beschäftigte sich das Parlament: Es gab schwere mediale Kritik an Forderungen von Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) nach einem erheblichen Stellenzuwachs für die Landtagsverwaltung – am Ende fiel das Plus deutlich geringer aus. Das letztlich gescheiterte Volksbegehren „Landtag verkleinern", das eine Wahlrechtsreform erzwingen wollte, war ein Topthema im Parlament – und in der Öffentlichkeit. Auch der starke Anstieg der beim Landtag angestellten Parlamentarischen Berater der Fraktionen wurde medial kritisch kommentiert, genau wie der Vorstoß des Staatsministeriums, Geisteswissenschaftler künftig einfacher verbeamten zu können.

Immer wieder fanden auch aktuelle Ereignisse Niederschlag im Parlament: Die Messerattacke in Mannheim etwa, bei der im Mai 2024 ein afghanischer Islamist den Polizisten Rouven Laur so schwer verletzte, dass er zwei Tages später verstarb, beschäftigte nicht nur den Innenausschuss. Auch im Plenum wurden die Tat und ihre Folgen debattiert.

Dass die Arbeit in der Koalition im aufziehenden Wahlkampf schwieriger wird, ließ sich ebenfalls im Plenum erleben, etwa am Beispiel Antidiskriminierungsgesetz. Im Koalitionsvertrag hatte Grün-Schwarz festgelegt, es einzuführen – von Anfang an gegen den Widerstand der CDU, die sich damals aber beugte. Inzwischen aber steht die Union stabiler da, wirkt geschlossen und liegt in Umfragen vorne. Aus dieser neuen Kraft speist sich der Widerstand gegen das Antidiskriminierungsgesetz. In einer Landtagsdebatte im Oktober wurden Differenzen zwischen den Regierungsfraktionen öffentlich sichtbar. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Landtagsspiegels Anfang Mai 2025, hat die Koalition keine Einigung erreicht. Verhandelt aber wird hinter den Kulissen weiter. Gut möglich, dass man sich noch einigt. Falls ja, wird man es erfahren, spätestens wenn der Kompromiss in Gestalt eines Gesetzes auf der Tagesordnung des Landtags steht.

Für ein Land, das für alle gut funktioniert

MEINUNGSBEITRAG DER FRAKTION GRÜNE

Die Grüne Landtagsfraktion im Plenarsaal (Montage).

Trump und die Folgen, Rechtsruck in Europa, Demokratie unter Druck: Wir leben in Zeiten großer Verunsicherungen. Die Auswirkungen sind weltweit zu spüren – auch hier bei uns in Baden-Württemberg. Umso wichtiger ist eine Politik, die klare Orientierung gibt und Zuversicht ermöglicht. Dafür stehen wir als führende Fraktion im Landtag. Wir bringen Klimaschutz und eine starke Wirtschaft zusammen. Wir stehen ein für Zusammenhalt in Vielfalt. Wir denken Sicherheit und Freiheit zusammen. Gerade jetzt!

Klimaschutz sichert Wohlstand und Lebensqualität
Klimaschutz ist eine Investition in ein lebenswertes Baden-Württemberg – für uns und unsere Kinder. Und: Im Klimaschutz liegt enormes Potenzial für unsere Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns ehrgeizige Ziele. Wir machen Baden-Württemberg bis 2040 klimaneutral. Und wir kommen voran: Über 1.000 neue Windkrafträder sind gerade in der Pipeline und gehen bald an den Start. Die Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen haben wir enorm beschleunigt. Und auch die Solarpflicht, die wir eingeführt haben, zeigt Wirkung: Allein im Jahr 2024 hat das Handwerk zwei Gigawatt zusätzliche Photovoltaikleistung auf die Dächer gebracht. Das bedeutet grünen Strom für über eine Million Haushalte!

Beim Wohnen bringen wir Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen: Die Landeswohnbauförderung haben wir in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut. In den Jahren 2025/26 stellen wir über 1,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnraum bereit. Um Baukosten zu senken, suchen wir nach klimafreundlichen Lösungen. Wir fördern gemeinschaftliche Wohnformen, Baustoff-Recycling und das Bauen mit Holz. In den Städten heben wir das Potenzial zur Nachverdichtung.

Wirtschaft und Innovation fördern, Fachkräfte gewinnen
Unsere Wirtschaft steht vor enormen Herausforderungen. Dazu gehört der Fach- und Arbeitskräftemangel. Um unseren Wohlstand zu sichern, sind wir auf gut qualifizierte Fachleute aus dem Ausland angewiesen. Und wir müssen schneller und besser darin werden, ausländische Fachkräfte in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu braucht es eine gute Beratung aus einer Hand und weniger Bürokratie, um ausländische Berufs- und Studienabschlüsse schneller anzuerkennen. Genau dazu haben wir die Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften (LZF) aufgebaut, die im April 2025 gestartet ist. Damit bietet Baden-Württemberg nun eine zentrale und spezialisierte Anlaufstelle für Unternehmen, die Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen möchten.

Unser Baden-Württemberg ist ein starker Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort. Unternehmen aus aller Welt entwerfen hier die Zukunft. Dieses Engagement fördern wir, um unser Land an der Spitze zu halten. Mit dem Cyber Valley haben wir zum Beispiel

GRÜNE

gruene-landtag-bw.de

fraktiongruenbw gruenelandtagbw fraktiongruenbw

Rückenwind für Erneuerbare und sauberen Strom: Über 1.000 neue Windkraftanlagen sind in der Planung und gehen bald an den Start.

Europas größtes Forschungsnetzwerk für Künstliche Intelligenz geschaffen, an dem zahlreiche Partner aus Wissenschaft und Industrie beteiligt sind.

Für Zusammenhalt in Vielfalt

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder die gleichen Chancen hat. Egal woher die Eltern kommen oder wie viel Geld sie haben. Die Weichen für Teilhabe werden früh im Leben gestellt. Wir zeigen Wege aus der Armut auf und fördern Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut im ganzen Land. Wir haben eine Familienförderstrategie erarbeitet, damit alle Kinder in Baden-Württemberg gut aufwachsen und aktiv an der Gesellschaft teilhaben können.

Alle Menschen haben das Recht auf ein Leben ohne Benachteiligung und Diskriminierung – unabhängig von Aussehen, sexueller Orientierung, Alter oder Religion. Deshalb haben wir – gemeinsam mit vielen Partnern aus der Zivilgesellschaft – einen Aktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung auf den Weg gebracht. Wir stehen ein für ein offenes und buntes Baden-Württemberg und machen uns mit Beratungsangeboten und vielen Projekten für die Rechte von queeren Menschen stark. Wir arbeiten konsequent an der Gleichstellung von Frauen und Männern – und zwar in jeder Hinsicht: gesellschaftlich, wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell und digital. Auf Grundlage einer umfassenden Beteiligung setzen wir auf eine nachhaltige Strategie, an der alle Landesministerien beteiligt sind.

Runter von der Straße, rauf aufs Binnenschiff: Bei der Verlagerung von Güterverkehr brauchen wir die Wasserstraßen, und Häfen wie dieser in Plochingen sind dafür wichtige Umschlagplätze.

Bildungsgerechtigkeit fängt vor der Einschulung an

Voraussetzung für gleiche Chancen und Teilhabe ist eine gute Bildung – für alle von Anfang an. Dabei spielt die Sprache eine Schlüsselrolle. Je früher wir Kinder zielgerichtet in ihrer Sprachkompetenz fördern, desto größer der positive Effekt für ihre Entwicklung – das belegen zahlreiche Studien. Genau hier setzen wir mit unserem umfassenden Bildungspaket an.

In den kommenden Jahren investieren wir massiv in Sprachförderprogramme – für Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung und in der Grundschule. Die Mittel werden von gut 100 Millionen Euro im Jahr 2025 auf über 340 Millionen Euro bis 2031 steigen. Denn wir sind überzeugt: Nirgends ist Geld so gut investiert wie in die Bildung unserer Kinder. Auch mit dem neu aufgesetzten neunjährigen Gymnasium und der Neuausrichtung der weiterführenden Schulen insgesamt setzen wir unseren Weg konsequent fort – hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Für Sicherheit und Freiheit

Wir leben in einer Zeit, in der unsere offene Gesellschaft von innen und von außen massiv bedroht und angegriffen wird. Gerade jetzt müssen wir unsere Demokratie und unsere Freiheit verteidigen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg ein Land bleibt, in dem alle Menschen sicher und frei leben können. Deshalb kämpfen wir konsequent gegen Hasskriminalität. Zum Beispiel mit dem ressortübergreifenden Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze" und einer Task-Force beim Landeskriminalamt. Wir sensibilisieren und stärken unsere Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und wappnen sie im Kampf gegen die Feinde unserer freien Gesellschaft.

Für ein Land, das für alle gut funktioniert

Unser Ziel ist ein Land, das für alle gut funktioniert. Ob Klimaschutz, Wirtschaft, Vielfalt, Bildung oder Sicherheit. Wir reden nicht nur darüber, wie es besser geht. Wir bringen ganz konkrete Gesetze und Maßnahmen auf den Weg. Unser Motto lautet: Einfach machen. Gerade jetzt!

Gutes schaffen: unser Auftrag für ein starkes Baden-Württemberg

MEINUNGSBEITRAG DER CDU-FRAKTION

Girls' Day bei der CDU-Fraktion.

Fraktionsreise nach Rom.

Baden-Württemberg ist eine echte Erfolgsgeschichte. Seit über 70 Jahren zeigt unser Land, dass mit Tüchtigkeit, Fleiß, Innovationskraft und Zusammenhalt Großes entstehen kann. Aus einem armen Agrarstaat wurde ein wirtschaftliches Kraftzentrum – ein Hightech-Land mit weltweiter Strahlkraft. Das verdanken wir den Menschen: den Unternehmerinnen und Unternehmern, dem Mittelstand, den Handwerkerinnen und Landwirten, den engagierten Ehrenamtlichen, der Wissenschaft, der Kultur, unseren Vereinen und unserer starken Gesellschaft. Es ist diese besondere Mischung aus Heimatverbundenheit und Lust auf Neues, aus Tradition und Moderne, die unsere Baden-Württemberg-DNA ausmacht.

Diese Grundhaltung war stets Kompass erfolgreicher Landespolitik. Unter erfolgreichen Ministerpräsidenten der CDU wurde Baden-Württemberg zum Vorreiter für Technologiepolitik und Internationalisierung – mit Weitblick und Tatkraft wurde unser Land zum wirtschaftlichen Motor Deutschlands. Mit ruhiger Hand und klarem Wertekompass, mit einer Politik der Verantwortung und des Ausgleichs konnten Meilensteine in Bildung, Umweltschutz und kommunaler Stärke gesetzt werden. Baden-Württemberg wurde zum Kinderland und unser Land wurde fit gemacht für die digitale und wirtschaftliche Zukunft.

Freiheit ermöglichen – Verantwortung leben

Auch heute stehen wir für ein Baden-Württemberg, das seine Chancen nutzt. Wir glauben an die Stärke der Menschen – an Ideenreichtum, Leistungsbereitschaft und Mut zur Verantwortung. Freiheit braucht Ordnung. Wohlstand braucht Innovation. Fortschritt braucht Verlässlichkeit. Deshalb setzen wir auf eine starke Wirtschaft, auf Technologieoffenheit, Eigeninitiative und weniger Bürokratie.

Im Doppelhaushalt 2025/2026 stärken wir die Innovationskraft gezielt. Über 200 Millionen Euro fließen in Invest BW, Start-up BW, die Fachkräfteoffensive, Wasserstoff-Elektrolyseure, KI-Forschung und Zukunftstechnologien. Damit unterstützen wir Mittelstand, Handwerk, Gründung und Forschung – in der Fläche und im Zentrum.

CDU

cdufraktion-bw.de

CDUFraktionBW
CDU_FraktionBW
CDUFraktionBW
cdu_fraktion_bw

Fraktionsklausur in Bad Rappenau.

Auch auf Bundesebene zeigt sich: Christdemokratische Politik bringt Deutschland wieder auf Kurs. In den Koalitionsverhandlungen konnten wir wichtige Impulse setzen – mit einem Innovationsbooster für die Wirtschaft, fairen Rahmenbedingungen und einer klaren Migrationspolitik. Zurückweisungen an der Grenze und geordnete Zuwanderung machen unser Land handlungsfähig.

Chancen schaffen – durch beste Bildung
Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe und Fortschritt. Jeder Mensch soll die besten Chancen bekommen – unabhängig von Herkunft oder Umfeld. Unser Bildungssystem braucht Verlässlichkeit, Qualität und Differenzierung. Wir stehen für ein leistungsorientiertes, mehrgliedriges Schulsystem und individuelle Förderung.

Deshalb investieren wir über 1 Milliarde Euro in Bildung: 850 Millionen Euro für Ganztagsangebote, 250 Millionen für den Schulbau und gezielte Mittel für Sprachförderung. Denn Bildung ist nicht nur ein System. Sie ist die persönliche Chance in einer Welt im Wandel.

In Baden-Württemberg daheim – in Stadt und Land
Gute Politik hat das ganze Land im Blick: urbane Zentren und ländliche Räume, Innovationscluster und bäuerliche Familienbetriebe. Deshalb investieren wir in Infrastruktur – in Straßen, Schienen, Radwege, digitale Netze und moderne Verwaltung. Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum, ermöglichen Eigentum und beschleunigen Planungen. Mit über 300 Millionen Euro Wohnraumförderung und Programmen wie „Soziale Integration im Quartier" helfen wir dort, wo es zählt. Fast 300 Millionen Euro fließen in das Deutschlandticket und das Jugendticket. Auch den Schienenverkehr bauen wir weiter aus.

Sicherheit zählt – und zwar ganzheitlich
Sicherheit ist Grundlage für Freiheit und Zusammenhalt. Sie beginnt bei der Polizei, reicht aber weiter. Wir investieren in Justiz, Katastrophenschutz, digitale Sicherheit und Gesundheitsvorsorge.

Der Haushalt 2025/2026 setzt klare Zeichen: über 100 neue Stellen bei den Staatsanwaltschaften, eine neue Einheit gegen Finanzkriminalität, 43 Millionen Euro für Rettungsdienste und Katastrophenschutz. Sicherheit bedeutet für uns auch: verlässliche Versorgung und widerstandsfähige Infrastrukturen – überall im Land.

Unsere Schöpfung bewahren – mit Technik und Vernunft
Wir setzen auf kluge Lösungen im Umweltschutz. Auf Technologie statt Ideologie. Auf Innovation statt Verbote. Wir fördern grünen Wasserstoff, unterstützen CCS- und CCU-Verfahren und stärken gezielt die Klimaanpassung.

22 Millionen Euro stehen für kommunale Klimaprojekte bereit – damit Städte und Gemeinden besser auf Hitze, Trockenheit oder Starkregen reagieren können. Unser Ziel: Baden-Württemberg soll Vorbild sein. Nicht durch Belehrung, sondern durch die besten Geräte, Ideen und Technologien der Welt – „Made in Baden-Württemberg".

Unsere Kommunen – stark mit uns an der Seite
Starke Kommunen sind das Rückgrat unseres Landes. Wir unterstützen sie gezielt: mit 350 Millionen Euro Soforthilfe für Krankenhäuser, über 800 Millionen Euro für Investitionen in die Gesundheitsversorgung und 300 Millionen Euro für die Entlastung bei den Flüchtlingskosten. Mit zusätzlichen Mitteln im kommunalen Finanzausgleich geben wir den Städten und Gemeinden mehr Spielraum. Verlässlich, planbar und pragmatisch.

Gemeinsam anpacken – für unser Land
Unsere Fraktion ist ein Spiegel Baden-Württembergs: jung und erfahren, weiblich und männlich, akademisch und handwerklich geprägt. Uns eint die Liebe zum Land, die Bereitschaft zur Verantwortung und der Mut zur Gestaltung. Wir packen als Team an. Für ein Baden-Württemberg, das stark bleibt. Für ein Land, das seine besten Zeiten noch vor sich hat.

Besuch der Hauptschaltleitung von TransnetBW.

Mehr tun, damit das Land mehr kann

MEINUNGSBEITRAG DER SPD-FRAKTION

Wie bleibt unsere Wirtschaft in Fahrt? Abgeordnete der SPD-Fraktion informieren sich bei Porsche in Stuttgart.

19 Abgeordnete machen die SPD zur größten Oppositionsfraktion. Die SPD fordert eine deutlich aktivere, tatkräftigere Rolle des Landes – sei es gegen die Krise unserer Wirtschaft, gegen die Wohnungsnot oder für bessere Kitas, Schulen oder für mehr Klimaschutz. Der aktuellen Landesregierung werfen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders vor, bei vielen Problemen nur zuzuschauen statt zuzupacken.

Mehr für die Zukunft unserer Wirtschaft

Ob beim Wechsel zum E-Mobil oder bei der Digitalisierung, durch unfaire Konkurrenz oder Unruhe auf den Weltmärkten durch Trump und Co.: Gerade unsere Wirtschaft in Baden-Württemberg hat besonders viele Herausforderungen zu bewältigen. Darum muss man in Baden-Württemberg auch besonders viel tun. Hier sieht die SPD auch die Landesregierung in der Pflicht, diesen Wandel zu begleiten. Es kann nicht sein, dass Grün-Schwarz die massiven Anstrengungen des Bundes fordert und begrüßt, aber selbst nicht anpackt. Es geht darum, gute und sichere Arbeitsplätze zu erhalten und die Zukunft Baden-Württembergs als Top-Wirtschaftsstandort zu sichern. Wichtig sind Strategien für angewandte Forschung, Industrieansiedlung und Energieversorgung, Programme zur Weiterbildung für alle Beschäftigten sowie eine effiziente Start-up-Förderung. Unverzichtbar sind für die SPD auch kraftvolle Wirtschaftshilfen des Landes in der Transformation. Und gerade Baden-Württemberg braucht eine Strategie gegen Arbeitskräftemangel und auch für eine geregelte Zuwanderung von Fachkräften. Dass die SPD die Gebühren für ausländische Studierende ablehnt, erklärt sich also von selbst.

SPD

spd-landtag-bw.de

spdlandtagbw
spdlandtagbw
spdlandtagbw
spdlandtag_bw
spdlandtag_bw

Notfallgipfel: Gegen die Schließung von Notfallpraxen brachte die SPD kommunale Verantwortliche aus dem ganzen Land zusammen.

Mehr für bezahlbares Wohnen

Baden-Württemberg ist eines der teuersten Bundesländer geworden, wenn es um das Wohnen geht. Selbst Normalverdiener geraten an ihre Grenzen, und immer mehr Menschen wohnen nicht mehr dort, wo es für sie sinnvoll wäre, sondern dort, wo sie es sich noch leisten können. Der Effekt sind gewaltige Pendlerströme, Staus und eine ungeheure Verschwendung von Energie und Zeit. Für die SPD ist längst bewiesen, dass der Immobilienmarkt alleine dieses Problem nicht lösen kann. Die Fraktion fordert darum massive staatliche Programme für den Wohnungsbau. Und einmal mehr kritisiert sie die Landesregierung. Die hat ein eigenes Ministerium geschaffen, doch das produziert aus Sicht der SPD bisher vor allem neue Kosten statt neuer Wohnungen.

Mehr für Klima und Umwelt

Beim Klimaschutz oder der Energie- und Verkehrswende teilt die SPD ihre Ziele fast völlig mit den Grünen. Doch die SPD kritisiert, dass die Landesregierung auf diesem Feld kaum vorankommt und ausgerechnet das grün geführte Baden-Württemberg bei der Energiewende ein Schlusslicht unter den Bundesländern ist. Die SPD fordert einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien und erheblich mehr Anstrengungen für eine Verkehrswende mit einem deutlich attraktiveren öffentlichen Verkehr.

Mehr für beste Bildung

In den vergangenen Jahren ist Baden-Württemberg in Bildungsvergleichen immer weiter abgerutscht. Es fehlen Fachkräfte an Kitas und Schulen, es fehlen gute digitale Ausstattung und Ganztagsangebote. Für die SPD ein untragbarer Zustand, wenn Baden-Württemberg ein Spitzenstandort bleiben will. Die SPD setzt sich für die Einstellung von erheblich mehr Fachkräften ein und will die Schulen auch durch Sozialarbeiter, Assistenten und Helfer aus der Gesellschaft stärken, also zum Beispiel durch Freiwillige aus Sport- oder Musikvereinen. Die SPD ist für kostenlose und lebenslange Bildung, also für kostenlose Kitas ebenso wie die Abschaffung aller Ausbildungsgebühren (im Handwerk ebenso wie an Hochschulen) und will zudem, dass berufliche Weiterbildung ein selbstverständliches Recht für alle ist.

Mehr Handeln ist möglich

Die Debatte wiederholt sich praktisch bei jedem Thema: Die SPD fordert tatkräftiges Handeln, Grüne und CDU lehnen es ab. Gerne mit dem Hinweis, es sei gar kein Geld da oder das Land könne sowieso nichts bewirken. Die SPD weist darum immer wieder darauf hin, dass Baden-Württembergs Landesregierung über ganz erhebliche finanzielle Reserven verfügt – und dass es grundfalsch wäre, über die vom Bund geschaffenen neuen finanziellen Möglichkeiten der Länder nicht einmal nachzudenken. Zudem zeigt die SPD gerne auf andere Bundesländer, in denen die Regierungen das vormachen, was laut Grün-Schwarz unmöglich sein soll: Als Land selbst erfolgreich anpacken, statt es bei Ausreden und Aussitzen zu belassen.

Mehr Ideen selbst aus der Opposition

Anpacken und gestalten – das gilt für die SPD sogar aus der Opposition heraus. Und auch das kann gelingen. Immer wieder setzt die Fraktion Impulse, die am Ende von der Regierung aufgegriffen werden. Das kann eine Wahlrechtsreform sein oder Auflagen für den Wechsel von Regierungsmitgliedern in Wirtschaftsunternehmen. Oder die Erkenntnis, dass moderne Schulen genauso professionelle IT-Unterstützung brauchen wie jeder Betrieb. Nicht nur in Krisen arbeitet die SPD dabei auch mit allen demokratischen Fraktionen zusammen. Um mehr zu tun, damit unser Land mehr kann.

Vor Ort: Bürgerempfang der SPD-Fraktion in Biberach mit den Streetdancern der „Funky Kidz".

Stabiler Weg der demokratischen Mitte

MEINUNGSBEITRAG DER FDP/DVP-FRAKTION

Die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

Die Fraktion der Freien Demokraten in Baden-Württemberg ist seit der Landesgründung ununterbrochen im Parlament vertreten. Wir arbeiten daran, unser Bundesland auf einem stabilen Weg der demokratischen Mitte zu halten. Wir setzen uns dafür ein, dass Freiheit, Eigenverantwortung und Augenmaß in der Politik zuverlässig vertreten sind.

Keine grenzenlosen Schulden

Zum ersten Mal mussten wir erleben, dass der Bund mithilfe einer Grundgesetzbestimmung Verfassungsrecht des Landes Baden-Württemberg außer Kraft setzte, um den Landesregierungen neue, anlasslose Verschuldungsmöglichkeiten einzuräumen. Das wollen wir nicht hinnehmen. Wir wehrten uns dagegen, dass der Ministerpräsident Teile der Landesverfassung außer Kraft setzt – ohne einmal den Landtag zu informieren.

Diese anlasslose Neuverschuldungsmöglichkeit wird ungefähr zwei Milliarden Euro pro Jahr betragen. Dazu treten noch Mittel aus dem sogenannten Sondervermögen Infrastruktur (ebenfalls ein neuer Schuldentopf), aus dem das Land pro Jahr ungefähr eine Milliarde Euro ausgeben kann. Wir Freie Demokraten stehen fest zur Schuldenbremse in Bund und Land und lehnen daher dieses Eingeständnis der verfehlten Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre ab. Es gab und gibt damals wie heute genug Einnahmen, um Aufgaben im Infrastrukturbereich zu meistern. Allerdings geht die Koalition aus Grünen und CDU hier den bequemen Weg und leert erstmal alle Reserven bei der Aufstellung des Doppelhaushalts; sie wird absehbar nun mittels eines Nachtragshaushalts die neuen Schuldenmöglichkeiten ausschöpfen. Sparen: Fehlanzeige!

Bevölkerung entscheidet über Parlamentsgröße

Die FDP-Landtagsfraktion hat bereits während der Verhandlungen über ein neues Wahlrecht in Baden-Württemberg im Jahr 2021 angemahnt, man möge die Parlamentsgröße im Blick behalten. Denn mit der Übernahme des Zwei-Stimmen-Wahlrechts analog zu den Bundestagswahlen droht auch beim Landtag das Problem: ein maßlos aufgeblähtes Parlament. Allen Warnungen zum Trotz haben die anderen Fraktionen nicht eingesehen, dass man dieses Problem angehen muss. Sie haben das neue Landtagswahlrecht ohne Bremse für das Parlamentswachstum beschlossen.

FDP/DVP

fdp-landtag-bw.de

fdplandtagbw fdplandtagbw fdplandtagbw

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der Landtagsfraktion.

Im März 2023 wurde der Gesetzentwurf der FDP abgelehnt, die Sollgröße von 120 Abgeordneten zu behalten und die Anzahl der Wahlkreise von 70 auf 38 zu reduzieren, um Überhang- und Ausgleichsmandate zu vermeiden. Die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und AfD wollen offenbar ein großes Parlament mit möglichst vielen Mandaten. Diese vier Fraktionen ließen sich auch von der Ankündigung eines Volksbegehrens nicht schrecken, das den Gesetzentwurf der FDP-Landtagsfraktion der Bevölkerung vorlegt. So sollen die Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, wie viele Abgeordnete künftig im Landtag sitzen. Das Begehren startete am 5. Mai, nachdem die FDP vor dem Verfassungsgerichtshof die Zulassung gegen Innenminister Thomas Strobl erstreiten musste. Nun ist höchstrichterlich bestätigt: Der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion ist verfassungsgemäß und wenn die Bevölkerung es wünscht, kann sie Grüne, CDU, SPD und AfD überstimmen.

Vielfältige Bildung braucht Planungssicherheit

Seit Jahren beobachten wir einen anhaltenden Negativtrend im Bildungssystem Baden-Württembergs. Verantwortlich dafür sind fehlende und falsche Weichenstellungen. Ein aktuelles Beispiel ist die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses, die eine schwere bildungspolitische Fehlentscheidung ist. Werkrealschulen sind unverzichtbar für eine praxisnahe Bildung und den ländlichen Raum. Durch die Abschaffung ihres spezifischen Abschlusses drohen sie nun aber zu verschwinden.

Grundsätzlich brauchen wir für alle unsere vielfältigen Schularten mehr Planungssicherheit. Denn alle Schularten und vor allem auch deren Schülerinnen und Schüler leiden unter einer sprunghaften Bildungspolitik. Wir kämpfen deshalb für den Erhalt des vielgliedrigen Bildungswesens, die Stärkung der frühkindlichen wie auch der beruflichen Bildung und einen langfristigen Schulfrieden der demokratischen Kräfte, der unseren Schulen und den Schulträgern endlich dauerhafte Perspektiven bietet.

Inhaltlich muss an unseren Bildungseinrichtungen der Fokus auf Demokratiebildung, Werteerziehung und Medienkompetenz gerichtet werden und dafür die Medienbildung auch verbindlich in die Lehrerausbildung aufgenommen werden. Unsere Kitas und Grundschulen müssen zudem in der wichtigen Frage der Sprachförderung unterstützt werden, damit der Slogan „Auf den Anfang kommt es an“ nicht zu einer reinen Floskel verkommt.

Wirtschaftssituation und Bürokratieabbau

Deutschland und Baden-Württemberg befinden sich in einer schweren strukturellen Krise. Real gesehen ist die deutsche Wirtschaft seit 2019 nicht mehr gewachsen. Daher ist eine grundlegend andere Wirtschaftspolitik notwendig – leider sieht es auf Ebene des Bundes nicht danach aus, dass diese kommen wird. Stattdessen plant die neue Bundesregierung einen gigantischen Schuldenberg, aber keine strukturellen Anpassungen. Umso wichtiger ist es, dass in Baden-Württemberg endlich gehandelt wird. Wichtigste Voraussetzungen dafür sind die Absenkung übertriebener Standards und mehr Vertrauen in die Bürger und Unternehmen. Der Staat muss nicht alles kontrollieren und regulieren, sondern kraftvoll die Bürokratie zurückschneiden und mehr Freiheit ermöglichen.

Die FDP-Fraktion im Landtag hat dazu immer wieder konkrete Vorschläge eingereicht, wie sich bestehende Bürokratie abbauen lässt – von der Landesbauordnung über das Bildungszeitgesetz bis hin zu kleinteiligen Auflagen im Vergaberecht. Wir fordern auch, erst gar keine neue Bürokratie aufzubauen. Das vorgesehene Gleichbehandlungsgesetz oder die mögliche weitere Verschärfung des Nichtraucherschutzgesetzes sind konkrete Beispiele für vollkommen überflüssige Regulierungen. Denn für uns Liberale gilt: Eine wirkliche Wirtschaftswende beginnt mit echtem Bürokratieabbau. Nur mit mehr Freiheit für die Unternehmen und mehr Eigenverantwortung für die Bürger wird sich diese erreichen lassen.

Großes Interesse bei unseren Fachveranstaltungen im Landtag.

Für eine vielfältige Bildungslandschaft.

Es ist Zeit für Baden-Württemberg!

MEINUNGSBEITRAG DER AfD-FRAKTION

Der Vorstand der AfD-Fraktion.

Baden-Württemberg steht an einem Scheideweg. Unser einst blühendes Land – geprägt von wirtschaftlicher Stärke, Bildungsreichtum und kulturellem Erbe – befindet sich in einer tiefgreifenden Krise.

Die politische Führung versagt bei den großen Herausforderungen unserer Zeit: Die Energiepreise explodieren, die Wirtschaft schwächelt, die Bildung rutscht ab und die innere Sicherheit gerät zunehmend unter Druck. Gleichzeitig nimmt der staatliche Dirigismus zu, während die Sorgen der Bürger ignoriert werden. Ideologie ersetzt Vernunft, Symbolpolitik verdrängt echte Problemlösungen. Unter dem Deckmantel von „Transformation" und „Vielfalt" wird unsere Heimat Stück für Stück umgestaltet – gegen den Willen vieler Menschen. Die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg steht für eine Politik mit Augenmaß, für Sicherheit, Wohlstand und Heimatbewusstsein. Wir sagen klar: Es ist Zeit für eine politische Wende in Baden-Württemberg.

Zeit für sichere Straßen

Das Vertrauen der Bürger darin, dass der Staat ihre Sicherheit garantiert, ist nicht nur massiv erschüttert, sondern in vielen Bereichen unserer Gesellschaft längst komplett zerstört. Schlimmste Straftaten gehören mittlerweile zum alltäglichen Leben der Bürger Baden-Württembergs. Die polizeiliche Kriminalstatistik liefert dabei Anhaltspunkte über die Gründe dieser katastrophalen Entwicklung. Aber nichts ändert sich.

Die Altparteien haben diese Straftäter über Jahre vorsätzlich und sehenden Auges ins Land gelassen, ja sie gar mit offenen Armen empfangen. Innenminister Strobl (CDU) behauptete über Jahre gebetsmühlenartig, die größte Gefahr käme von rechts. Er ist erst verstummt, als in Mannheim ein Polizist durch Islamistenhand starb. Das alles erinnert an Brandstifter, die erst das Wasser aufdrehen, wenn ihnen das brennende Dach auf den Kopf fällt. Solange die Bürger unseres Landes Meldungen über Fälle lesen müssen, bei denen selbst abgeschobene schwerkriminelle Asylbewerber wieder nach Deutschland zurückkehren, um erneut einen Asylantrag zu stellen, sind alle Lippenbekenntnisse der Landesregierung zur inneren Sicherheit Makulatur. Wir als AfD-Fraktion stehen für einen vollständigen Kurswechsel in der Asylpolitik. Wir treten ein für die Bürger unseres Landes und deren Sicherheit. Es ist Zeit, die Straßen Baden-Württembergs wieder sicher zu machen!

Zeit für gute Bildung

Baden-Württemberg rutscht in der Bildung immer weiter ab. Einst noch Musterland und stets unter den Spitzenplätzen, ist es jetzt gerade noch Mittelmaß. Es kommt dabei aber nicht darauf an, immer mehr Geld in ein nicht funktionierendes Schulwesen zu stecken, sondern wir brauchen eine grundsätzliche Trendwende, in der die Wissensvermittlung an den Schulen endlich wieder ihren angemessenen Stellenwert erhält.

AfD

afd-fraktion-bw.de

AfDFraktionBW

AfDFraktionBW

Fraktionschef Anton Baron MdL beim Sommerinterview.

Und dies gilt selbstverständlich auch und in erster Linie für die frühkindliche Bildung. Leider setzen sich die Fehler der Landesregierung in der Bildungspolitik auch in anderen zentralen Bereichen fort. Wir betrachten es als reine Verschwendung von Ressourcen, wenn Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) geschlossen und stattdessen Millionen für den Umbau von Schulen ausgegeben werden.

Ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung indes sowie der flächendeckende Ausbau derselben sind Irrwege. Die extrem hohen Kosten und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung bestätigen uns in dieser Auffassung. Wir fordern, dass der Staat sich auf seine originären hoheitlichen Aufgaben konzentriert und lehnen hier jegliche Bevormundung von Familien ab.

Zeit für stabile Finanzen

Der derzeitige Doppelhaushalt sorgt nicht etwa für unruhige Zeiten vor, sondern – im Gegenteil – wird erst für unruhige Zeiten sorgen. Den Menschen bleibt immer weniger Netto vom Brutto bei stark steigenden Sozialabgaben. Zugleich zerstört die Landesregierung mit ihrer Politik der Transformation und Deindustrialisierung in kürzester Zeit nicht nur den Wirtschaftsstandort, sondern auch den Wohlstand, den wir uns mühsam aufgebaut haben. Steigende Auslandsinvestitionen unserer Unternehmen und die Verlagerung kompletter Fertigungsstandorte wegen der gestiegenen Energiekosten und der nach wie vor überbordenden Bürokratie bedrohen unsere Wirtschaft in immer größerem Umfang. Entscheidend ist jetzt nicht, mit welcher Lautstärke die Landesregierung die Bundesregierung kritisiert, sondern Vorrang hat die Nutzung eigener Gestaltungsspielräume auf Länderebene.

Zeit für die Migrationswende

Die Bürger wollen eine Wende in der Migrationspolitik. Das hat spätestens die letzte Bundestagswahl klar gezeigt. Dennoch stellt Justizministerin Marion Gentges (CDU) neue Kapazitäten für Flüchtlinge in Aussicht. Dem stellt sich die AfD-Fraktion entschieden entgegen. Die geplante Ausweitung solcher Einrichtungen löst reale Herausforderungen aus, insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit.

Auch die von der Landesregierung genannten möglichen Vorteile für Arbeitsmarkt und Infrastruktur stimmen so nicht. Im Gegenteil: Es bestehen erhebliche Unsicherheiten darüber, wer tatsächlich zu uns kommt, mit welchen Qualifikationen, und ob eine Schutzbedürftigkeit tatsächlich vorliegt. Die Ankündigung, Aufnahmeeinrichtungen notfalls auch gegen den Willen von Kommunen und Anwohnern durchzusetzen, bestätigt nur die Befürchtungen der AfD und zeugt vom Demokratieverständnis der genannten Akteure.

Zeit für die AfD-Fraktion

Baden-Württemberg hat Besseres verdient als Stillstand, Beliebigkeit und Ideologiepolitik. Unser Land lebt von Fleiß, Erfindergeist und Heimatverbundenheit – doch diese Stärken drohen unter der Last politischer Fehlentscheidungen verloren zu gehen. Während andere Fraktionen sich gegenseitig in Symbolpolitik überbieten, steht die AfD-Fraktion für Klarheit, Konsequenz und eine Rückkehr zur Vernunft. Wir setzen uns ein für Sicherheit, wirtschaftliche Stärke, Bildung mit Substanz und echte Bürgerbeteiligung. Gemeinsam mit den Bürgern wollen wir Baden-Württemberg wieder auf Kurs bringen – selbstbewusst, frei und stark. Dafür steht die AfD-Fraktion.

Die AfD-Fraktion.

80 Jahre Kriegsende. Wege des Erinnerns.

2025 ist ein Jahr ganz im Zeichen des Gedenkens. Vor 80 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit. Wenige Wochen später, am 8. Mai 1945, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Der Landtag widmet der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg eine ganze Reihe von Veranstaltungen und nimmt ganz unterschiedliche Perspektiven der Nachkriegsentwicklung in den Blick. Beleuchtet wird beispielsweise die juristische Aufarbeitung der Shoah und der nationalsozialistischen Verbrechen. Auch dem Schicksal der Heimatvertriebenen ist eine Veranstaltung gewidmet. Und über allem steht die Frage: Welche Wege des Erinnerns und Gedenkens wollen wir zukünftig gehen?

Gedenkworte der Präsidentin

Der Landtag von Baden-Württemberg gedenkt der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg vor 80 Jahren – 14.05.2025 im Haus des Landtags, Plenarsaal.

Vor 80 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Um Mitternacht trat die Kapitulation der Wehrmacht in Kraft: Die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten war vorbei. Aber das Trauma, das sie über die Welt und über Deutschland brachten, währte noch lang!

Auch als in Deutschland das Sirenengeheul verstummt und der Donner der Bomben verhallt war, ging das Leiden weiter: durch Plünderungen. Vergewaltigungen. Rache. Und Mord. Etliche KZ-Überlebende starben auch noch Jahrzehnte später an den Folgen der Haft. Zwangsarbeiter irrten umher. Traumatisierte nahmen sich das Leben. Millionen von Deutschen waren Vertriebene, Kriegsgefangene, versehrt oder vermisst.

Es ist wichtig, sich den Abgrund jener Jahre bewusst zu machen: Deutschland hat den verheerendsten Krieg der Geschichte entfacht, mit Millionen von Toten weltweit. Und dieser Krieg hat seit 80 Jahren jedes Leben in diesem Land – bewusst oder unbewusst – geprägt. Er hat sich eingebrannt in unsere Städte, in die Familien, in die Seele ganzer Generationen. Hinzu kam die Schuld, das Leugnen und der ungerechte, jahrzehntelange Kampf um die Aufarbeitung.

Wer einen Schlussstrich unter dieses Kapitel deutscher Geschichte fordert, verleugnet die Tragweite, die es bis heute hat!

Der 8. Mai 1945 war einer unserer Schicksalstage. Ein Wendepunkt: von der Tyrannei zur Freiheit. Vom Krieg zum Frieden. Von einer mörderischen Diktatur zur Demokratie.

Diese Wende haben wir aber nicht alleine vollbracht. Wir können unendlich dankbar sein für die Befreiung durch die Alliierten. Für das Opfer, das andere Nationen erbracht haben, um die Welt, aber auch die Deutschen vom Faschismus zu befreien. Mit dem Preis von Millionen Toten und zahlreichen in Blut getränkten Biografien haben sie sich zusammengetan, um die

Diktatur des NS-Staats zu beenden. Menschen unterschiedlicher Nationen, Religionen und politischer Überzeugungen.

Gerade in diesen Zeiten, in denen wieder Krieg in Europa tobt, hadern wir mit der Frage, welcher Weg zum Frieden führt.

Millionen von Ukrainern litten im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung, hungerten, starben, wurden ermordet. Auch der Ukraine – im Verbund der Sowjetunion – verdanken wir unsere Befreiung vor 80 Jahren. Genauso wie Russland. Heute jedoch pervertiert der russische Diktator die Geschichte, indem er sie verdreht und missbraucht.

Aber – und auch das ist eine Lehre des 8. Mai: Jede Diktatur bricht eines Tages in sich zusammen. Und das Böse ist aufhaltbar, wenn genügend Menschen dagegenstehen.

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt daher den Menschen in der Ukraine.

Wir Deutsche wissen auch, dass Versöhnung möglich ist.

Wir verdanken unsere Gegenwart nicht zuletzt unseren europäischen Nachbarn, die uns die Hand gereicht haben. Die deutsch-französische Freundschaft ist dafür ein Paradebeispiel.

Und wir verdanken unsere Gegenwart dem Parlamentarischen Rat, der exakt vier Jahre nach dem Kriegsende das Grundgesetz beschloss. Unser Grundgesetz, unser gesamtes Werte- und Rechtssystem, lässt sich vollumfänglich erst im Licht und Schatten des 8. Mai begreifen.

Wer sich an die gehängten Deserteure und die Kinder an den Flak-Geschützen erinnert, begreift, warum das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ein Grundrecht ist.

Wer sich an all die Verfolgung, Vertreibung und Kriegsgräuel erinnert, begreift, warum das Recht auf Asyl ein Grundrecht ist.

Wir begreifen erst angesichts der NS-Zeit wirklich, was Artikel 1 des Grundgesetzes bedeutet: was es bedeutet, dass sich unser Staat in den Dienst von Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde stellt.

Wir verstehen im Anblick der Trümmerbilder, warum sich das Deutsche Volk bereits in den ersten Zeilen seiner Verfassung zu einem vereinten Europa und zum Frieden in der Welt bekennt.

Wenn wir – wie eben – die Bilder der Zerstörung sehen, wenn wir die albtraumhaften Geschichten der Überlebenden hören, dann grenzt es an ein Wunder, wo wir heute stehen: in einer der freiheitlichsten, friedlichsten und stabilsten Demokratien der Welt!

GEDENKEN WEITERDENKEN

In ganz Baden-Württemberg halten Gedenkstätten die Erinnerung an NS-Verbrechen und deren Opfer wach. Landtagspräsidentin Muhterem Aras unternimmt deshalb jährlich eine Gedenkstättenreise in diverse Teile des Landes, um sich ein Gesamtbild zu machen – und der Frage nachzugehen, wie die Zukunft des Erinnerns nach dem Ableben der Zeitzeugen aussehen kann. Die Arbeitsreisen dienen dabei **besonders auch der Wertschätzung aller meist ehrenamtlich Engagierten** in der Gedenkarbeit.

Daraus leitet sich die Verpflichtung ab, dazu beizutragen, dass auch andere Länder genau diesen Weg gehen können. Und die Verpflichtung, unsere Demokratie mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu schützen.

Meine Damen und Herren, was die Bundesrepublik heute liebens- und lebenswert macht, liegt begründet in unserer Geschichte: Wir sind das lebende Versprechen, es nie wieder so weit kommen zu lassen. Dazu gehört, jüdisches Leben zu schützen und die Menschenwürde zu achten – ausnahmslos.

Dieses Versprechen gilt für alle Deutschen, auch für die jüngeren Generationen.

Und ich möchte betonen: Nicht nur, wer hier geboren wurde, sondern auch, wer in Deutschland neue Wurzeln schlägt, macht dieses Kapitel der deutschen Geschichte zu seiner Geschichte und jenes Versprechen zu seinem Versprechen.

…

„Seid Menschen!"

Das war die Botschaft von Margot Friedländer an uns.

Vor wenigen Tagen ist sie von uns gegangen, im Alter von 103 Jahren. Mit ihrem leisen Wesen war sie eine der lautesten Stimmen für die Humanität. Und in aller Zierlichkeit von gigantischer Kraft.

Margot Friedländers Güte und ihre Bereitschaft zur Versöhnung, nach allem, was die Nazis ihr und ihrer Familie angetan hatten, gehören zu den größten Gesten der Nachkriegszeit. Wir können ihr nicht dankbar genug dafür sein.

Ihre Warnung und Enttäuschung aber, dass es damals so angefangen habe wie jetzt, muss uns beschämen, muss uns schütteln, muss uns leiten: sodass wir umso klarer einstehen für die Mitmenschlichkeit, für Toleranz und für die Erinnerung!

Meine Damen und Herren, im Gedenken an die Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus – und in Erinnerung an unser Versprechen seither – bitte ich Sie nun, sich zu erheben.

Seien wir Menschen.

JULI 2018

„Erinnerungskultur prägt unsere Gesellschaft", so Landtagspräsidentin Muhterem Aras auf ihrer Gedenkstättenreise am 23. und 24. Juli 2018. „Die Gedenkkultur ermöglicht uns die Herleitung unserer Werte." Die fünf „Orte der Erinnerung", die sie besucht, repräsentieren siebzig weitgehend von engagierten Bürgerinnen und Bürgern getragene Gedenkstätten, die in unterschiedlicher Form die Verfolgung jüdischer Mitmenschen in der Zeit des Nationalsozialismus im Gedächtnis halten: in Kippenheim, Emmendingen und Breisach, Haslach im Kinzigtal sowie im ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler-Struthof im französischen Elsass. Nach fünf Stationen zieht die Präsidentin Bilanz: „Die Einbeziehung der Schulen ist unglaublich wichtig. Es darf nicht nur von Zufällen und Einzelpersonen abhängen, ob und wie die Gegenwart vor dem Hintergrund der Geschichte reflektiert wird, wie es ein engagierter Pädagoge treffend ausdrückte." Lehrerinnen und Lehrer seien mehr denn je aufgerufen, Geschichte ins Jetzt zu holen.

Prof. Dr. Martin Sabrow und Landtagspräsidentin Aras im Austausch über die Zukunft der Erinnerungskultur

Wofür steht Auschwitz heute, 80 Jahre nach der Befreiung des Lagers im Januar 1945 durch sowjetische Soldaten?

Sabrow: „Auschwitz" trägt auch nach 80 Jahren unverändert die Bedeutung, die das unheilvolle Wort spätestens seit den Frankfurter Auschwitz-Prozessen der 1960er Jahre trägt – als der in einem Wort zusammengefasste Schrecken, den die Deutschen in der NS-Zeit über die Menschheit gebracht haben. Als das „radikal Böse", das mit Hannah Arendt „nicht hätte passieren dürfen". Es übersteigt die menschliche Vorstellungskraft und verneint die Menschlichkeit des Menschen in einem existenziellen Sinn.

Aras: Wie vielleicht kein anderer Ort steht Auschwitz für die Schrecken der Shoah und für die Unmenschlichkeit des NS-Regimes. Das durch Forschung gesicherte Wissen über Auschwitz ist überall zugänglich. Und wir kennen die Geschichten von Überlebenden, die so mutig waren, den Weg des Erinnerns zu ebnen und uns ihre Geschichten anzuvertrauen – eine entsetzlicher als die andere. „Nie wieder" – diese mächtige Formel resultiert für mich unmittelbar aus der Überlieferung des unbeschreiblichen Grauens der Shoah. Wichtig ist jetzt, dafür zu sorgen, generationenübergreifend daran zu arbeiten, wie Gedenk- und Erinnerungsarbeit unsere Zukunft prägen und unsere Demokratie stärken können.

Es hat Jahrzehnte gebraucht, um die Erinnerung an die systematische, staatlich organisierte Vernichtung von Menschenleben im Nationalsozialismus fest im kollektiven Gedächtnis zu verankern. Vor wenigen Jahren schien es in Deutschland undenkbar, dass die mühsam errungene Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Frage gestellt werden könnte. Heute ist das der Fall. Was sind die Ursachen für diese Entwicklung?

Sabrow: Die schonungslos kritische Historisierung der NS-Vergangenheit war ein Generationsprojekt der Nachgeborenen. Dessen durchschlagender Erfolg lässt sich an der Durchsetzung des vor 1979 in Deutschland ungebräuchlichen Terminus „Holocaust" ebenso ablesen wie an Richard von Weizsäckers 1985 gehaltener Gedenkrede auf den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung. Auch die Einmütigkeit von Geschichtswissenschaft, Geschichtskultur und Geschichtspolitik in Deutschland, die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Zivilisationsbruch als fortdauernde und unabschließbare Aufgabe zu begreifen, steht für diesen Erfolg. Dass der auf dieser Grundlage

JULI 2019

Ihre zweite Gedenkstättenreise führt Landtagspräsidentin Muhterem Aras auf die Schwäbische Alb. Fünf historische Orte der Erinnerung stehen auf dem Besuchsprogramm; sie sind so unterschiedlich wie die Folgen der Willkürherrschaft und des Terrors in der Nazi-Diktatur: Zwei Gedenkstätten befinden sich an Orten auf der Alb, an denen das NS-Regime Menschen aus ideologischen Gründen tötete oder durch harte Arbeit in KZ-Außenstellen in den Tod trieb – in Grafeneck und Bisingen. Auf dem Besuchsprogramm stehen ebenso Personenerinnerungsorte wie das Haus Matthias Erzbergers in Münsingen-Buttenhausen, das Ernst-Jünger-Haus in Wilflingen sowie das Schloss Stauffenberg in Albstadt-Lautlingen. „Ich bin den Ehrenamtlichen unendlich dankbar für ihr Engagement in den Gedenkstätten. Es ist überaus beeindruckend, wie einfühlsam und mutig, kreativ und klug, zurückerinnernd und nach vorn blickend Erinnerungsarbeit sein kann. Dafür brauchen die Vereine stabile Bedingungen und eine adäquate Ausstattung", so Präsidentin Aras.

Der Landtag und seine Mitglieder

„Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes."

„Der Landtag übt die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung."

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen."

– Artikel 27 der Landesverfassung –

→ Redaktionsschluss
22. Mai 2025 (Innenteil)

Der Landtag

„Das Parlament ist nicht nur Träger der gesetzgebenden Gewalt, also der Legislative, es ist auch Kontrolleur der Regierung.“

Wesentliches Merkmal des parlamentarischen Regierungssystems ist die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung. Sie kommt in erster Linie zum Ausdruck in der Kompetenz des Parlaments, den Regierungschef zu wählen und ihn abzuwählen. Das Letztere, die Abwahl des Ministerpräsidenten, ist nach der Landesverfassung – entsprechend dem Vorbild des Grundgesetzes – nur in der Form des sogenannten konstruktiven Misstrauensvotums möglich, das heißt in der Weise, dass der Landtag einen Nachfolger für den Ministerpräsidenten wählt, den er ablösen will. Überhaupt bedarf jede Berufung eines Ministers/einer Ministerin durch den Ministerpräsidenten der Bestätigung durch den Landtag. Außerdem kann der Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten den Ministerpräsidenten zwingen, ein Mitglied seiner Regierung zu entlassen. Dem Landtag ist von der Verfassung damit – anders als dem Bundestag – eine unmittelbare Mitsprache auch bei der Zusammensetzung der Regierung eingeräumt.

Der Landtag kontrolliert das Handeln der Regierung. Dieser Verfassungsauftrag macht einen wesentlichen Teil des Alltagsgeschehens im Landesparlament aus. Dem Landtag steht hierfür ein vielfältiges Instrumentarium an Einwirkungsmöglichkeiten zur Verfügung. Genannt sei etwa das Recht des Plenums und der Landtagsausschüsse, Regierungsmitglieder herbeizuzitieren, damit diese dem Parlament Rede und Antwort stehen. So kann jede und jeder Abgeordnete in der Fragestunde vor dem Plenum des Landtags kurze Mündliche Anfragen an die Regierung richten. Solche Anfragen – sie müssen der Präsidentin spätestens drei Tage vor der Sitzung vorliegen – werden von der Regierung vor dem Plenum kurz beantwortet. Darüber hinaus haben die Abgeordneten die Möglichkeit, im Rahmen einer Regierungsbefragung an die Landesregierung Fragen von aktuellem Interesse zu richten. Das Thema einer Frage und das für die Beantwortung zuständige Ministerium müssen die Fraktionen bis 17 Uhr am Vortag der Sitzung benennen.

Jedes Mitglied des Parlaments kann außerdem schriftlich sogenannte Kleine Anfragen einbringen, die von der Präsidentin an die Landesregierung weitergeleitet und von dieser innerhalb von drei Wochen schriftlich beantwortet werden. Große Anfragen werden von mindestens 15 Abgeordneten oder einer Fraktion zu politisch bedeutsamen Themen eingebracht und können – nach vorheriger schriftlicher Stellungnahme der Regierung – zu einer Debatte im Plenum führen.

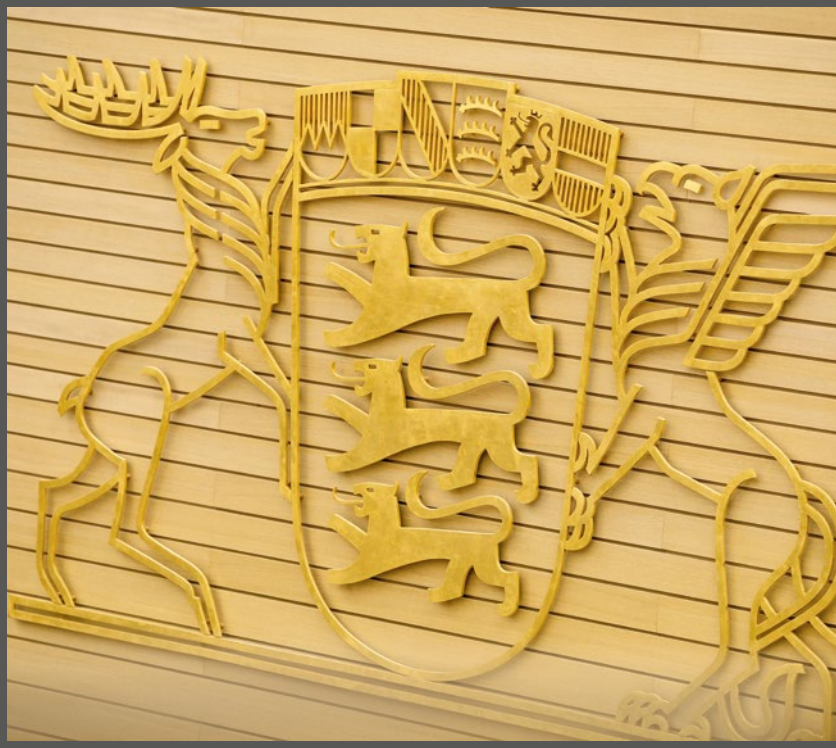
Zu Themen von aktuellem und allgemeinem Interesse kann von einer Fraktion oder Gruppe eine Aktuelle Debatte vor dem Plenum beantragt werden. Ein Mittel, aktuelle Themen im Parlament schnell zur Sprache zu bringen, ist auch der Dringliche Antrag, der in der jeweils nächsten Plenarsitzung behandelt werden muss. Dringlich sind Anträge, die Immunität einer/eines Abgeordneten aufzuheben, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu entziehen, einen Minister oder eine Ministerin zu entlassen oder einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Andere Anträge können vom Präsidium durch einen einmütigen Beschluss oder vom Landtagsplenum durch Mehrheitsbeschluss für dringlich erklärt werden. Gebräuchliche Mittel der Einwirkung auf das Handeln der Regierung sind außerdem Anträge aus der Mitte des Hauses, die darauf abzielen, die Regierung um bestimmte Maßnahmen zu ersuchen. Zum Bereich der Regierungskontrolle gehören schließlich Untersuchungsausschüsse und die Beschlüsse des Landtags zu Petitionen.

Das Recht, Gesetzentwürfe einzubringen (Gesetzesinitiativrecht), steht der Regierung und den Abgeordneten zu, prinzipiell aber auch dem Volk. In der Praxis macht die Regierung von ihrem Initiativrecht in größerem Umfang Gebrauch als die Abgeordneten. Gesetzentwürfe aus der Mitte des Landtags müssen von mindestens acht Abgeordneten oder einer Fraktion unterzeichnet sein. Die Gesetzentwürfe werden im Plenum in zwei oder drei Beratungen (Lesungen) behandelt.

Das Präsidium

Zentrales Lenkungs- und Leitungsorgan

Das Präsidium fungiert als zentrales Lenkungs- und Leitungsorgan des Parlaments. Die Sitzungstermine des Plenums, der Ausschüsse sowie der Fraktionen und deren Arbeitskreise werden hier auf ein Jahr im Voraus festgelegt. Auch die Tagesordnungen für die Plenarsitzungen werden vom Präsidium erstellt und die Redezeiten vereinbart. Das Präsidium erörtert alle grundsätzlichen Fragen in den Beziehungen des Parlaments zur Landesregierung. Ferner legt es den Haushaltsentwurf für Sach- und Personalausgaben des Landtags vor. Dem Präsidium gehören 22 Mitglieder an.



Präsidium

Präsidentin: Muhterem Aras, GRÜNE

Vizepräsident: Dr. Wolfgang Reinhart, CDU

Vizepräsident: Daniel Born, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Aras	Deuschle	Binder	Haußmann	Baron
Erikli	Hagel	Born	Dr. Kern	Lindenschmid
Hildenbrand	Hartmann-Müller	Stoch	Dr. Rülke	
Holmberg	Dr. Reinhart			
Krebs	Schweizer			
Lede Abal	Teufel			
Poreski				
Schwarz, Andreas				

Die Ausschüsse

Im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung und gründlichen Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlüsse setzt der Landtag eine ganze Reihe von Ausschüssen ein. Ihnen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für das Finanzwesen, die Bildungspolitik oder den Umweltschutz. Die Ausschüsse befassen sich mit den Angelegenheiten, die ihnen – in der Regel vom Plenum – im Einzelfall überwiesen worden sind, und geben Beschlussempfehlungen. Darüber hinaus können die Ausschüsse auch andere Fragen aus ihrem Geschäftsbereich beraten und dem Landtag zur Entscheidung vorlegen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 22.

Ständiger Ausschuss

Vorsitzender:
Guido Wolf, CDU
Stellv. Vorsitzender:
N. N.

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Evers	Deuschle	Binder	Goll	Klecker
Häusler	von Eyb	Weber	Scheerer	Klos
Hagmann	Dr. Löffler	Dr. Weirauch	Weinmann	
Hentschel	Dr. Miller			
Kern	Stächele			
Lede Abal	Wolf			
Schwarz, Andrea				
Tuncer				

Der Ständige Ausschuss wahrt als sogenanntes Zwischenparlament nach Ablauf der Wahlperiode oder nach einer vorzeitigen Landtagsauflösung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung. Während der Wahlperiode hat der Ständige Ausschuss die Aufgaben eines Fachausschusses für Verfassungs- und Rechtsfragen sowie für Medienpolitik und Datenschutz.

Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Vorsitzender:
Ulli Hockenberger, CDU
Stellv. Vorsitzende:
Andrea Schwarz, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Geugjes	Bückner	Binder	Goll	Lindenschmid
Häffner	Gehring	Hoffmann	Karrais	Scheer
Hildenbrand	Hocken-	Ranger	Weinmann	
Lede Abal	berger			
Schwarz, Andrea	Huber			
Seimer	Mayr			
Sperling	Dr. Miller			
Tuncer				

Das Aufgabengebiet des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen umfasst insbesondere die sogenannte Innere Sicherheit, also Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz. Daneben befassen sich die Ausschussmitglieder unter anderem mit der Digitalisierung, dem Kommunal- und Sparkassenwesen sowie der Entwicklung der Landesverwaltung.

Ausschuss für Finanzen

Vorsitzender:
Martin Rivoir, SPD
Stellv. Vorsitzende:
Sarah Schweizer, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Erikli	Hocken-	Cuny	Bonath	Dr. Hellstern
Evers	berger	Fink	Brauer	Sänze
Knopf	Mack	Rivoir	Fischer	
Pix	Mayr			
Dr. Rösler	Dr. Reinhart			
Saebel	Dr. Schütte			
Salomon	Schweizer			
Seimer				

Einnahmen, Ausgaben und Schuldenstand – damit setzt sich der Ausschuss für Finanzen auseinander. Hier werden alle Fragen erörtert, die den Landeshaushalt und somit die Finanz- und Steuerpolitik betreffen.

Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport

Vorsitzende:
Petra Häffner, GRÜNE
Stellv. Vorsitzende:
Katrin Steinhülb-Joos, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Aschhoff	Dr. Becker	Born	Birnstock	Dr. Balzer
Frank	Gehring	Dr. Fulst-Blei	Fink-	Hörner
Dr. Geugjes	Hailfinger	Steinhülb-	Trauschel	
Häffner	Dr. Miller	Joos	Dr. Kern	
Mettenleiter	Staab			
Nentwich	Sturm			
Poreski				
Saint-Cast				

Alles, was mit schulischer Bildung und dem Schulwesen zusammenhängt, wird im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beraten. Daneben gehören zu seinem Zuständigkeitsbereich unter anderem Kleinkindbetreuung, Kindergärten, vorschulische Bildung, Angelegenheiten des Sports sowie die Beziehungen zu den Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften.

Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Vorsitzende:
Nese Erikli, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Rainer Balzer, AfD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Dr. Aschhoff	Dr. Becker	Dr. Kliche-Behnke	Birnstock	Dr. Balzer
Erikli	Deuschle	Rivoir	Brauer	Bamberger
Joukov	Dr. Preusch	Rolland	Dr. Kern	
Knopf	Dr. Schütte			
Köhler	Sturm			
Saint-Cast	Wolf			
Salomon				
Seemann				

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst befasst sich in erster Linie mit dem Hochschulwesen, also Universitäten und anderen Hochschulen. Dabei geht es besonders um die Förderung der Forschung und Lehre. Wissenschaftliche Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs zählen aber auch zu seinem Aufgabenbereich. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Pflege der Kunst, also etwa die Unterstützung von Museen und Theatern.

Ausschuss für Umwelt, Klima, und Energiewirtschaft

Vorsitzender:
Daniel Karrais, FDP/DVP
Stellv. Vorsitzender:
Hans-Peter Behrens, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Behrens	Cataltepe	Röderer	Bonath	Dr. Hellstern
Krebs	Hailfinger	Rolland	Hoher	Steyer
Mettenleiter	Haser	Steinhülb-Joos	Karrais	
Niemann	Dr. Pfau-Weller			
Nüssle	Dr. Schütte			
Dr. Rösler	Schuler			
Sperling				
Tonojan				

Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energiepolitik, Immissionsschutz sowie Wasser- und Abfallwirtschaft sind die Themen, mit denen sich der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beschäftigt. Von zentraler Bedeutung ist die Energiewende. Deshalb sind die erneuerbaren Energien sowie die Entsorgung radioaktiver Stoffe und die Atomaufsicht häufig Gegenstand der Beratungen.

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Vorsitzender:
Dr. Erik Schweickert, FDP/DVP
Stellv. Vorsitzende:
Katrin Schindele, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Häusler	Dörflinger	Dr. Fulst-Blei	Reith	Gögel
Hagmann	Hailfinger	Wahl	Scheerer	Wolle
Hentschel	Mack	Dr. Weirauch	Dr. Schweickert	
Herkens	Dr. Reinhart			
Höh	Schindele			
Niemann	Vogt			
Resch				
Tok				

Zentrale Themen sind Wirtschafts-, Mittelstands-, Innovations- und Standortpolitik sowie Wirtschaftsförderung. Wichtig sind ebenso die Bereiche Geld- und Kreditwesen, Arbeitsmarkt, berufliche Bildung, Außenwirtschaft sowie der Tourismus in Baden-Württemberg.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Vorsitzender:
Florian Wahl, SPD
Stellv. Vorsitzende:
Fadime Tuncer, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Frank	Bückner	Kenner	Fischer	Eisenhut
Hildenbrand	Cataltepe	Dr. Kliche-Behnke	Haußmann	Wolle
Knopf	Hailfinger	Wahl	Reith	
Köhler	Huber			
Krebs	Dr. Preusch			
Poreski	Teufel			
Seemann				
Tuncer				

Das Themenspektrum im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration ist breit gefächert: von Sozialversicherung über Gesundheitswesen, Pflege sowie Kinder- und Jugendpolitik bis hin zu Chancengleichheit und Familienpolitik. Außerdem befasst sich das Gremium vor allem mit den Grundsatzfragen der Integrationspolitik.

Ausschuss für Verkehr

Vorsitzender:
Rüdiger Klos, AfD
Stellv. Vorsitzender:
August Schuler, CDU

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg	Bückner	Kirschbaum	Haag	Klauß
Braun	Dörflinger	Röderer	Dr. Jung	Klos
Gericke	Hartmann-Müller	Storz	Scheerer	
Hentschel	von Loga			
Joukov	Dr. Pfau-Weller			
Katzenstein	Schuler			
Marwein				
Nüssle				

Ob Auto, Bahn, Schiff oder Flugzeug – Mobilität ist ein wichtiges Thema im Ausschuss für Verkehr. Damit einhergehend spielen in den Ausschussberatungen Straßenbau und Lärmschutz eine große Rolle.

Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Vorsitzender:
Martin Hahn, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Klaus Hoher, FDP/DVP

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Behrens	Burger	Röderer	Fischer	Eisenhut
Braun	Epple	Storz	Heitlinger	Klecker
Hahn	von Eyb	Weber	Hoher	
Holmberg	Haser			
Nentwich	Schweizer			
Pix	Teufel			
Tonojan				
Waldbüßer				

Die Förderung des ländlichen Raums, Tierschutz, Landschaftspflege und -entwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft sind zentrale Themen im Ausschuss für Ländlichen Raum. Ebenso zählen Ernährung und der Verbraucherschutz zum Themengebiet des Gremiums.

Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen

Vorsitzende:
Christiane Staab, CDU
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Christian Jung,
FDP/DVP

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg	Burger	Born	Haag	Scheer
Gericke	Neumann-Martin	Hoffmann	Dr. Jung	Stein
Häusler	Dr. Pfau-Weller	Ranger	Dr. Schweickert	
Hahn	Schindele			
Holmberg	Staab			
Resch	Vogt			
Saebel				
Tok				

Landesentwicklung und Wohnen sind zentrale Inhalte des Gremiums. Außerdem spielen Raumordnung und Bautechnik eine große Rolle.

Ausschuss für Europa und Internationales

Vorsitzender:
Willi Stächele, CDU
Stellv. Vorsitzende:
Catherine Kern, GRÜNE

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Hagmann	Hartmann-Müller	Cuny	Fink-Trauschel	Bamberger
Herkens	Dr. Löffler	Fink	Goll	Sänze
Höh	von Loga	Steinhülb-Joos	Heitlinger	
Joukov	Schuler			
Kern	Schweizer			
Marwein	Stächele			
Mettenleiter				
Nüssle				

Der Ausschuss für Europa und Internationales beschäftigt sich insbesondere mit den für das Land relevanten Vorhaben der Europäischen Union. Darüber hinaus ist er für Fragen der grenzüberschreitenden und internationalen Zusammenarbeit zuständig.

Petitionsausschuss

Vorsitzender:
Thomas Marwein, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Andreas Kenner, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Achterberg	Bückner	Kenner	Birnstock	Hörner
Frank	Epple	Kirschbaum	Heitlinger	Stein
Herkens	von Loga	Ranger	Dr. Jung	
Katzenstein	Mayr			
Marwein	Neumann-Martin			
Salomon	Schindele			
Seimer				
Waldbüßer				

Aufgabe des Petitionsausschusses ist es, sich mit Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern zu befassen, die sich durch eine Behörde des Landes ungerecht behandelt fühlen. Der Petitionsausschuss darf – im Unterschied zu den Gerichten – nicht nur die Rechtmäßigkeit einer behördlichen Entscheidung überprüfen, sondern auch deren Zweckmäßigkeit.

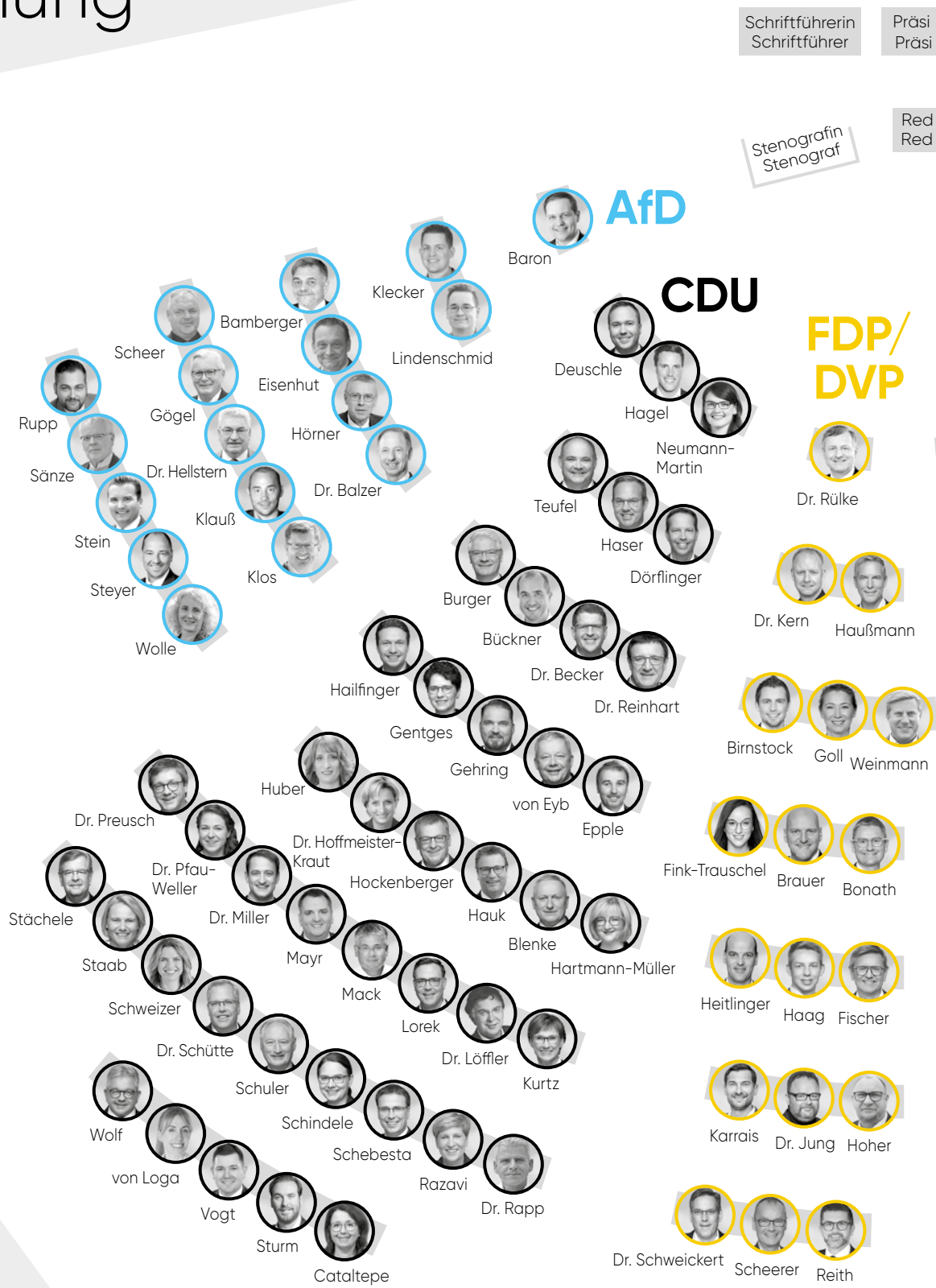
Untersuchungsausschuss „IdP & Beförderungspraxis“

Vorsitzende:
Daniela Evers, GRÜNE
Stellv. Vorsitzender:
Dr. Boris Weirauch, SPD

GRÜNE	CDU	SPD	FDP/DVP	AfD
Evers	Gehring	Binder	Goll	Klos
Häffner	Dr. Löffler	Dr. Weirauch	Weinmann	
Hentschel	Staab			
Hildenbrand	Stächele			
Sperling				

Untersuchungsausschuss „Handeln des Innenministers und des Innenministeriums im Fall des Verdachts der sexuellen Belästigung gegen den Inspekteur der Polizei Baden-Württemberg und Beurteilungs-, Beförderungs- und Stellenbesetzungsverfahren in der Polizei Baden-Württemberg (UsA IdP & Beförderungspraxis)“.

Sitzordnung

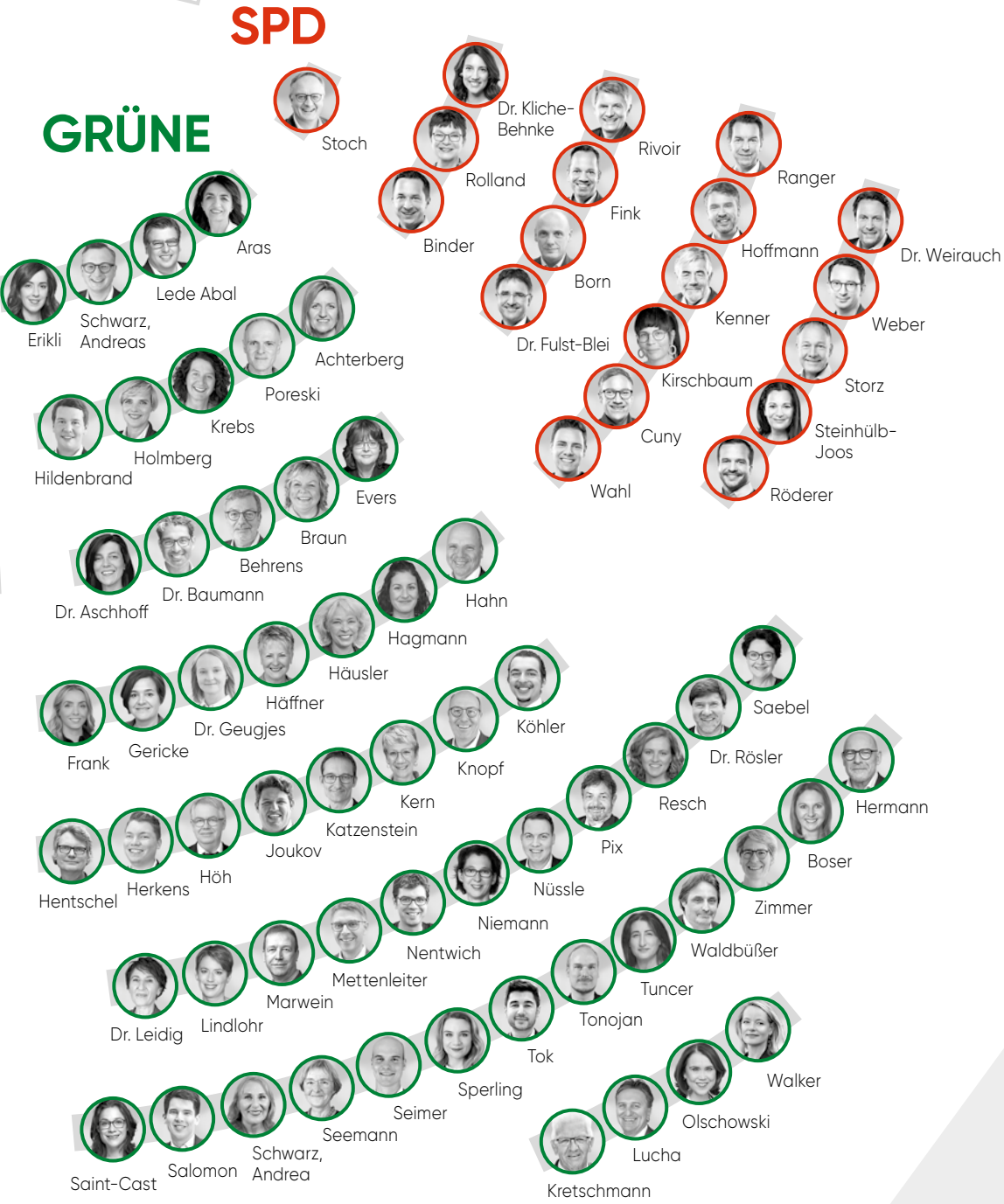


dentin
dent

Schriftführerin
Schriftführer

nerin
ner

Stenografin
Stenograf



Als der 17. Landtag zusammentrat, waren von den 154 Mitgliedern 58 Neulinge. Jüngste Abgeordnete ist Alena Fink-Trauschel (* 1999); ältester Abgeordneter ist Winfried Kretschmann (* 1948). Der Anteil der weiblichen Landtagsabgeordneten liegt gegenwärtig bei 31,8 Prozent: Von den 154 Abgeordneten der 17. Legislaturperiode sind 49 Frauen.

Die Abgeordneten

und ihre 70 Wahlkreise

1 Stuttgart I
Muhterem Aras **GRÜNE**

2 Stuttgart II
Winfried Hermann **GRÜNE**
Friedrich Haag **FDP/DVP**

3 Stuttgart III
Oliver Hildenbrand **GRÜNE**
Dr. Reinhard Löffler **CDU**

4 Stuttgart IV
Petra Olschowski **GRÜNE**
Katrin Steinhülb-Joos **SPD**

5 Böblingen
Thekla Walker **GRÜNE**
Dr. Matthias Miller **CDU**
Florian Wahl **SPD**

6 Leonberg
Peter Seimer **GRÜNE**
Sabine Kurtz **CDU**
Hans Dieter Scheerer **FDP/DVP**

7 Esslingen
Andrea Lindlohr **GRÜNE**
Andreas Deuschle **CDU**
Nicolas Fink **SPD**

8 Kirchheim
Andreas Schwarz **GRÜNE**
Dr. Natalie Pfau-Weller **CDU**
Andreas Kenner **SPD**

9 Nürtingen
Winfried Kretschmann **GRÜNE**
Dennis Birnstock **FDP/DVP**

10 Göppingen
Ayla Cataltepe **CDU**
Sarah Schweizer **CDU**
Sandro Scheer **AfD**

11 Geislingen
Nicole Razavi **CDU**
Sascha Binder **SPD**

12 Ludwigsburg
Silke Gericke **GRÜNE**

13 Vaihingen
Dr. Markus Rösler **GRÜNE**
Konrad Epple **CDU**

14 Bietigheim-Bissingen
Tayfun Tok **GRÜNE**
Tobias Vogt **CDU**

15 Waiblingen
Swantje Sperling **GRÜNE**
Siegfried Lorek **CDU**
Julia Goll **FDP/DVP**

16 Schorndorf
Petra Häffner **GRÜNE**
Christian Gehring **CDU**
Jochen Haußmann **FDP/DVP**

17 Backnang
Ralf Nentwich **GRÜNE**
Simone Kirschbaum **SPD**
Daniel Lindenschmid **AfD**

18 Heilbronn
Gudula Achterberg **GRÜNE**
Nico Weinmann **FDP/DVP**

19 Eppingen
Erwin Köhler **GRÜNE**
Dr. Michael Preusch **CDU**
Georg Heitlinger **FDP/DVP**
Dennis Klecker **AfD**

20 Neckarsulm
Armin Waldbüßer **GRÜNE**
Isabell Huber **CDU**
Klaus Ranger **SPD**
Carola Wolle **AfD**

21 Hohenlohe
Catherine Kern **GRÜNE**
Arnulf Freiherr von Eyb **CDU**
Anton Baron **AfD**

22 Schwäbisch Hall
Jutta Niemann **GRÜNE**
Stephen Brauer **FDP/DVP**
Udo Stein **AfD**

23 Main-Tauber
Dr. Wolfgang Reinhart **CDU**

24 Heidenheim
Clara Resch **GRÜNE**
Andreas Stoch **SPD**

25 Schwäbisch Gmünd
Martina Häusler **GRÜNE**
Tim Bückner **CDU**
Ruben Rupp **AfD**

26 Aalen
Winfried Mack **CDU**

27 Karlsruhe I
Dr. Ute Leidig **GRÜNE**

28 Karlsruhe II
Alexander Salomon **GRÜNE**

29 Bruchsal
Ulli Hockenberger **CDU**
Dr. Rainer Balzer **AfD**

30 Bretten
Andrea Schwarz **GRÜNE**
Ansgar Mayr **CDU**
Dr. Christian Jung **FDP/DVP**

31 Ettlingen
Barbara Saebel **GRÜNE**
Christine Neumann-Martin **CDU**
Alena Fink-Trauschel **FDP/DVP**

32 Rastatt
Thomas Hentschel **GRÜNE**
Dr. Alexander Becker **CDU**
Jonas Weber **SPD**

33 Baden-Baden
Hans-Peter Behrens **GRÜNE**
Cornelia von Loga **CDU**

34 Heidelberg
Dr. Marilena Geugjes **GRÜNE**

35 Mannheim I
Dr. Susanne Aschhoff **GRÜNE**
Dr. Stefan Fulst-Blei **SPD**

36 Mannheim II
Elke Zimmer **GRÜNE**
Dr. Boris Weirauch **SPD**

37 Wiesloch
Norbert Knopf **GRÜNE**
Christiane Staab **CDU**

38 Neckar-Odenwald
Peter Hauk **CDU**

39 Weinheim
Fadime Tuncer **GRÜNE**
Sebastian Cuny **SPD**

40 Schwetzingen
Dr. Andre Baumann **GRÜNE**
Andreas Sturm **CDU**
Daniel Born **SPD**

41 Sinsheim
Hermann Katzenstein **GRÜNE**
Dr. Albrecht Schütte **CDU**
Jan-Peter Röderer **SPD**

42 Pforzheim
Felix Herkens **GRÜNE**
Dr. Hans-Ulrich Rülke **FDP/DVP**
Alfred Bamberger **AfD**

43 Calw
Thomas Blenke **CDU**
Miguel Klauß **AfD**

44 Enz
Stefanie Seemann **GRÜNE**
Dr. Erik Schweickert **FDP/DVP**
Bernd Gögel **AfD**

45 Freudenstadt
Katrin Schindele **CDU**
Dr. Timm Kern **FDP/DVP**
Dr. Uwe Hellstern **AfD**

46 Freiburg I
Daniela Evers **GRÜNE**

47 Freiburg II
Nadyne Saint-Cast **GRÜNE**
Gabriele Rolland **SPD**

48 Breisgau
Reinhold Pix **GRÜNE**
Dr. Patrick Rapp **CDU**

49 Emmendingen
Rüdiger Tonojan **GRÜNE**

50 Lahr
Sandra Boser **GRÜNE**
Marion Gentges **CDU**

51 Offenburg
Thomas Marwein **GRÜNE**
Volker Schebesta **CDU**

52 Kehl
Bernd Mettenleiter **GRÜNE**
Willi Stächele **CDU**

53 Rottweil
Stefan Teufel **CDU**
Daniel Karrais **FDP/DVP**
Emil Sänze **AfD**

54 Villingen-Schwenningen
Martina Braun **GRÜNE**
Frank Bonath **FDP/DVP**

55 Tuttlingen-Donaueschingen
Guido Wolf **CDU**
Nikolai Reith **FDP/DVP**
Rüdiger Klos **AfD**

56 Konstanz
Nese Erikli **GRÜNE**

57 Singen
Saskia Frank **GRÜNE**
Hans-Peter Storz **SPD**
Bernhard Eisenhut **AfD**

58 Lörrach
Sarah Hagmann **GRÜNE**
Jonas Hoffmann **SPD**

59 Waldshut
Niklas Nüssle **GRÜNE**
Sabine Hartmann-Müller **CDU**

60 Reutlingen
Thomas Poreski **GRÜNE**

61 Hechingen-Münsingen
Cindy Holmberg **GRÜNE**
Manuel Hailfinger **CDU**
Rudi Fischer **FDP/DVP**
Joachim Steyer **AfD**

62 Tübingen
Daniel Lede Abal **GRÜNE**
Dr. Dorothea Kliche-Behnke **SPD**

63 Balingen
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut **CDU**
Hans-Peter Hörner **AfD**

64 Ulm
Michael Joukov **GRÜNE**
Martin Rivoir **SPD**

65 Ehingen
Manuel Hagel **CDU**

66 Biberach
Thomas Dörflinger **CDU**

67 Bodensee
Martin Hahn **GRÜNE**
Klaus Hoher **FDP/DVP**

68 Wangen
Petra Krebs **GRÜNE**
Raimund Haser **CDU**

69 Ravensburg
Manfred Lucha **GRÜNE**
August Schuler **CDU**

70 Sigmaringen
Christoph Höh **GRÜNE**
Klaus Burger **CDU**

Andreas Schwarz

Als Fraktionsvorsitzender der Grünen Landtagsfraktion ist Andreas Schwarz Generalist in allen landespolitischen Themen. Er spricht für seine Fraktion im Landtag und vor den Medien. Er ist direkt gewählter Abgeordneter aus Kirchheim unter Teck (Wahlkreis 8). Geboren wurde er 1979, er ist verheiratet und lebt mit Frau und Tochter in seiner Heimatstadt Kirchheim. Andreas Schwarz ist studierter Wirtschaftsjurist und hält zudem einen Master of Business Administration. Privat fährt er leidenschaftlich Rennrad und engagierte sich in jungen Jahren sowohl bei der Freiwilligen Feuerwehr als auch als Stadt- und Kreisrat in der Kommunalpolitik.

Achterberg, Gudula, geboren 1965, Diplom-Betriebswirtin (FH), MdL seit 2022, Wahlkreis 18, Heilbronn

Aras, Muhterem, geboren 1966, Diplom-Ökonomin, Steuerberaterin, Landtagspräsidentin, MdL seit 2011, Wahlkreis 1, Stuttgart I

Dr. Aschhoff, Susanne, geboren 1971, Tierärztin, MdL seit 2021, Wahlkreis 35, Mannheim I

Dr. Baumann, Andre, geboren 1973, Staatssekretär, Dipl.-Biologe, MdL seit 2021, Wahlkreis 40, Schwetzingen

Behrens, Hans-Peter, geboren 1961, Dipl.-Ing. (FH) Elektro-/Nachrichtentechnik, MdL seit 2019, Wahlkreis 33, Baden-Baden

Boser, Sandra, geboren 1976, Staatssekretärin, Diplom-Betriebswirtin, MdL seit 2011, Wahlkreis 50, Lahr

Braun, Martina, geboren 1960, Biobäuerin, PTA, MdL seit 2016, Wahlkreis 54, Villingen-Schwenningen

Erikli, Nese, geboren 1981, Projektleiterin, MdL seit 2016, stellv. Fraktionsvorsitzende, Wahlkreis 56, Konstanz

Evers, Daniela, geboren 1971, Rechtsanwältin, MdL seit 2021, Wahlkreis 46, Freiburg I

Frank, Saskia, geboren 1987, Agrarwissenschaftlerin, MdL seit September 2024, Wahlkreis 57, Singen

Gericke, Silke, geboren 1974, Referentin, MdL seit 2021, Wahlkreis 12, Ludwigsburg

Dr. Geugjes, Marilena, geboren 1991, Lehrbeauftragte, MdL seit Juni 2024, Wahlkreis 34, Heidelberg

Häffner, Petra, geboren 1964, Heilpraktikerin, Physiotherapeutin, MdL seit 2011, Wahlkreis 16, Schorndorf

Häusler, Martina, geboren 1964, Betriebswirtin (VWA), MdL seit 2021, Wahlkreis 25, Schwäbisch Gmünd

Hagmann, Sarah, geb. 1985, Diplom-Betriebswirtin, Historikerin, MdL seit 01.01.2024, Wahlkreis 58, Lörrach

Hahn, Martin, geboren 1963, Landwirtschaftsmeister, MdL seit 2011, Wahlkreis 67, Bodensee

Hentschel, Thomas, geboren 1964, Rechtsanwalt, MdL seit 2016, Wahlkreis 32, Rastatt

Herkens, Felix, geboren 1995, Student, MdL seit 2021, Wahlkreis 42, Pforzheim

GRÜNE 57 ABGEORDNETE

Hermann, Winfried,
geboren 1952,
Minister für Verkehr,
MdL 1984–1988
und seit 2016,
Wahlkreis 2,
Stuttgart II

Hildenbrand, Oliver,
geboren 1988,
Psychologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 3,
Stuttgart III

Höh, Christoph,
geboren 1963,
Präventionstrainer,
MdL seit 2025,
Wahlkreis 70,
Sigmaringen

Holmberg, Cindy,
geboren 1975,
Wirtschafts-
korrespondentin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 61,
Hechingen-
Münsingen

Joukov, Michael,
geboren 1981,
Dipl.-Wirtschafts-
wissenschaftler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 64,
Ulm

Katzenstein, Hermann,
geboren 1969,
Diplom-Physiker,
wissenschaftlicher
Angestellter,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Kern, Catherine,
geboren 1961,
freiberufliche
Sprachdozentin
und Übersetzerin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 21,
Hohenlohe

Knopf, Norbert,
geboren 1967,
Sozialversicherungs-
angestellter,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 37,
Wiesloch

Köhler, Erwin,
geboren 1995,
Kunst- und Kultur-
manager,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Krebs, Petra,
geboren 1969,
Krankenschwester,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 68,
Wangen

Kretschmann, Winfried,
geboren 1948,
Ministerpräsident,
MdL 1980–1984,
1988–1992
und seit 1996,
Wahlkreis 9,
Nürtingen

Lede Abal,
Daniel,
geboren 1976,
Geschäftsführer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 62,
Tübingen

Dr. Leidig, Ute,
geboren 1963,
Staatssekretärin,
Psychologin,
MdL seit 2019,
Wahlkreis 27,
Karlsruhe I

Lindlohr, Andrea,
geboren 1975,
Staatssekretärin,
Politikwissen-
schaftlerin,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 7,
Esslingen

Lucha, Manfred,
geboren 1961,
Minister für Soziales,
Gesundheit und
Integration,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 69,
Ravensburg

Marwein, Thomas,
geboren 1958,
Bauingenieur,
Vermessungs-
techniker,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 51,
Offenburg

Mettenleiter, Bernd,
geboren 1971,
Lehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 52,
Kehl

Nentwich, Ralf,
geboren 1982,
Realschullehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 17,
Backnang

Niemann, Jutta,
geboren 1970,
Diplom-Physikerin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 22,
Schwäbisch Hall

Nüssle, Niklas,
geboren 1994,
Chemie- und
Bioingenieur,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 59,
Waldshut

Olschowski, Petra,
geboren 1965,
Ministerin für
Wissenschaft,
Forschung und Kunst,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 4,
Stuttgart IV

Pix, Reinhold,
geboren 1955,
Diplom-Forstwirt,
ehemaliger
Weingutsinhaber,
MdL seit 2006,
Wahlkreis 48,
Breisgau

Poreski, Thomas,
geboren 1963,
Diplom-Pädagoge,
Diplom-Sozial-
arbeiter,
Geschäftsführer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 60,
Reutlingen

Resch, Klara,
geboren 1995,
Wiss. Mitarbeiterin,
MdL seit 1. September
2024,
Wahlkreis 24,
Heidenheim

GRÜNE 57 ABGEORDNETE

Dr. Rösler, Markus,
geboren 1961,
Landschaftsökologe,
Landschaftsökonom,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 13,
Vaihingen

Saebel, Barbara,
geboren 1959,
Landtags-
abgeordnete,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Saint-Cast, Nadyne,
geboren 1979,
Politikwissen-
schaftlerin M. A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 47,
Freiburg II

Salomon, Alexander,
geboren 1986,
Landtags-
abgeordneter,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 28,
Karlsruhe II

Schwarz, Andrea,
geboren 1957,
Landtags-
abgeordnete,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 30,
Bretten

Seemann, Stefanie,
geboren 1959,
Soziologin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 44,
Enz

Seimer, Peter,
geboren 1993,
Steuerfahnder,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 6,
Leonberg

Sperling, Swantje,
geboren 1983,
Politikwissen-
schaftlerin M. A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 15,
Waiblingen

Tok, Tayfun,
geboren 1986,
Betriebswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 14,
Bietigheim-Bissingen

Tonojan, Rüdiger,
geboren 1972,
Fotograf und
Graphiker,
MdL seit 2025,
Wahlkreis 49,
Emmendingen

Tuncer, Fadime,
geboren 1969,
Politikwissen-
schaftlerin M.A.,
MdL seit 2022,
Wahlkreis 39,
Weinheim

Waldbüßer, Armin,
geboren 1960,
selbstständiger
Kaufmann,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

Walker, Thekla,
geboren 1969,
Ministerin für Umwelt,
Klima und Energie-
wirtschaft,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Zimmer, Elke,
geboren 1966,
Staatssekretärin,
Diplom-Handels-
lehrerin,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 36,
Mannheim II

Fraktion GRÜNE im Landtag
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-6000
E-Mail: post@gruene.landtag-bw.de
www.gruene-landtag-bw.de

CDU 43 ABGEORDNETE

Manuel Hagel

Direktmandat Wahlkreis 65, Ehingen; geboren 1988, verheiratet, drei Kinder; nach der Ausbildung zum Bankkaufmann folgte 2009 eine Weiterbildung zum Bankfachwirt und anschließend ein Studium zum Dipl.-Bankbetriebswirt an der Frankfurt School of Finance & Management. Bis zu seinem Einzug in den Landtag war er Filialdirektor der Sparkasse in Ehingen. Hagel trat 2006 der CDU bei, seit 2010 ist er Mitglied des Kreisvorstands der CDU Alb-Donau-Ulm. Von 2016 bis 2021 war er Generalsekretär der Südwest-Union. Am 4. Mai 2021 wählte ihn die Landtagsfraktion zu ihrem Vorsitzenden. Seit 18. November 2023 ist er Landesvorsitzender der CDU BW.

Dr. Becker, Alexander,
geboren 1972,
Musikwissenschaftler,
MdL seit 2019,
Wahlkreis 32,
Rastatt

Blenke, Thomas,
geboren 1960,
Staatssekretär,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 43,
Calw

Bückner, Tim,
geboren 1983,
Kreisgeschäftsführer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 25,
Schwäbisch Gmünd

Burger, Klaus,
geboren 1958,
Bankkaufmann,
Geschäftsstellenleiter,
MdL seit 2012,
Wahlkreis 70,
Sigmaringen

Cataltepe, Ayla,
geboren 1972,
Parlamentarische
Referentin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 10,
Göppingen

Deuschle, Andreas,
geboren 1978,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 7,
Esslingen

Dörflinger, Thomas,
geboren 1969,
Bankkaufmann,
Dipl.-Betriebswirt (FH),
MdL seit 2016,
Wahlkreis 66,
Biberach

Epple, Konrad,
geboren 1963,
Schlossermeister,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 13,
Vaihingen

Freiherr von Eyb, Arnulf,
geboren 1955,
Rechtsanwalt,
Fachanwalt
für Arbeitsrecht,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 21,
Hohenlohe

Gehring, Christian,
geboren 1979,
Kriminalhaupt-
kommissar,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 16,
Schorndorf

Gentges, Marion,
geboren 1971,
Rechtsanwältin,
Ministerin der Justiz
und für Migration,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 50,
Lahr

Hailfinger, Manuel,
geboren 1982,
Justiziar,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 61,
Hechingen-
Münsingen

Hartmann-Müller,
Sabine,
geboren 1962,
Dipl.-Betriebswirtin (FH),
MdL seit 2017,
Wahlkreis 59,
Waldshut

Haser, Raimund,
geboren 1975,
Dipl.-Betriebswirt (BA),
Wirtschaftsredakteur,
Autor, Verleger,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 68,
Wangen

Hauk, Peter,
geboren 1960,
Minister für Ernährung,
Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz,
MdL seit 1992,
Wahlkreis 38,
Neckar-Odenwald

Hockenberger, Ulli,
geboren 1956,
Bürgermeister a. D.,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 29,
Bruchsal

Dr. Hoffmeister-Kraut,
Nicole, geboren 1972,
Ministerin für
Wirtschaft, Arbeit
und Tourismus,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 63,
Balingen

Huber, Isabell,
geboren 1987,
M. A. Public
Management,
MdL seit 2019,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

Kurtz, Sabine,
geboren 1961,
Staatssekretärin,
MdL seit 2006,
Wahlkreis 6,
Leonberg

Dr. Löffler, Reinhard,
geboren 1954,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 3,
Stuttgart III

von Loga, Cornelia,
geb. 1979,
Medienmanagerin,
MdL seit 01.12.2023,
Wahlkreis 33,
Baden-Baden

Lorek, Siegfried,
geboren 1977,
Polizeioberrat a. D.,
Staatssekretär,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 15,
Waiblingen

Mack, Winfried,
geboren 1965,
Diplom-Verwaltungs-
wissenschaftler,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 26,
Aalen

Mayr, Ansgar,
geboren 1972,
Dipl.-Betriebswirt (BA),
MdL seit 2021,
Wahlkreis 30,
Bretten

Dr. Miller, Matthias,
geboren 1991,
Notarassessor,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Neumann-Martin,
Christine,
geboren 1986,
M. A. der Erwach-
senenbildung,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Dr. Pfau-Weller,
Natalie,
geboren 1987,
wiss. Mitarbeiterin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 8,
Kirchheim

Dr. Preusch, Michael,
geboren 1975,
Arzt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Dr. Rapp, Patrick,
geboren 1969,
Dipl.-Forstwirt,
Staatssekretär,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 48,
Breisgau

Razavi, Nicole,
geboren 1965,
Parlamentsrätin a. D.,
Ministerin für Landes-
entwicklung und
Wohnen, MdL seit
2006, Wahlkreis 11,
Geislingen

Dr. Reinhart, Wolfgang,
geboren 1956,
Rechtsanwalt,
stellv. Landtags-
präsident,
MdL seit 1992,
Wahlkreis 23,
Main-Tauber

Schebesta, Volker,
geboren 1971,
Staatssekretär im
Ministerium für Kultus,
Jugend und Sport,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 51,
Offenburg

Schindele, Katrin,
geboren 1987,
Entwicklungs-
ingenieurin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 45,
Freudenstadt

Dr. Schütte, Albrecht,
geboren 1970,
Dipl.-Physiker,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Schuler, August,
geboren 1957,
selbstständiger
Gastronom,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 69,
Ravensburg

Schweizer, Sarah,
geboren 1983,
Rechtsanwältin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 10,
Göppingen

Staab, Christiane,
geboren 1968,
Bürgermeisterin a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 37,
Wiesloch

Stächele, Willi,
geboren 1951,
Minister a. D.,
Rechtsanwalt,
MdL seit 1992,
Wahlkreis 52,
Kehl

Sturm, Andreas,
geboren 1986,
Studienrat,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 40,
Schwetzingen

Teufel, Stefan,
geboren 1972,
Industriekaufmann,
Betriebswirt (GA),
MdL seit 2006,
Wahlkreis 53,
Rottweil

Vogt, Tobias,
geboren 1985,
Kfz-Technikermeister,
Betriebswirt M. A.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 14,
Bietigheim-Bissingen

Wolf, Guido,
geboren 1961,
Minister a. D.,
MdL seit 2006,
Wahlkreis 55,
Tuttlingen-
Donaueschingen

CDU-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-8000
E-Mail: post@cdu.landtag-bw.de
www.cdufraktion-bw.de

SPD 19 ABGEORDNETE

Andreas Stoch

Wahlkreis 24, Heidenheim; geboren 1969, verheiratet, vier Kinder; seit Mai 2016 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Der Rechtsanwalt (Anwaltstätigkeit ruht) trat 1990 in die SPD ein, 1987 bis 1991 war er Juso-Kreisvorsitzender. Mitglied des Landtags seit 1. April 2009, Parlamentarischer Geschäftsführer von Mai 2011 bis Januar 2013; Minister für Kultus, Jugend und Sport von Januar 2013 bis Mai 2016. Seit November 2018 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg.

Binder, Sascha,
geboren 1983,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 11,
Geislingen

Born, Daniel,
geboren 1975,
Landtags-
vizepräsident,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 40,
Schwetzingen

Cuny, Sebastian,
geboren 1978,
Politikwissen-
schaftler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 39,
Weinheim

Fink, Nicolas,
geboren 1976,
Diplom-Verwaltungs-
wirt (FH),
MdL seit 2019,
Wahlkreis 7,
Esslingen

Dr. Fulst-Blei, Stefan,
geboren 1968,
Berufsschullehrer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 35,
Mannheim I

Hoffmann, Jonas,
geboren 1985,
Wirtschafts-
informatiker B. Sc.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 58,
Lörrach

Kenner, Andreas,
geboren 1956,
Altenpfleger,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 8,
Kirchheim

Kirschbaum, Simone,
geboren 1974,
Hebamme,
MdL seit 1. Oktober
2024,
Wahlkreis 17,
Backnang

Dr. Kliche-Behnke,
Dorothea,
geboren 1981,
Referentin der
Geschäftsleitung,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 62,
Tübingen

Ranger, Klaus,
geboren 1961,
Bankfachwirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

Rivoir, Martin,
geboren 1960,
Diplom-Ingenieur,
MdL seit 2001,
Wahlkreis 64,
Ulm

Röderer, Jan-Peter,
geboren 1986,
Molekularbiologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 41,
Sinsheim

Rolland, Gabriele,
geboren 1963,
Diplom-
Verwaltungswirtin (FH),
MdL seit 2011,
Wahlkreis 47,
Freiburg II

Steinhülb-Joos,
Katrin,
geboren 1966,
Schulleiterin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 4,
Stuttgart IV

Storz, Hans-Peter,
geboren 1960,
Religionslehrer,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 57,
Singen

Wahl, Florian,
geboren 1984,
ltd. Angestellter,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 5,
Böblingen

Weber, Jonas,
geboren 1982,
Politikwissen-
schaftler,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 32,
Rastatt

Dr. Weirauch, Boris,
geboren 1977,
Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Bank-
und Kapitalmarktrecht,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 36,
Mannheim II

SPD-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-7190
E-Mail: post@spd.landtag-bw.de
www.spd-landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.x.com/spdlandtagbw
www.instagram.com/spdlandtag_bw

Dr. Hans-Ulrich Rülke

Wahlkreis 42, Pforzheim, ist Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP. Geboren 1961 in Tuttlingen, verheiratet, drei Kinder. Studiendirektor (beurlaubt), von 2001 bis 2006 Fachberater für Politik beim Oberschulamt Karlsruhe. Mitglied des Landtags seit 2006. Seit 1999 im Pforzheimer Gemeinderat, seit 2001 Vorsitzender der FDP-Gemeinderatsfraktion mitunter in verschiedenen Fraktionsgemeinschaften und seit 2019 Erster Ehrenamtlicher Gemeinderätlicher Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Pforzheim. Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg und Mitglied im Bundespräsidium der FDP.

Birnstock, Dennis,
geboren 1991,
Biotechnologe,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 9,
Nürtingen

Bonath, Frank,
geboren 1972,
Dipl.-Volkswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 54,
Villingen-
Schwenningen

Brauer, Stephen,
geboren 1970,
Dipl.-Handelslehrer,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 22,
Schwäbisch Hall

Fink-Trauschel, Alena,
geboren 1999,
Studentin,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 31,
Ettlingen

Fischer, Rudi,
geboren 1954,
Maschinenbautechniker und technischer
Betriebswirt,
MdL seit 2019,
Wahlkreis 61,
Hechingen-Münsingen

Goll, Julia,
geboren 1964,
Richterin am
Landgericht a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 15,
Waiblingen

Haag, Friedrich,
geboren 1989,
Unternehmer,
Landwirt im
Nebenerwerb,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 2,
Stuttgart II

Haußmann, Jochen,
geboren 1966,
Diplom-
Betriebswirt (DH),
MdL seit 2011,
Wahlkreis 16,
Schorndorf

Heitlinger, Georg,
geboren 1970,
Landwirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Hoher, Klaus,
geboren 1968,
Landwirt,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 67,
Bodensee

Dr. Jung, Christian,
geboren 1977,
Historiker,
Studiendirektor a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 30,
Bretten

Karrais, Daniel,
geboren 1990,
Maschinenbauingenieur,
MdL seit 2018,
Wahlkreis 53,
Rottweil

Dr. Kern, Timm,
geboren 1972,
Gymnasiallehrer,
MdL seit 2011,
Wahlkreis 45,
Freudenstadt

Reith, Nikolai,
geboren 1969,
Versicherungsmakler,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 55,
Tuttlingen-
Donaueschingen

Scheerer,
Hans Dieter,
geboren 1958,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 6,
Leonberg

Dr. Schweickert, Erik,
geboren 1972,
Professor für
Internationale
Weinwirtschaft,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 44,
Enz

Weinmann, Nico,
geboren 1972,
Rechtsanwalt,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 18,
Heilbronn

FDP/DVP-Landtagsfraktion
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-9112
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-landtag-bw.de

AfD 17 ABGEORDNETE

Anton Baron

Wahlkreis 21, Hohenlohe; geboren 1987, verheiratet, Vater einer Tochter. Wirtschaftsingenieur, B. Eng., Produktmanager. Sprecher des AfD-Kreisverbands Hohenlohe/Schwäbisch Hall. Mitglied des Gemeinderats der Stadt Öhringen, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag des Hohenlohekreises; seit Januar 2023 Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag von Baden-Württemberg.

Dr. Balzer, Rainer,
geboren 1959,
Ingenieur,
Studiendirektor,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 29,
Bruchsal

Bamberger, Alfred,
geboren 1957,
Dipl.-Informatiker,
MdL seit 2022,
Wahlkreis 42,
Pforzheim

Eisenhut, Bernhard,
geboren 1958,
Kaufmann,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 57,
Singen

Gögel, Bernd,
geboren 1955,
selbstständiger
Speditionskaufmann
und Geschäftsführer,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 44, Enz

Dr. Hellstern, Uwe,
geboren 1960,
Dipl.-Chemiker,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 45,
Freudenstadt

Hörner, Hans-Peter,
geboren 1951,
Oberstudienrat a. D.,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 63,
Balingen

Klauß, Miguel,
geboren 1986,
techn. Betriebswirt,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 43,
Calw

Klecker, Dennis,
geboren 1990,
Werkfeuerwehrmann,
Betriebssanitäter,
MdL seit 01.09.2023,
Wahlkreis 19,
Eppingen

Klos, Rüdiger,
geboren 1960,
Landtags-
abgeordneter,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 55,
Tuttlingen-
Donaueschingen

Lindenschmid,
Daniel,
geboren 1992,
Fachinformatiker für
Systemintegration,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 17,
Backnang

Rupp, Ruben,
geboren 1990,
wiss. Referent,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 25,
Schwäbisch Gmünd

Sänze, Emil,
geboren 1950,
Geschäftsführer,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 53,
Rottweil

Scheer, Sandro,
geboren 1978,
Offizier a. D.,
MdL seit 2025,
Wahlkreis 10,
Göppingen

Stein, Udo,
geboren 1983,
Kaufmann im
Einzelhandel,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 22,
Schwäbisch Hall

Steyer, Joachim,
geboren 1966,
Gas- und Wasser-
installateurmeister,
MdL seit 2021,
Wahlkreis 61,
Hechingen-
Münsingen

Wolle, Carola,
geboren 1963,
Dipl.-Kauffrau,
MdL seit 2016,
Wahlkreis 20,
Neckarsulm

AfD-Landtagsfraktion
Haus der Abgeordneten
Urbanstr. 32
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-5000
www.afd-fraktion-bw.de
www.facebook.com/AfDFraktionBW

Die Fraktionen

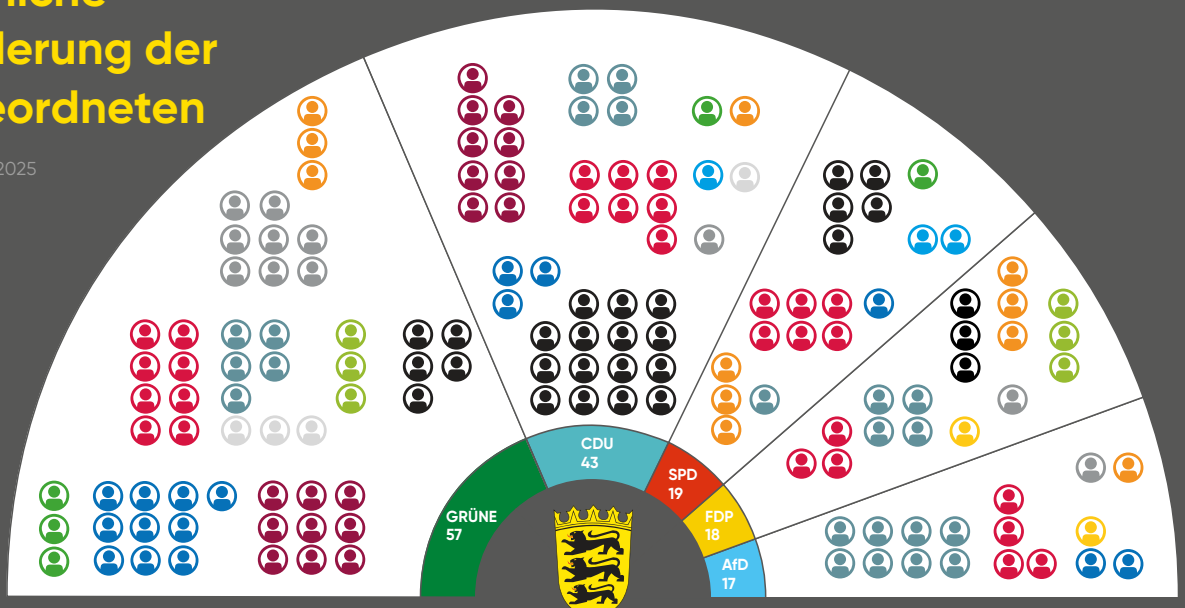
Die Fraktionen sind die politischen Gliederungen, in denen die Abgeordneten derselben Partei zusammengeschlossen sind. In den Fraktionen formiert sich die politische Haltung der Abgeordneten einer Partei zu den im Plenum und in den Ausschüssen anstehenden Entscheidungen und Debatten.

Aus den Fraktionen kommt ein großer Teil der politischen Initiativen für die Parlamentsarbeit. Auch in organisatorischer Hinsicht sind die Parlamentsfraktionen wichtige Einheiten, ohne die das Parlament nicht arbeitsfähig wäre. Die Planung und Steuerung der Parlamentsarbeit beruht weithin auf Absprachen unter den Parlamentsfraktionen. Auch der Ablauf der Debatten im Plenum ist in weitgehendem Maße nach Fraktionen geordnet, etwa wenn dort das Wort der Rednerin oder dem Redner für eine Fraktion oder im Rahmen des Redezeitkontingents ihrer/seiner Fraktion erteilt wird.

Die Fraktionen haben das Vorschlagsrecht oder Benennungsrecht bei einer Vielzahl von Personalentscheidungen, zum Beispiel für die Besetzung der Landtagsausschüsse, für den Vorsitz in den Ausschüssen und für die Wahl der Präsidentin und der Vizepräsidenten. Sie sind selbstständig initiativberechtigt, das heißt, sie können Gesetzentwürfe und andere Anträge einbringen, die vom Vorsitzenden der Fraktion unterzeichnet sind. Für die verschiedenen Sachgebiete der Landespolitik haben die Fraktionen Arbeitskreise gebildet, die vor allem Initiativen der Fraktion vorbereiten und die Beratungen der Ausschüsse begleiten. Die Fraktionen verfügen über einen Stab von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Beraterinnen und Beratern.

Berufliche Gliederung der Abgeordneten

Stand: April 2025



Häufigste Berufsgruppen im Landtag (Sitze insgesamt: 154)

- Recht und Verwaltung
- Lehrer/-innen
- Landesbehörden, Polizei
- Medizinisch Tätige
- Sozialer Bereich
- Verbände, Parteien, Gewerkschaften
- Privatwirtschaft
- Regierungsmitglieder
- Unternehmer/-innen, selbstständig Tätige, Gewerbetreibende
- Landwirtschaft, Weinbau
- Pensionäre/Pensionärinnen, Rentner/-innen
- Andere Berufe

Quelle: Volkshandbuch; Mehrfachnennungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt.

Das Kabinett

Die Landesregierung besteht aus dem **Ministerpräsidenten, Ministerinnen** und **Ministern** sowie einem **Staatssekretär** für Medienpolitik und einer **Staatsrätin** für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, jeweils mit Stimmrecht in der Regierung. Drei **Staatssekretäre** sowie 10 **politische Staatssekretäre** unterstützen die Landesregierung in ihrer Arbeit.

Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
(GRÜNE), MdL

Stellv. Ministerpräsident,
Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen
Thomas Strobl
(CDU)

Minister für Finanzen
Dr. Danyal Bayaz
(GRÜNE)

Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport
Theresa Schopper
(GRÜNE)

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst
Petra Olschowski
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft
Thekla Walker
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut
(CDU), MdL

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration
Manfred Lucha
(GRÜNE), MdL

Minister für Ernährung, Ländlichen
Raum und Verbraucherschutz
Peter Hauk
(CDU), MdL

Ministerin der Justiz
und für Migration
Marion Gentges
(CDU), MdL

Minister für Verkehr
Winfried Hermann
(GRÜNE), MdL

Ministerin für Landes-
entwicklung und Wohnen
Nicole Razavi
(CDU), MdL

Landtags-ABC

A

→ Abgeordnete/Abgeordneter
Gewähltes Mitglied des Parlaments. Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen (Art. 27 Abs. 3 der Landesverfassung).

→ Anhörung (Hearing)
Öffentliche Anhörungen werden von Ausschüssen zur Information über ein bestimmtes Thema veranstaltet. Indem Sachverständige hinzugezogen werden, sollen die Abgeordneten umfassend informiert werden. Es gibt Anhörungen auch im Rahmen der Gesetzgebung, die zum Teil sogar von der Verfassung (Art. 71 Abs. 4) vorgeschrieben sind (Beispiel: Anhörung der kommunalen Landesverbände bei Änderungen der Gemeindeordnung).

→ Ausschüsse
Parlamentsausschüsse haben die Aufgabe, die Beschlüsse des Plenums vorzubereiten. Sie sind der Ort für eine gründliche und detaillierte Beratung. Ihnen gehören die jeweiligen Fachleute der Fraktionen an, etwa für Finanzen und Wirtschaft, Bildung oder Umweltschutz. Die Zahl der Mitglieder beträgt in allen Fachausschüssen 22.

B

→ Bannmeile
Ein abgegrenztes Gelände rund um das Landtagsgebäude in der Konrad-Adenauer-Straße 3 wurde in einem Gesetz zur Bannmeile erklärt; dort sind Versammlungen und Demonstrationen grundsätzlich verboten. Der Sperrbezirk soll physischen und psychischen Druck vom Parlament abwenden.

D

→ Demokratie
Volksherrschaft (griechisch: Demokratie) bedeutet, die Staatsleitung liegt in den Händen des Volkes. Nach der Form der Beteiligung des Volkes – direkt oder indirekt – unterscheidet man a) direkte Demokratie und b) indirekte Demokratie (auch: repräsentative Demokratie) durch die Wahl von Repräsentantinnen und Repräsentanten (Abgeordneten) in die Parlamente. Bei uns wird die Herrschaft des Volkes vorwiegend indirekt ausgeübt. Die vom Volk frei gewählten Abgeordneten im Landtag wählen die Regierung; der Landtag, das Parlament, besitzt somit eine herausragende Stellung (parlamentarische Demokratie).

→ Diäten/Abgeordnetenbezüge
Die Abgeordnetenbezüge, auch Diäten genannt, sind das berufliche Einkommen der Abgeordneten aus ihrer Mandatstätigkeit. Sie sichern zugleich die Unabhängigkeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Eine Landtagsabgeordnete/Ein Landtagsabgeordneter erhält ab 1. Juli 2025 eine steuerpflichtige Entschädigung von monatlich 9.322 Euro. Die Anpassung erfolgt jedes Jahr zum 1. Juli. Hinzu kommt eine steuerfreie Aufwandsentschädigung zur Bestreitung der mandatsbedingten Aufwendungen.

→ Drucksachen
Schriftliche Vorlagen in gedruckter Form an das Parlament, zum Beispiel Anfragen oder Gesetzentwürfe, werden Drucksachen genannt. Sie tragen eine Nummer und werden an alle Abgeordneten verteilt.

E

→ Enquetekommission
Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte kann der Landtag eine Enquetekommission einrichten. Er ist dazu verpflichtet, wenn dies von einem Viertel der Mitglieder des Landtags oder von zwei Fraktionen, deren Mitglieder verschiedenen Parteien angehören müssen, beantragt wird. Der Enquetekommission können auch sachverständige Personen angehören, die nicht Mitglied des Landtags sind. Die Enquetekommission erstattet dem Landtag einen abschließenden schriftlichen Bericht.

→ Exekutive
Die staatlichen Funktionen (Gewalten) sind gemäß dem Grundgesetz und der Landesverfassung in drei Bereiche zu teilen: Gesetzgebung (Legislative), vollziehende Gewalt (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative). Die Exekutive, also Regierung und Verwaltung, ist an Gesetz und Recht gebunden und hat die von der Legislative beschlossenen Gesetze auszuführen.

F

→ Föderalismus
Nach dem Prinzip des Föderalismus werden mehrere Gliedstaaten zu einem Gesamtstaat (Bund) zusammengefasst. Der Bund ist für Angelegenheiten zuständig, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger einheitlich im Bundesgebiet gestaltet werden müssen. Die übrigen Aufgaben werden von den Gliedstaaten – den Ländern – erfüllt.

F

→ Fraktion
Die Abgeordneten des Parlaments, die derselben Partei angehören, schließen sich zu einer Fraktion zusammen. Der Fraktionsstatus wird bei einer Mindestzahl von sechs Abgeordneten zuerkannt. Derzeit gibt es im Landtag fünf Fraktionen (GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP, AfD). Fraktionen können zum Beispiel Gesetzentwürfe, Anträge oder Große Anfragen einbringen.

→ Fünfprozentklausel
Bei der Verteilung der Mandate auf die Parteien im Verhältnis ihrer Stimmen werden nur diejenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens fünf Prozent der in Baden-Württemberg abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben. Auch bei Bundestagswahlen gibt es eine Fünfprozentklausel (für die Zuteilung von Sitzen über die Landeslisten).

G

→ Geschäftsordnung
Die Geschäftsordnung regelt die Organisation und den Ablauf der dem Landtag übertragenen Geschäfte (zum Beispiel Gesetzgebungsverfahren, Wahlen im Landtag, Überwachung der Regierungstätigkeit durch Anfragen, Anträge und anderes mehr).

→ Gesetz
Unter einem Gesetz versteht man die für jede Bürgerin/jeden Bürger verbindlichen generellen Anordnungen, die vom Parlament beschlossen werden.

→ Gewaltenteilung
Gewaltenteilung soll die Zusammenballung von staatlicher Macht in einer Hand (bei einer Person oder einem Staatsorgan) verhindern, um einem Missbrauch der Macht vorzubeugen. Der französische Staatsphilosoph Montesquieu schlug im 18. Jahrhundert vor, die Staatsgewalt in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (richterliche Gewalt) aufzuteilen. Dementsprechend sieht sowohl das Grundgesetz (in Artikel 20) als auch die Landesverfassung (in Artikel 25) die Aufteilung auf drei Staatsgewalten vor. Gewaltenteilung bedeutet aber keine strikte Trennung der drei Gewalten voneinander; diese sind zum Teil voneinander abhängig (Beispiel: Wahl des Ministerpräsidenten und der Richter/-innen des Verfassungsgerichtshofs durch den Landtag).

H

→ Haushalt (Budget, Etat)
Der Haushalt des Landes legt vorab alle voraussichtlichen Einnahmen und geplanten Ausgaben des Landes fest. Er wird vom Landtag jeweils für ein oder für zwei Jahre (Doppelhaushalt) beschlossen. Bestandteile des Haushalts sind das Haushaltsgesetz sowie der Haushaltsplan. Der Haushaltsplan wird im Rahmen des Haushaltsgesetzes durch den Landtag beschlossen. Die Feststellung des Haushalts (Budgetrecht) ist eines der ältesten Rechte der Parlamente.

I

→ Immunität
Eine Abgeordnete/Ein Abgeordneter darf nicht ohne Genehmigung des Landtags strafrechtlich verfolgt oder festgenommen werden. Dies gilt nicht, wenn die Abgeordnete/der Abgeordnete auf frischer Tat oder am darauffolgenden Tag festgenommen wird. Dieses Recht dient dazu, die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten (Art. 38 der Landesverfassung).

→ Indemnität
Eine Abgeordnete/Ein Abgeordneter darf nicht wegen einer Äußerung oder wegen ihres/seines Abstimmungsverhaltens im Landtag gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden, auch nicht mit Genehmigung des Landtags. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrer/seiner Abgeordnetentätigkeit. Dieses Recht dient dazu, die Rede- und Abstimmungsfreiheit der Abgeordneten speziell bei der Ausübung des Parlamentsmandats zu sichern (Art. 37 der Landesverfassung).

→ Inkompatibilität
Die Regelung, dass eine Abgeordnete/ein Abgeordneter nicht gleichzeitig verschiedene Ämter ausüben kann, bezeichnet man als Inkompatibilität (Unvereinbarkeit). Mitglieder des Landtags können nicht zugleich als Richter/-innen, Staatsanwälte/-anwältinnen, Landräte/-rätinnen, Bürgermeister/-innen oder Beamte/Beamtinnen mit leitenden Aufgaben tätig sein.

J

→ Judikative
Die dritte, rechtsprechende Gewalt (Judikative) tritt im Rahmen der Gewaltenteilung neben Legislative (gesetzgebende Gewalt) und Exekutive (vollziehende Gewalt). Sie ist unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen Richterinnen und Richtern anvertraut.

K

→ Koalition
Wenn nach einer Wahl keine Partei die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, können sich zwei oder mehr Fraktionen zusammenschließen, um mit der Mehrheit der Mandate einen Regierungschef zu wählen. Eine Koalition unterstützt das Regierungsprogramm und tritt in der Regel bei Abstimmungen im Parlament geschlossen auf. Die Bildung einer Koalition erfordert von den beteiligten Fraktionen Kompromissbereitschaft; jede Fraktion muss in ihren Entscheidungen Rücksicht auf den oder die Koalitionspartner nehmen. Im Landtag von Baden-Württemberg gibt es seit 2016 eine Koalition zwischen GRÜNEN und CDU.

K

→ Kontrolle
Der Landtag überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt und kontrolliert die Regierung. Kontrollinstrumente sind vor allem: Fragerecht (Anfragen, Regierungsbefragung) und parlamentarische Debatten, Zitierrecht (der Landtag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Mitglieds der Landesregierung verlangen, es herbeizitieren), Untersuchungsrecht (ein Viertel aller Abgeordneten oder zwei Fraktionen können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen, der ein weitgehendes Recht auf Auskunft hat und gerichtsähnlich arbeitet) und Misstrauensvotum (hat die Regierung das Vertrauen der Mehrheit verloren, kann der Ministerpräsident durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden; Art. 54 Abs. 1 der Landesverfassung).

L

→ Landesregierung
Der Ministerpräsident, die Landesminister/-innen sowie die Staatssekretäre/-sekretärinnen mit Kabinettsrang und die ehrenamtlichen Staatsräte/-rätinnen bilden die Landesregierung. Der Ministerpräsident wird vom Landtag gewählt, die weiteren Regierungsmitglieder werden vom Ministerpräsidenten berufen und durch den Landtag bestätigt. Die Mitglieder der Landesregierung sind zumeist gleichzeitig Abgeordnete. Die Landesregierung ist dem Landtag verantwortlich. Durch Misstrauensvoten kann der Landtag sowohl dem Ministerpräsidenten als auch (mit Zweidrittelmehrheit) einzelnen Mitgliedern der Regierung das Vertrauen entziehen. Regierung und Verwaltung bilden die Exekutive.

→ Legislative
Als Legislative bezeichnet man im Rahmen der Gewaltenteilung die gesetzgebende Gewalt. Sie ist auf Landesebene dem Landtag übertragen.

→ Legislaturperiode
Bei der Legislaturperiode handelt es sich um die durch Wahl legitimierte Amtszeit eines Parlaments. Die Legislatur- oder auch Wahlperiode dauert in Baden-Württemberg fünf Jahre.

→ Lesungen
Gesetzentwürfe werden im Plenum in zwei Beratungen (Lesungen) behandelt. Besonders wichtige Vorhaben wie Verfassungsänderungen oder Haushaltsgesetze benötigen drei Lesungen.

→ Lobby
In der Lobby, dem Vorraum des Plenarsaals, finden Besprechungen unter den Abgeordneten und mit Regierungsvertretern statt, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern und Interessenvertreterinnen/-vertretern.

M

→ Mandat
Auftrag (auch Sitz) der/des Abgeordneten im Parlament: In der Bundesrepublik spricht man von einem „freien" Mandat, da die Abgeordnete/der Abgeordnete nicht an Weisungen ihrer/seiner Partei oder ihrer/seiner Wählerinnen und Wähler gebunden ist – das wäre ein „imperatives" Mandat.

→ Mehrheit
Der Landtag fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit. In der Regel genügt eine einfache Mehrheit, bei der die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übersteigen muss. Die relative Mehrheit ist oftmals bei Wahlen entscheidend, sie ist etwa bei Landtagswahlen maßgebend für die Erstauszählung der Stimmen in den Wahlkreisen. Dabei gilt die Kandidatin/der Kandidat als gewählt, auf die/den im Verhältnis (Relation) zu den anderen Kandidatinnen/Kandidaten die meisten Stimmen entfallen. Die/Der so Gewählte erringt das Direktmandat. Von der absoluten Mehrheit spricht man, wenn mehr als die Hälfte aller Abgeordneten für einen Vorschlag stimmen muss, etwa bei Art. 46 Abs. 1 der Landesverfassung: Der Ministerpräsident bedarf zu seiner Wahl der Mehrheit der Mitglieder des Landtags. Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags ist erforderlich, um einem Mitglied der Landesregierung das Misstrauen auszusprechen.

N

→ Nachtragshaushalt
Wenn nach Verabschiedung des Haushalts wesentliche Änderungen bei den Einnahmen oder Ausgaben des Landes notwendig werden, holt die Landesregierung dazu in einem Nachtragshaushalt die Zustimmung des Landtags ein.

O

→ Offenlegungsregeln
Die Offenlegungsregeln verpflichten die Abgeordneten, ihre beruflichen Verhältnisse, ihre Tätigkeit in Organen von Unternehmen sowie ihre Funktionen in Interessenverbänden auf Landes- oder Bundesebene zur Veröffentlichung im amtlichen Handbuch des Landtags anzugeben. Außerdem haben Parlamentarier/-innen der Landtagspräsidentin unter bestimmten Voraussetzungen eine entgeltliche Beratungstätigkeit anzuzeigen. Dasselbe gilt, wenn Abgeordnete Gutachten erstatten, publizistisch tätig sind oder Vorträge halten, sofern die Einnahmen hieraus 511 Euro im Einzelfall und 5.113 Euro jährlich übersteigen. Anzuzeigen sind der Landtagspräsidentin ferner Spenden, die Abgeordnete als Kandidatin oder als Kandidat für eine Landtagswahl oder als Mitglied des Landtags erhalten, wenn diese Zuwendungen 1.534 Euro je Spender/-in pro Jahr übersteigen. Schließlich ist es Abgeordneten untersagt, in beruflichen oder geschäftlichen Angelegenheiten auf die Mitgliedschaft im Landtag hinzuweisen.

O

→ Opposition
Die Opposition ist wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie. Sie hat die Aufgabe, Kritik am Regierungsprogramm öffentlich zu vertreten. Sie ist die politische Alternative zur Regierungsmehrheit. Im Landtag gibt es gegenwärtig drei Oppositionsfraktionen: SPD, FDP/DVP und AfD.

P

→ Partei
Unter Parteien versteht man Vereinigungen von Bürgerinnen und Bürgern, die auf die politische Willensbildung im Bereich des Bundes oder eines Landes Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Bundestag oder in einem Landtag mitwirken wollen. Die Gründung von Parteien ist frei.

→ Petition
Als Petition bezeichnet man Eingaben der Bürgerinnen und Bürger an Verwaltung und Parlament; so bestimmt das Grundgesetz: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden." Das Petitionsrecht gehört zu den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger (Grundgesetz Art. 17).

R

→ Rechnungshof
Als unabhängige Einrichtung (den Gerichten vergleichbar) hat der Rechnungshof die ordnungsgemäße Führung des Haushalts des Landes zu überprüfen. Nach Ablauf des Haushaltsjahres berichtet der Rechnungshof dem Landtag und der Landesregierung über das Ergebnis der Rechnungsprüfung; dabei werden auch Vorschläge zur Wirtschaftsführung gemacht.

U

→ Untersuchungsausschuss
Ein Viertel der Abgeordneten des Landtags oder zwei Fraktionen, deren Mitglieder verschiedenen Parteien angehören müssen, können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen. Ein Untersuchungsausschuss ist die schärfste Möglichkeit der Regierungskontrolle durch das Parlament. Ihm stehen gerichtsähnliche Befugnisse zu, so zum Beispiel die Zeugenvernehmung (gegebenenfalls unter Eid) oder die Einsichtnahme in Akten (vergleiche auch Art. 35 der Landesverfassung).

V

→ Verfassung
Die Verfassung enthält die grundlegenden Vorschriften für das Funktionieren eines Staates und das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern. In der Verfassung sind auch Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Aufgaben des Landtags sowie die Wahl seiner Mitglieder festgelegt. Die Verfassung des Landes steht im Rang über allen anderen Landesgesetzen. Landesgesetze, die nicht mit der Verfassung zu vereinbaren sind, kann der Verfassungsgerichtshof auf Antrag für nichtig erklären.

→ Verfassungsgerichtshof
Der Verfassungsgerichtshof (ehemals Staatsgerichtshof) für das Land Baden-Württemberg wacht als Verfassungsgericht über die Auslegung der Landesverfassung. Ihm gehören neun Mitglieder an: Drei sind Berufsrichter/-innen, drei nichtrichterliche Juristinnen/Juristen und drei Mitglieder ohne Befähigung zum Richteramt. Die Mitglieder werden vom Landtag auf neun Jahre gewählt.

→ Volksabstimmung
Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg bestimmt in Art. 25: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen … ausgeübt." Im Unterschied zum Bund besteht in Baden-Württemberg die Möglichkeit, Volksabstimmungen über Gesetze, über Verfassungsänderungen sowie über die Auflösung des Landtags durchzuführen. Näheres steht in den Artikeln 43, 60 und 64 der Landesverfassung.

→ Volksbegehren
Nach einer Verfassungsänderung von 1974 können in Baden-Württemberg Gesetzentwürfe nicht nur durch die Abgeordneten und durch die Regierung beim Landtag eingebracht werden, sondern auch durch das Volk selbst: mit Volksbegehren. Seit Dezember 2015 ist es möglich, dass ein Volksbegehren auch per Volksantrag beantragt werden kann. Innerhalb eines Jahres müssen 0,5 Prozent (ca. 39.000) der Wahlberechtigten den Volksantrag unterzeichnen, damit sich der Landtag damit befassen muss. Ist das Volksbegehren erfolglos und stimmt der Landtag der Gesetzesvorlage nicht unverändert zu, findet anschließend eine Volksabstimmung statt.

W

→ Wahlrecht
Wahlberechtigt (aktives Wahlrecht) sind ab der kommenden Landtagswahl alle Deutschen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihre Hauptwohnung in Baden-Württemberg haben. Die Wählbarkeit (passives Wahlrecht) erhält man erst mit 18 Jahren. Nach Art. 28 der Landesverfassung werden in Baden-Württemberg die Abgeordneten nach einem Verfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl (Bewerbung in einem der 70 Wahlkreise) mit den Grundsätzen der Verhältniswahl (Zuteilung der Mandate an die Parteien nach Stimmenproporz) verbindet. Künftig hat jeder Wähler/jede Wählerin zwei Stimmen, eine für die Wahl eines Kreiswahlvorschlags (Erststimme) und eine für die Wahl einer Landesliste (Zweitstimme). Mit der Erststimme wird eine Abgeordnete/ein Abgeordneter in einem der 70 Wahlkreise persönlich gewählt, die Zweitstimme bestimmt über die Verteilung der Sitze auf die Parteien im Landtag. Insgesamt setzt sich der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten zusammen.

erzielte Aufarbeitungskonsens in Deutschland wieder brüchig geworden ist, erklärt sich sicherlich zum einen aus der Verbreitung eines muslimischen Antisemitismus in unserer Einwanderungsgesellschaft und dem in Teilen der Linken weltweit aufgeflammten Israelhass. Eine andere und wohl wirkmächtigere Infragestellung ergibt sich paradoxerweise aus dem Erfolg des Projekts Aufarbeitung, das in den vergangenen Jahrzehnten Züge der Routinisierung und Ritualisierung angenommen hat und sich nicht mit demselben Veränderungspathos generationsübergreifend fortschreiben lässt, weil sein kritischer Gestus mittlerweile affirmative Züge trägt.

Die neue Rechte macht sich diese Infragestellung zunutze. Auch in Parlamenten sind Forderungen nach einer „erinnerungspolitischen Wende" und einem Ende des „Schuldkults" laut geworden. Was steckt hinter dieser Strategie?

Aras: Es ist deutlich zu spüren, wie die Wahrheit über unsere Geschichte verdreht, verleugnet und verharmlost wird. Rechtsextreme verbreiten völkisches Denken, machen SA-Parolen salonfähig, bezeichnen Adolf Hitler als Linken und die NS-Zeit als einen „Vogelschiss der Geschichte". Dreiste Desinformationen und dumpfe Demagogie werden als Meinungsfreiheit verkauft. Meinungsfreiheit wird sogar als Kampfbegriff genutzt. Wir dürfen nicht dabei zuschauen, wie Demokratieverachtung und Menschenfeindlichkeit weiter in unsere Gesellschaft einsickern. Im Parlamentsalltag müssen die demokratischen Kräfte entschieden dagegenhalten. Für mich ergibt sich das unmittelbar aus dem Holocaust-Gedenken.

Wir müssen uns in den nächsten Jahren endgültig von den letzten Überlebenden des Holocaust verabschieden. Was bedeutet das für die Art und Weise, wie wir an dieses beispiellose Menschheitsverbrechen erinnern können?

Sabrow: Der Abschied von der Zeitzeugenschaft bedeutet den Verlust an Un-

PROFESSOR DR. MARTIN SABROW

ist Senior Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und Sprecher des Leibniz-Forschungsverbundes „Wert der Vergangenheit". Seine Forschungsschwerpunkte sind: Geschichte der Weimarer Republik, Geschichte der DDR, politische Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, Historiographie- und Erinnerungsgeschichte. Dr. Sabrow zeichnete anlässlich der Gedenkfeier des Landtags zum 27. Januar in seinem Vortrag Entstehung und Wirkung der Gedenkkultur in Deutschland nach. Aktuell sei das Gedenken von einer Trivialisierung bedroht, die durch das Verschwinden der letzten Zeitzeugen des Holocaust beschleunigt werde. Das Gedenken verliere dadurch an Lebendigkeit. Zugleich griffen Rechtspopulisten die Gedenkkultur frontal an, wenn etwa behauptet werde, die Nazi-Herrschaft sei nur ein „Vogelschiss in der Geschichte". Es bleibe der „Auftrag aller historischen Wissensvermittlung, gegen die groteske Verzerrung gesicherter geschichtlicher Erkenntnisse anzugehen."

JULI 2020

Die Gedenkstättenreise von Landtagspräsidentin Muhterem Aras startet in Ludwigsburg mit dem Besuch der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. „Dieser Ort hat Strahlkraft – auch international", betont die Landtagspräsidentin. Weiter geht es nach Braunsbach. Im Haus des ehemaligen Bezirksrabbiners, das den Namen „Simon-Berlinger-Haus" nach dem Gründer der Bezirksschule für jüdische Kinder trägt, wird die Geschichte der Landjuden von ca. 1600 bis zur Deportation 1942 dargestellt. Braunsbach hatte die meisten jüdischen Bewohner und wurde 1832 Sitz des Bezirksrabbinats. Die zahlreichen Verflechtungen von jüdischer und christlicher Kultur sind heute noch sichtbar. Die Delegation geht ein kleines Stück auf dem Jüdischen Kulturweg Hohenlohe-Tauber. Er verbindet Orte jüdischer Geschichte in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, die historisch miteinander vernetzt sind und der Region einen besonderen Akzent verleihen.

Der zweite Tag der Gedenkstättenreise beginnt in der KZ-Gedenkstätte Hessental. Sie erinnert an die Geschichte eines Außenlagers des KZ Natzweiler im Elsass. Begrüßt wird die Delegation von Folker Förtsch und weiteren Mitgliedern der Initiative KZ-Gedenkstätte Hessental e.V. Regelmäßig werden öffentliche Führungen und Informationsveranstaltungen angeboten. Um diese durchzuführen, müssen die Ehrenamtlichen meist Urlaub nehmen. „Das beschäftigt mich schon, dass Engagierte ihren Urlaub einbringen, um Gedenkstättenarbeit zu leisten", so Aras.

mittelbarkeit in der Vergangenheitsvergegenwärtigung. Die in den achtziger Jahren aufgekommene Zeitzeugenbewegung hat den Blick von den Herrschenden auf die Leidenden gelenkt. Sie hat die furchtbaren Dimensionen des Zivilisationsbruchs sichtbar gemacht, den die Shoah bedeutete. Und sie hat dazu beigetragen, dass der Blick auf die Opfer der Deutschen den Blick auf die Deutschen als Opfer abgelöst hat. Der damit verbundene Anschauungswandel ist unwiederholbar. Er ist im Ergebnis heute aber auch tief im Geschichtsbewusstsein der Bundesrepublik verankert. Mit dem Ende der Epoche der Mitlebenden sind die vielfältigen Formen der medialen Vermittlung und der sinnlichen Präsenz in Gedenkstätten und Erinnerungsorten getreten, die das gesellschaftlich erworbene Wissen ungeschmälert in die Zukunft übertragen können.

Wenn Zeitzeugenschaft nicht mehr zur Verfügung steht, braucht es neue Ansätze in der Vermittlung des historischen Wissens. Liegen darin auch Chancen?

Sabrow: Zeitzeugen haben nie allein die Hauptlast der historischen Wissensvermittlung getragen und wie jede andere Quelle stets auch zu historischer Kontextualisierung und kritischer Nachprüfung herausgefordert. Diese Aufgabe bleibt bestehen, gleichviel ob ein historisches Zeugnis unmittelbar im Gespräch kommuniziert wird oder vermittelt als gedruckte oder gesendete Aufzeichnung vorliegt. Der Verlust an erlebter Authentizität, so schmerzhaft er ist, kann zugleich die Bereitschaft zu kritischer Reflexion erhöhen. Er erlaubt, Fragen zu entwickeln und Überlegungen anzustellen, die über den Horizont der Zeitgenossenschaft hinausgehen. Das mittlerweile faktisch gekommene Ende der Zeitzeugenschaft hat die nahe Vergangenheit nur zeitlich in wachsende Ferne gerückt, aber weder ihre Relevanz für die Gegenwart noch unsere Empathie für sie vermindert. Das zeigt die ungebrochene Intensität der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit.

Ein gewachsenes Netz von Gedenkstätten ist in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahrzehnten entstanden. Auch dort stehen die Zeichen vielfach auf Abschied – Frauen und Männer, die von Anfang an im Haupt- oder Ehrenamt dabei waren, scheiden aus Altersgründen aus. Sind die Gedenkstätten darauf vorbereitet und wie kann das Landesparlament sie unterstützen?

JULI 2022

Landtagspräsidentin Muhterem Aras besucht Erinnerungsorte im südlichen Odenwald und an der Bergstraße und betont deren Bedeutung für eine offene, vielfältige Gesellschaft ohne Ausgrenzung. „Gedenkstätten erinnern an die Schrecken der Vergangenheit, damit wir als Gesellschaft heute den Mechanismen von Hass, Hetze und Ausgrenzung konsequent entgegentreten“, sagt Aras.

Zu den Stationen zählen die KZ-Gedenkstätte Neckarelz, der Maria-Zeitler-Pfad der Johannes-Diakonie Mosbach, das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg sowie die ehemalige Synagoge und der Jüdische Friedhof in Hemsbach. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Generationswechsel beim ehrenamtlichen Personal der Gedenkstätten. Viele der Frauen und Männer, die mit großem persönlichen Engagement Erinnerungsorte im ganzen Land seit ihrer Eröffnung und teils jahrzehntelang begleiten, reduzieren altersbedingt ihre Einsatzzeiten oder scheiden aus.

Landtagspräsidentin Aras dankt auch Romani Rose, dem Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, für seinen jahrzehntelangen Einsatz im Kampf gegen das Vergessen. Bei der Führung durch das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg zeigt sich Aras tief bewegt von den Zeugnissen des Völkermords an der Minderheit.

Aras: Ich bin den Menschen, die die Gedenkarbeit schultern, sehr dankbar. Ihr großes Engagement, das sie über Jahrzehnte oft gegen Widerstände haben durchsetzen müssen, ist wirklich überwältigend. Die Gedenkstättenvereine haben von allen Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen, die absolute Rückendeckung. Deshalb haben wir in den letzten Jahren die Mittel der Gedenkstättenförderung des Landes stetig erhöht. Insbesondere hat der Landtag zuletzt die Unterstützung für die kleinen und mittleren Gedenkstätten und -initiativen verstärkt. Mir ist bewusst, dass es damit nicht getan ist. Nicht zuletzt fehlt es den Vereinen auch an Nachwuchs. Ich sehe aber überall im Land ermutigende Ansätze, weil viele junge Menschen sich engagieren. Da machen Schülerinnen und Schüler bei Stolperstein-Putzaktionen mit, bringen sich in Schulprojekte ein und arbeiten ehrenamtlich als Jugendguides in Gedenkstätten. Das ist großartig.

Die Stärkung der Gedenkkultur im Land ist ein Kern Ihrer Agenda als Landtagspräsidentin. Wie zufrieden sind Sie mit dem bisher Erreichten? Und wie sehen Sie die Zukunft der Gedenkarbeit im Land?

Aras: Baden-Württemberg verfügt über ein breites Netz an Gedenkstätten und eine ausgeprägte Gedenkkultur. Ich bin tief beeindruckt von dieser Leistung, die ich überall im Land sehe und erlebe, besonders auch auf meinen jährlichen Gedenkstättenreisen, mit denen ich das Engagement in den Gedenkvereinen und Kommunen würdigen möchte.

Was mich positiv stimmt, ist, wie viele junge Menschen sich engagiert mit der Vergangenheit auseinandersetzen: vielleicht nicht in der großen Mehrheit, dafür aber eindrücklich mit einem wachen Blick nach vorn, wie wir es bei der diesjährigen Gedenkveranstaltung im Landtag für die Opfer des Nationalsozialismus durch den Beitrag des Weissenburg e.V. haben erleben dürfen.

Für mich ist unsere Gedenkkultur auch eine Art Warnsystem. Deshalb bedrohen die Demokratiefeinde sie. Gedenkstättenvereine sorgen sich in manchen Bundesländern vor Kürzungen und Zensur, sollten Rechtsextreme dort an die Macht kommen. Und nicht zuletzt werden viele Mitarbeitende in Gedenkstätten beschimpft und bedroht. Das dürfen wir niemals hinnehmen, sondern müssen diese Angriffe mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen.

JULI 2023

Zum Start am 12. Juli 2023 steht der Besuch der Ausstellung „Vor 90 Jahren – Generalstreik in Mössingen“ in der Kulturscheune Mössingen an. Zweite Station ist das Rathaus Mössingen. Dort informiert ein kompakter Erinnerungskubus über die örtlichen Ereignisse des 31. Januar 1933. Am Abend lädt die Stadt Mössingen zu einer öffentlichen Veranstaltung in die Quenstedt-Aula ein. Der Donnerstag, 13. Juli, beginnt in der Forschungs- und Archivstelle Artur und Felix Löwenstein. Weiter geht es in der ehemaligen Synagoge und auf dem Jüdischen Friedhof in Rexingen. Die KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen, nächste Station, erinnert an die Geschichte des Nachtjägerflugplatzes. Den Abschluss bildet der Besuch am Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen in Rottenburg am Neckar-Hailfingen.

Der Landtag als Förderer und Stütze der Gedenkarbeit

Gedenken ist eine wesentliche Säule einer funktionierenden Demokratie. Die Erinnerung an die Geschichte ist wichtig, um die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen und die demokratischen Werte zu stärken. Mit großer parlamentarischer Mehrheit wurde Demokratieförderung und Gedenkstättenarbeit in den letzten Jahren massiv gestärkt.

Die Landtagsverwaltung setzt den parlamentarischen Auftrag, Gedenken, Erinnerungskultur und jüdisches Leben sichtbar zu machen, durch verschiedene Veranstaltungen und Dialogformate um. Dabei geht es vor allem auch um die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements und die aktive Einbeziehung junger Menschen. Mit Vertreterinnen und Vertretern der Opfergruppen, Kirchen und Religionsgemeinschaften findet ein kontinuierlicher Austausch statt.

Hierbei sind u. a. zu nennen:

- Die zentrale Gedenkfeier zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, die jährlich und in enger Abstimmung und im Gedenken an alle Opfergruppen des Nationalsozialismus konzipiert wird. Der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 ist seit 1996 in Deutschland offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

- Die jährliche Gedenkstättenreise der Präsidentin, die seit 2018 mit Blick auf ganz Baden-Württemberg abwechselnd in die württembergische und badische Region führt, unter Beteiligung der jeweiligen Wahlkreisabgeordneten. Besucht wurden historische Orte beiderseits des Rheins, Gedenkstätten entlang der Schwäbischen Alb, in Nordbaden, in den Landkreisen Tübingen, Freudenstadt und Böblingen sowie in Südbaden; in diesem Jahr geht es in den Main-Tauber-Kreis, in die Landkreise Böblingen und Ludwigsburg und in den Landkreis Schwäbisch Hall.

- Die zweijährig stattfindende Verleihung der Joseph-Ben-Issachar-Süßkind-Oppenheimer-Auszeichnung, die in Würdi-

JULI 2024

Landtagspräsidentin Muhterem Aras ist am Donnerstag und Freitag, 11. und 12. Juli 2024, auf Gedenkstättenreise am Bodensee. Im Mittelpunkt der Reise stehen die Themen Erinnerungskultur und Gedenken an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft in der Region. Dafür besucht Aras die Jacob-Picard-Gedenkstätte auf dem Jüdischen Friedhof in Öhningen-Wangen, die Dokumentationsstätte Goldbacher Stollen in Überlingen, das Jüdische Museum Gailingen im ehemaligen jüdischen Schulhaus und die Theresienkapelle Singen im heutigen Singener Industriegebiet. Am Donnerstagabend spricht Aras in der Schule Schloss Salem mit der Kulturwissenschaftlerin und Friedenspreisträgerin Aleida Assmann und rund 200 Gästen, darunter viele Schülerinnen und Schüler, über die Bedeutung des Erinnerns für die Zukunft. Präsidentin Aras trifft an beiden Tagen auf engagierte Ehrenamtliche in Gedenkstätten und Vereinen, auf Aktive der Jugendgedenkarbeit und viele interessierte Schülerinnen und Schüler aus Überlingen, Salem und Ravensburg. „Einmal mehr ist deutlich geworden, dass gerade auch die ehrenamtlichen Kräfte in kleineren Gedenkstätten eine enorm wichtige Arbeit leisten. Das verdient unser aller Respekt. Sie zeigen Haltung für unsere Grundwerte und unsere Demokratie, indem sie eine lebendige Erinnerungskultur pflegen“, sagt die Landtagspräsidentin.

gung für herausragendes Engagement gegen Minderheitenfeindlichkeit und Vorurteile in Wissenschaft und Publizistik vom Landtag von Baden-Württemberg und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs gemeinsam verliehen wird.

→ Gedenkbuchführungen im Landtag von Baden-Württemberg teilweise in Kooperation mit dem Lern- und Gedenkort Hotel Silber. Ein wichtiges Ziel des NS-Terrors war die Unterdrückung frei gewählter Abgeordneter. An ihr Schicksal erinnert das Gedenkbuch des Landtags von Baden-Württemberg. In der Führung zum Gedenkbuch wird mehr über dessen Entstehung und die Lebensgeschichte der Abgeordneten, die ihren Einsatz für die parlamentarische Demokratie teilweise mit ihrem Leben bezahlt haben, erklärt; auch über weitere Formen des Gedenkens im Landtag von Baden-Württemberg wird informiert.

→ Das gemeinsame Feiern des Chanukka-Fests: Basierend auf einer Resolution des Landtags wird seit 2021 abwechselnd mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs der Dialog mit den jüdischen Gemeinden gestärkt.

Ansprechpartner der Landtagsverwaltung:
Referat Politische Bildung, Besucherdienst, Protokoll und Gedenken, Kurt Schneider-Helling, Dr. Aaron Deppisch

WEITERE VERANSTALTUNGEN
DES LANDTAGS ANLÄSSLICH DES KRIEGSENDES VOR 80 JAHREN

→ Am **27. Januar 2025** gedachte der Landtag anlässlich des nationalen **Gedenktags aller Opfer des Nationalsozialismus.** In diesem Jahr jährte sich die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zum 80. Mal. Stellvertretend für alle Opferverbände sprach Michael Kashi, Vorstandsmitglied der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, ein sehr persönliches Grußwort, in dem er mahnte, niemals all jene zu vergessen, die damals so brutal und so vollkommen sinnlos ermordet wurden … Denn niemand war geblieben, der sie später noch hätte beim Namen nennen können. Prof. Dr. Martin Sabrow, Sprecher des Leibniz-Forschungsverbundes „Wert der Vergangenheit" *(siehe Interview ab S. 20),* zeichnete in seinem Vortrag Entstehung und Wirkung der Gedenkkultur in Deutschland nach und sprach über deren vergangene, gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen. Landtagspräsidentin Aras' Gedenkrede verband die Erinnerung an die Opfer mit einem eindringlichen Aufruf zum Widerstand gegen den erstarkenden Rechtsextremismus. Jugendliche aus der Stuttgarter Stadtgesellschaft reflektierten die Erinnerungskultur der Bundesrepublik in einem künstlerischen Beitrag des Vereins Weissenburg sowie in persönlichen Appellen. Impressionen und Redebeiträge finden sich in der Broschüre zur Gedenkveranstaltung *(in Print bestellbar und online abrufbar auf der Website des Landtages).*

→ Mit der **Feierstunde „80 Jahre Flucht und Vertreibung"** am 3. Juni 2025 in Kooperation mit dem Bund der Vertriebenen – Landesverband Baden-Württemberg (BdV) wird 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein generationenübergreifender Blick auf die Bedeutung von Heimat damals und heute gerichtet.

→ Am **9. Juli** erinnert das Landesparlament an den in Stuttgart geborenen Juristen **Fritz Bauer,** der den Auschwitz-Prozessen den Weg bereitete. Selbst aus einer jüdischen Familie stammend, brachte er als hessischer Generalstaatsanwalt den Frankfurter Auschwitz-Prozess im Jahre 1963 auf den Weg. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust erlebte in dieser Zeit erstmals eine öffentliche Dimension. Mit der Veranstaltung soll sowohl das Leben und Wirken Fritz Bauers beleuchtet als auch ein Beitrag zur Förderung von Geschichts- und Demokratiebewusstsein geleistet werden.

→ Eine dramatische Auseinandersetzung mit dem Frankfurter Auschwitz-Prozess leistet das **Theaterstück „Die Ermittlung"** von Peter Weiss. Am **30. September und 1. Oktober** inszeniert das Schauspiel Stuttgart im Landtag das Theaterstück, das vom ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess inspiriert wurde. Die deutschlandweite Uraufführung von „Die Ermittlung" setzte 1965 eine gesellschaftliche Diskussion in Gang. Das erschütternde Stück beruht auf Zeugenaussagen und Verhören vor dem Frankfurter Gericht.

WERTSACHEN

Was uns zusammenhält.

Die Debattenreihe „WERTSACHEN – Was uns zusammenhält" brachte in den letzten Jahren die Werte des Grundgesetzes stärker ins gesellschaftliche Gespräch: an wechselnden Orten, mit wechselnden Grundrechtsartikeln und wechselnden Adressaten. Landtagspräsidentin Muhterem Aras erklärte, was ihr wichtig ist und worum es geht in der von ihr initiierten Veranstaltungsreihe: „Ich möchte dem wunderbaren Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland den Platz geben, den es verdient; es in all seinen Facetten und mit all seiner Intention hochhalten, für seine zeitlose Klugheit werben, die Inhalte seiner Artikel analysieren, diskutieren – und manchmal auch einem Wirklichkeitscheck unterziehen."

Europäisches Miteinander stärken

Zuletzt fanden im Oktober 2024 in Kehl und im März 2025 in Stuttgart Veranstaltungen der WERTSACHEN-Reihe statt. In Kehl hat Landtagspräsidentin Muhterem Aras junge Europäerinnen und Europäer dazu aufgerufen, sich angesichts des Erstarkens demokratiefeindlicher und europaskeptischer Kräfte nicht entmutigen zu lassen. „Das gute Zusammenleben in Europa ist die Grundlage für unseren Wohlstand und dafür, dass wir in Frieden und Freiheit leben können. Wir dürfen nicht zulassen, dass Nationalismus und Populismus unser gemeinsames demokratisches Projekt Europa zerstören", so Aras in der Stadthalle Kehl.

Unter dem Motto **„Demokratie in Europa – von der Vision zum gelebten Miteinander"** sind rund 200 Bürgerinnen und Bürger der Einladung zu Podiumsdiskussion und Austausch gefolgt. Ein besonderer Fokus des Abends lag auf den Erwartungen und Wünschen von jungen Menschen in Europa. Im Rahmen der WERTSACHEN-Veranstaltung hatte Impulssprecher und Podiumsteilnehmer **Martin Speer** dazu **Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse des Sozial- und Gesundheitswissenschaftlichen Gymnasiums Kehl** zu einem Workshop begrüßt. Schülerin **Julia Göbel** fasst am Abend die Ergebnisse des Workshops auf dem Podium so zusammen: „Wir wollen als junge Europäerinnen und Europäer einbezogen werden und mehr mitbestimmen können, schließlich geht es um unsere Zukunft." Themen wie Frieden, Zusammenhalt, Geschlechtergerechtigkeit und Kampf gegen Fake News in sozialen Medien seien für junge Menschen besonders wichtig. Sie und ihre Mitschülerinnen und Mitschüler erwarteten, dass die Politik den Forderungen mehr Gehör schenke. Nach einem Grußwort von **Wolfram Britz, Oberbürgermeister der Stadt Kehl,** hält der **Autor, Aktivist und Berater Martin Speer** den Impulsvortrag „Eine Reise durch Europas Zukunft". Speer wurde 2015 gemeinsam mit Vincent-Immanuel Herr durch seine Kampagne „FreeInterrail" bekannt. Die dahinter liegende Idee war, dass alle EU-Bürgerinnen und Bürger zum 18. Geburtstag ein 30-Tage-Interrail-Ticket geschenkt bekommen. Die Veranstaltung gab den Anstoß für einen Beschluss des Kehler Gemeinderats, den beteiligten Schülerinnen und Schülern kostenfrei Interrail-Tickets zur Verfügung zu stellen.

„Die EU ist mehr als ihre Verträge und mehr als ein Wirtschaftsblock. Die EU ist – vor allem zwischen der Region Grand Est und Baden-Württemberg – längst gelebter Alltag. Zum Beispiel für 23.000 Menschen, die in Kehl täglich in beiden Richtungen über die Grenze pendeln", so Aras.

Bei der Podiumsdiskussion tauschen sich Martin Speer und Julia Göbel mit **Stephan Preiß,** Kreisvorsitzender der **JUNGEN EUROPÄER – JEF KEHL,** und **Jeanne Barseghian, Bürgermeisterin der**

„Kräfte, die Europa stärken wollen, müssen Koalitionen bilden."

Jeanne Barseghian

Thema in Kehl ist das Zusammenleben in Europa.

In Stuttgart geht es um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

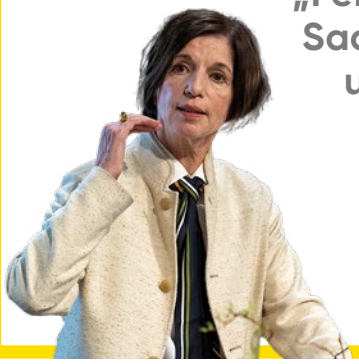
Stadt Straßburg und **Präsidentin des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau,** über aktuelle europäische Herausforderungen und den Zustand der Demokratie in Europa aus. Mit Blick auf die erstarkenden euroskeptischen Kräfte sagte Barseghian, jene Kräfte, die Europa stärken wollen, müssten nun Koalitionen bilden.

Rechtsruck gefährdet Frauen, Frauenrechte und unsere Demokratie

Am **Dienstagabend, 11. März 2025,** stand im **Landtag von Baden-Württemberg** die in Artikel 3 des Grundgesetzes verankerte Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Fokus. Über 300 interessierte Frauen und Männer sind der Einladung von Landtagspräsidentin Muhterem Aras gefolgt, die anlässlich des Internationalen Frauentages die Frage zur Diskussion stellt: **„Männer und Frauen sind gleichberechtigt: Viel erreicht, noch mehr zu tun?"** Nach einem Impulsvortrag von **Prof. Jutta Allmendinger** diskutiert diese auf dem Podium mit der **Publizistin Shila Behjat** und **Leah Eh,** der **Gewinnerin** des letztjährigen **Schülerwettbewerbs des Landtags.**

In ihrer Eingangsrede adressiert Landtagspräsidentin Aras die Bedrohung von Frauenrechten durch den Rechtsruck in Europa und den USA. Die Demokratiefeinde in der Welt verbinde ideologisch der Kampf gegen Diversität, die Unterwerfung von Frauen und Minderheiten sowie ein grausames Verständnis von Maskulinität. „Um Frauenrechte zu stärken, brauchen wir auch eine breite gesellschaftliche Diskussion über Männlichkeit", folgert Aras. Männer und Jungs müssten noch stärker zu Adressaten des Feminismus gemacht werden, auch weil sie ebenfalls von Gleichberechtigung profitieren. Jedoch drohe hierzulande aktuell ein Rückschritt, denn es nehme die Gewalt an Frauen zu und die Repräsentation von Frauen – zum Beispiel im Deutschen Bundestag – ab, mahnt die Landtagspräsidentin.

Prof. Jutta Allmendinger, Soziologin und Professorin der Humboldt-Universität zu Berlin, stellt in ihrem Impulsvortrag klar: „Feminismus ist eine Sache von Männern und Frauen." Anhand verschiedener Beispiele führt sie aus, was in Sachen Gleichberechtigung bislang erreicht wurde, etwa die Bildungsexpansion, der Anstieg der Erwerbstätigkeitsquote oder das Entgelttransparenzgesetz, das noch nicht so ausgefeilt sei, wie es sein sollte. Es gebe das Gewalthilfegesetz, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch – das noch entkriminalisiert werden müsste – sowie den gestaffelten Mutterschutz. Die Repräsentanz der Frauen in der Politik sei ausbaufähig, die geschlechtersensible Medizin mache Fortschritte. Dennoch würden zu wenig Väter in Elternzeit gehen oder sich der Care-Arbeit widmen: „Auch Männer sollten ihre Lebensläufe verändern", so Allmendinger.



„Feminismus ist eine Sache von Männern und Frauen. Auch Männer sollten ihre Lebensläufe verändern."

Prof. Jutta Allmendiger

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von **Kübra Sekin** und mit Publikumsbeteiligung ging es unter anderem um die Gleichstellung von Frauen und Männern im Jahr 2025, Stereotype und Zuschreibungen sowie den Aufschwung des traditionellen Männerbildes. **Shila Behjat,** die sich in ihren Büchern damit beschäftigt, wie Söhne feministisch erzogen werden können, lenkt den Blick auf eine geschlechtergerechte Erziehung. Sie betont, wie wichtig es sei, sich auch als Mutter zu hinterfragen: „Inwieweit lebe ich die Werte, die ich selbst einfordere?"

Die 18-jährige **Leah Eh** berichtet, dass sie bei ihr an der Schule den „Kampf" der Gleichstellung nicht führen müsse. Dennoch sehe sie mit Sorge den aufkommenden Rechtsruck in der Gesellschaft, der eines Tages doch wieder zu traditionellen Rollenbildern und Klischees führen könne. Um das zu verhindern, müssten Jungs und Männer für das Thema sensibilisiert werden. „Sie müssen den Weg nicht für uns gehen – das können wir selber –, aber mit uns", so ihr schönes Schlusswort.

„Jungs müssen den Weg nicht für uns gehen – das können wir selber –, aber mit uns."

Leah Eh

Die Landtagskrokodile – Urzeitknochen in Gefahr

Beim Kinderlandtag haben Kinder im Alter von 8 bis 13 Jahren alle zwei Jahre die Möglichkeit, den Landtag und seine Arbeit kennenzulernen und dabei ihre Meinungen und Ideen einzubringen. Das Format zeigt, dass sich Kinder für Politik interessieren und ihre Wünsche kommunizieren und einbringen. Der Landtag von Baden-Württemberg hält ab sofort ein weiteres Angebot bereit, um Kindern die Möglichkeit zu geben, etwas über die Aufgaben und die Arbeit von Abgeordneten zu erfahren. In Zusammenarbeit mit dem Oetinger Verlag entstand das Kinderbuch **„Die Landtagskrokodile – Urzeitknochen in Gefahr".** Vorbilder sind die „Alster-Detektive" der Hamburgischen Bürgerschaft und die „Isar-Detektive" des Bayerischen Landtags.

Als Autorin wurde die Freiburgerin Mascha Matysiak gewonnen, für die Illustrationen kam der Horgenzeller Jan Saße mit an Bord. Die Freude über das erste Kinderbuch des Landtags ist groß: „Wir wollen die Begeisterung der Kinder am Lesen wecken und sie dabei für politische Themen sensibilisieren", sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras.

Begleitprogramm zum Kinderbuch

Der Besucherdienst des Landtags bietet ein an das Kinderbuch angelehntes Begleitprogramm an, um Grundschülerinnen und Grundschüler spielerisch an das Thema (Landes-) Politik heranzuführen. Nachdem die Detektivgeschichte im Unterricht gelesen und besprochen wurde, steht der Entdeckung des Landtags nichts mehr im Wege: Beim Besuch vor Ort lernen die Kinder in Kleingruppen zunächst die Besonderheiten des Gebäudes kennen, um im Anschluss fürs Rätselraten und Erkunden gut vorbereitet zu sein. An den einzelnen Lernstationen stehen ihnen die Buchcharaktere Joshi, Eda und Ravo unterstützend mit Informationen, Tipps und Weisheiten zur Seite.

„Was ist ein Parlament und wer arbeitet dort?", „Wie werden Entscheidungen für Baden-Württemberg getroffen?", „Was sind die Aufgaben eines Abgeordneten?" sind beispielhafte Fragen, auf die zielgruppengerecht gemeinsam nach Antworten gesucht wird.

Weitere Informationen zu Bestellmöglichkeit und Programm sind auf der Homepage des Landtags zu finden.

Worum geht es im Buch?

Joshi, Eda und Ravo werden bei einer Ausstellungseröffnung im Museum Zeugen eines Tomatensoße-Anschlags auf ein uraltes Riesensaurierskelett. Die drei nehmen die Verfolgung auf. Doch schon bald stellt sich heraus, dass im Museum auch sehr wertvolle Urzeitknochen fehlen, an denen Edas Vater, Herr Scherzinger, gearbeitet hat. War der Anschlag nur ein Ablenkungsmanöver? Die Suche nach den Tätern führt die Kinder auch in den Landtag von Baden-Württemberg, wo sie nicht nur erste Einblicke in das quadratische Gebäude bekommen, sondern auch erfahren, wie dort Politik gemacht wird.

Das sind die Landtagskrokodile

Joshi Spatz (12) hat immer gute Ideen, Sinn für Humor und viel Energie. Er wohnt mit seiner Mutter und der großen Schwester Lexi im Spatzenhof, der Pension seiner Großeltern. Joshi ist sehr technikbegeistert und tüftelt gern auf dem Dachboden des Spatzenhofes herum. Den nutzen die drei Freunde auch als Einsatzzentrale. Außerdem ist er ein Fan von Star Wars. Er wünscht sich einen Roboter wie R2-D2, hat es aber noch nicht geschafft, einen zu bauen. Die Betonung liegt auf »noch« – denn was nicht ist, kann ja noch werden.

Eda Scherzinger (11) behält stets einen kühlen Kopf, den sie sich gern mit Odango-Frisuren stylt. Sie hat einen ausgeprägten Orientierungssinn und interessiert sich für Kunst. Edas Mutter arbeitet als Restauratorin im Südschwarzwald, wo Eda auch geboren wurde. Als ihr Vater vor ein paar Jahren den Job als Paläontologe im Stuttgarter Museum bekam, zog sie mit ihm in die Landeshauptstadt. Ihr Lieblingstier ist ein gruselig-bäriger Wasserspeier am Freiburger Münster.

Ravo Malala (11) ist ein zurückhaltender Typ. Er liebt Tiere und alles, was mit Essen zu tun hat. Immer wieder fallen ihm Sprichwörter aus Madagaskar ein, der Heimat seiner Eltern. Obwohl Ravos Redewendungen nicht immer zur Situation passen, lassen sie ihn ausgesprochen weise erscheinen. Seine Eltern betreiben in Stuttgart einen Hundesalon. Dort verkaufen sie auch hausgemachte Hundekekse, die Ravo am liebsten selbst futtert. Später möchte er mal Tierflüsterer werden. Dass gerade Hunde ihn mögen, liegt aber weniger an seinen Flüsterfähigkeiten als an den Keksen, die er immer dabeihat.

Toky (3) ist eine madagassische Baumwollhündin. Die Rasse gilt als fröhlich und ausgeglichen. Obwohl sie wie ein Schoßhund aussieht, ist Toky eine durchaus clevere Detektivhündin. Immerhin stammt sie von der furchtlosen Rasse der Bichons ab, die einst von Piraten als Rattenfänger auf den Schiffen gehalten wurden. Der Name Toky bedeutet: Vertrauen und Selbstsicherheit.

Mascha Matysiak, Germanistin und Freiburgerin, verschlug es für viele Jahre ins pulsierende Berlin. Dort schrieb sie ihre ersten Bücher, unterrichtete kreatives Schreiben und machte eine Weiterbildung zur Tanzpädagogin. Inzwischen lebt sie wieder mit Mann und Sohn in ihrer alten Heimat. Dort wagte sie den nächsten Schritt: ein Zweitstudium, um Grundschullehrerin zu werden. Zwischen Vorlesungen und Prüfungen bleibt das Schreiben von Kinder- und Jugendbüchern fester Bestandteil ihres Lebens.

Jan Saße rätselt heute noch immer, wie er dort hingefunden hat, wo er nun steht. Labyrinthisch hat ihn sein Weg durch das Kunstabitur zur Tischlerlehre geführt. Dann ist er ins Grafikstudium abgebogen, um aber schon bei nächster Gelegenheit die Abkürzung zum Kino-Storyboarder zu wählen. Während sich ihm auf seinem Weg durch den Irrgarten des Lebens eine große und einige kleine Miträtsler*innen dazugesellten, fand er den einen coolen Pfad der Buchillustration, den er nun schon eine gute Weile fröhlich entlanghüpft. Die Wände, die er hinter sich lässt, hat er mit Detektiven, Fußballern, Dinosauriern und Kobolden vollgekritzelt. Mal schauen, wohin ihn das Labyrinth des Lebens noch führt.

Über 50 Jahre Sportgemeinschaft im Landtag

Ob Basketball, Fußball oder Wandern – wer im Landtag von Baden-Württemberg sportlich aktiv sein will, findet ein passendes Angebot. Organisiert werden die Sportevents von der Sportgemeinschaft des Landtags, die bereits seit über 50 Jahren besteht.

Aus Stuttgart

Fußballspiel zwischen Landtagsabgeordneten aus Bayern und Baden-Württemberg endet mit 2:2 unentschieden

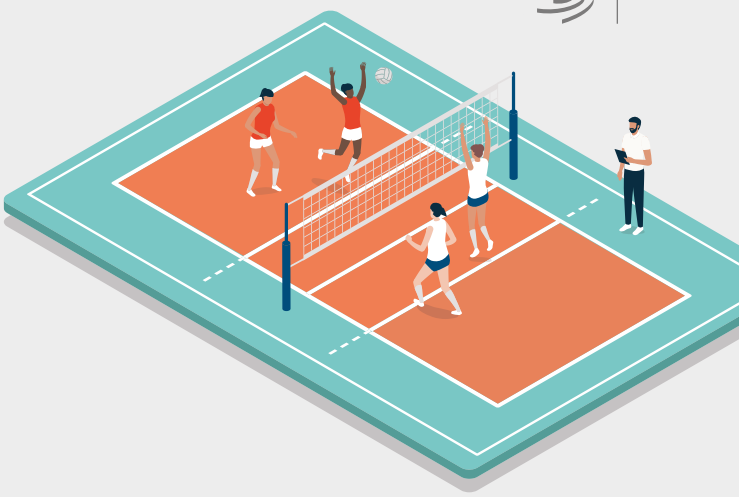
Parlamentarierkick mit politiktypischem Ende

Dienstag, 2. Mai 1995

Letzte taktische Besprechung vor dem Spiel gegen die bayerische Landtagsmannschaft.

Die Sportgemeinschaft kann auf eine lange Historie und viele Veranstaltungen zurückblicken. **„Seit 1967 besteht die Sportgemeinschaft, deren Angebot sich an alle Abgeordneten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags, der Fraktionen und der Abgeordneten richtet“,** erzählt der Vorsitzende Christoph Drißner. 61 Personen gehören der Sportgemeinschaft derzeit an, etwas mehr als in den letzten ein, zwei Jahren. Mit der Zahl der Mitglieder zeigt sich der Vereinsvorstand zufrieden. „Eine erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen“, stellt Drißner fest, der als Jurist in der Landtagsverwaltung arbeitet.

Was vor über 50 Jahren als Zusammenschluss von Sportbegeisterten begann, hat sich inzwischen zu einem festen Bestandteil des Parlamentslebens entwickelt. Und das Sportangebot für die Abgeordneten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde im Lauf der Jahre immer größer und vielfältiger. So wurden in der Vergangenheit Basketball, Fußball, Tischtennis, Tennis, Schach und Gymnastik angeboten. Aktuell gibt es immer wieder Indoor-Sportabende im Landtag, bei denen Darts, Tischkicker oder Tischtennis gespielt wird. Dabei geht es aber nicht nur um sportliche Leistung und Erfolge. „Auch das gesellige, kollegiale Beisammensein spielt eine große Rolle“, so Drißner.



Deswegen bietet die Sportgemeinschaft nicht nur Aktivitäten an, bei denen man selbst sportlich aktiv ist. Vielmehr stehen auch Profisportbesuche auf dem Programm. So war die Sportgemeinschaft etwa schon beim Basketball, Volleyball, Handball, American Football oder Eishockey zu Gast. Dieses Jahr will die Sportgemeinschaft zudem noch ein Baseballspiel besuchen. Zum festen Bestand der Aktivitäten gehören darüber hinaus die jährlichen Frühjahrs- und Herbstwanderungen, die aus dem Mitgliederkreis organisiert werden. Die Wanderungen führten zum Beispiel schon ins Remstal, ins Glemstal oder auch auf die Schwäbische Alb. Zudem trifft sich die Sportgemeinschaft jeden Dienstagabend in der Sporthalle des Königin-Katharina-Stift Gymnasiums zum Basketballspielen.

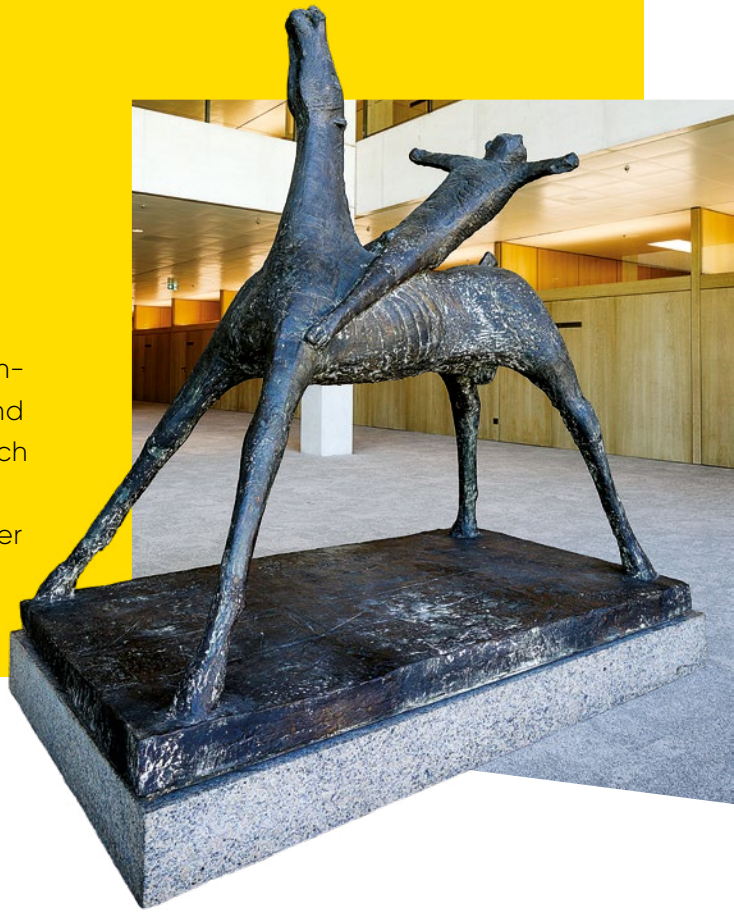
Während Sportarten wie American Football oder Eishockey erst seit Kurzem zum Programm der Sportgemeinschaft gehören, reicht die traditions- und ereignisreiche Historie der **Fußballmannschaft** bis in die Gründungszeit zurück. **„In den vergangenen Jahrzehnten wurden weit über 100 Spiele bestritten“,** sagt Wolfgang Frey, seines Zeichens stellvertretender Vorsitzender der Sportgemeinschaft und Betreuer der Fußballmannschaft. Gegnerische Mannschaften waren unter anderem Teams aus dem kommunalen Bereich, anderer Landesparlamente, verschiedener Institutionen oder auch Vereinsauswahlen aus dem Amateurfußball.

Dabei war die Mannschaft des Landtags in den vergangenen Jahrzehnten oft prominent besetzt: Der ehemalige Ministerpräsident Günther Oettinger etwa kickte für das Parlamentsteam, ebenso der frühere Finanzminister und Präsident des VfB Stuttgart sowie des Deutschen Fußball-Bundes, Gerhard Mayer-Vorfelder, oder der Stuttgarter Ex-Oberbürgermeister Fritz Kuhn. Besonders in Erinnerung geblieben ist eine Partie gegen den Bayerischen Landtag, die 1995 im Stadion in Stuttgart-Bad Cannstatt – das damals noch den Namen Gottlieb-Daimler-Stadion trug – ausgetragen wurde.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert gibt es die Sportgemeinschaft nun schon – unabhängig von Wahlergebnissen und der Zusammensetzung des Parlaments.

Wenn es weiterhin so viele sportbegeisterte Abgeordnete sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landtag gibt, wird die Sportgemeinschaft auch die nächsten 50 Jahre bestehen. **Sportangebote jedenfalls gibt es genug.**

Marinis Reiterstatue als Blickfang



Kunst im Landtag? Ja, Kunst im Landtag. Die Räumlichkeiten des Landtags haben für Kunstliebhaberinnen und -liebhaber einiges zu bieten: Vom gewebten Wandteppich „Apollinaire" von Alice und Pierre Pauli über Marino Marinis Reiterstatue bis hin zu Robert Schads Stuttgarter Weg, der das Haus des Landtags mit dem gegenüberliegenden Haus der Abgeordneten verbindet.

Hat man die Herzkammer der Demokratie, den Landtag von Baden-Württemberg, erst einmal betreten, fallen Zeichen der Zeit ins Auge. Die Versteinerungen an der großen Schieferwand rechts im Foyer stammen aus der Nähe von Holzmaden am Fuß der Schwäbischen Alb. Sie sind mindestens 140 Millionen Jahre alt.

Im Haus des Landtags sowie im Haus der Abgeordneten befinden sich rund 26 Kunstwerke von 13 Künstlerinnen und Künstlern. Eines davon ist der gewebte Wandteppich „Apollinaire" von Alice und Pierre Pauli nach dem Entwurf des französischen Künstlers Jean Lurçat, welcher im Obergeschoss neben dem Friedrich-Ebert-Saal im Haus des Landtags hängt.

Die Stuttgarter Kunsthistorikerin Dr. Rita E. Täuber führt regelmäßig durch das Parlamentsgebäude und zeigt Besucherinnen und Besuchern die zahlreichen Kunstwerke des Hauses. Nicht zu übersehen in der Wandelhalle ist die 1953/54 in Bronze gegossene Reiterstatue „Pferd und Reiter" des Mailänder Bildhauers Marino Marini (1901–1980). Das Reiterstandbild Marinis geht auf einen der im Juli 1960 gemachten Vorschläge der Hochbauverwaltung zurück. Man wollte aufgrund der Bedeutung des Hauses international anerkannte Künstler vertreten sehen. „Meine Reiterstatuen sind Symbole der Besorgnis, die mich bei der Betrachtung meines Zeitalters ergreift. Meine Pferde werden nach und nach immer unruhiger und der Reiter immer unfähiger, sie zu meistern" – so der Künstler Marino Marini.

Die Entscheidungsfindung im Fall der Reiterstatue von Marino Marini war besonders schwierig. Der im Februar 1961 bereits beschlossene Ankauf des Bronzereiters stieß in der Stuttgarter Bevölkerung zunächst auf heftige und breite Ablehnung. Dr. Rita E. Täuber geht in ihren Kunstführungen auf die Bedeutung des Kunstwerks ein: „Der kindliche Reiter im Stuttgarter Landtag ist kaum in der Lage die Situation zu beherrschen. Haltlos scheint er dem im Schrecken erstarrten Tier ausgeliefert. Die Beine abgespreizt, den Hals mitsamt dem Kopf verängstigt in die Höhe gerissen, erinnert es an jenes Sinnbild der leidenden Kreatur, dass sich mit Picassos Guernica tief ins Gedächtnis einprägte". Marinis Reiterfiguren sind Zeichen einer krisenhaft erlebten Zeit und verkörpern in ihrer dramatischen Ausprägung nicht zuletzt die gestaltgewordene Furcht des Künstlers vor einer urplötzlich hereinbrechenden atomaren Katastrophe.

„Man muss sich die Situation in den 50er, 60er Jahren vergegenwärtigen, also großer Ost-West-Konflikt, die Gefahr des Atomkriegs. Das ist, was sich hier widerspiegelt, diese Instabilität oder dieses Sich-in-Balance-Halten oder diese gewisse Gefahr, die auch hier ist. Das Pferd scheut, es tritt zurück und der Reiter hält sich oder hält sich nicht. Es geht hier nicht um Herrschaftsansprüche, sondern es geht darum, eine Stabilität zu finden", so Dr. Täuber. Von der damaligen Ablehnung gegenüber der imposanten Reiterstatue ist heute nichts mehr übrig. Ganz im Gegenteil: Mittlerweile ist das liebevoll „Pferdle" genannte Kunstwerk zu einem beliebten Hintergrund bei Delegationsbesuchen oder Statementrunden für Fotografinnen und Fotografen oder Kamerateams geworden.

Interessiert an mehr Kunst?

Pro Jahr finden etwa zwei bis vier Kunstführungen im Landtag von Baden-Württemberg statt. Aktuelle Termine finden Sie direkt über den QR-Code oder unter www.landtag-bw.de.

Veranstaltungen und Begegnungen

Eine Auswahl – mehr auf www.landtag-bw.de

15.05.2025

Bei der Veranstaltung **„Demokratie in Bewegung“** würdigt Landtagspräsidentin Muhterem Aras Matthias Erzbergers vielfältiges Engagement als Wegbereiter der deutschen Demokratie im Südwesten. Anlässlich seines 150. Geburtstages begibt sie sich gemeinsam mit rund 150 Bürgerinnen und Bürgern, darunter viele Schülerinnen und Schüler, auf einen Spaziergang zu wichtigen Stationen seines politischen Wirkens in Biberach an der Riß. „Demokratie ist ständig in Bewegung, sie lebt von Veränderung und Dialog. Und von der Idee, dass wir es morgen besser haben können als heute“, sagt Aras. Dr. Alfons Siegel von der Erzberger-Initiative Biberach führt thematisch in das Leben und politische Wirken von Matthias Erzberger ein.

Der Spaziergang startet, vorbei am Gasthof „Grüner Baum“, wo Erzberger vermutlich seine letzte Rede hielt. Zweite Station ist die Stadtbierhalle, in der Schülerinnen und Schüler der Matthias-Erzberger-Schule einen selbst getexteten und choreografierten Rap aufführen. Es folgt die dritte Station, der Alte Katholische Friedhof, bei dem Gunther Dahinten von der Erzberger-Initiative Biberach an das politische Vermächtnis Erzbergers erinnert. Schließlich legt Landtagspräsidentin Aras einen Kranz am Ehrengrab Erzbergers nieder.

09.05.2025

Am Europatag findet die Europa-Jugendveranstaltung **„Junges Europäisches Parlament (JEP!)“** im Landtag von Baden-Württemberg statt. „Liebe Schülerinnen und Schüler, ich finde es klasse, dass ihr das großartige Angebot dieses europäischen Planspiels annehmt und heute hier mitmacht“, betont Landtagspräsidentin Muhterem Aras bei ihrer Begrüßungsrede. Über 100 Schülerinnen und Schüler schlüpfen in die Rolle von EU-Abgeordneten. Sie simulieren einen Tag lang eine Sitzung des Europäischen Parlaments und erleben, wie Politik gemacht wird.

08.05.2025

Neun Preisträgerinnen und -preisträger werden bei der **Förderpreisverleihung des 67. Schülerwettbewerbs des Landtags** für ihre fünf Projekte ausgezeichnet: Lars Wanner, Fanny Roth, Dominik Damerow, Lea Großmann, Milan Winzenried, Finn Wieser, Tim Randler, Moritz Lanz und Chiara Scalese. Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart gratuliert und überreicht die Urkunden, das Preisgeld sowie die Silbermünzen. „Ihr habt nicht nur eine Meinung. Ihr sagt sie auch. Eure Beiträge beschäftigten sich mit den Schwierigkeiten, vor denen unsere Gesellschaft steht. Sie führen uns – den Politikerinnen und Politikern – vor Augen, welche politischen Fragen gerade junge Menschen bewegen“, sagt Dr. Reinhart.

10.04.2025

Der **Landesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) Baden-Württemberg** präsentiert am Rande der Plenarsitzung seine vielfältige Arbeit mit einem Informationsstand in der Eingangshalle im Haus des Landtags. Landtagspräsidentin Muhterem Aras besucht den Stand und informiert sich über die aktuellen Herausforderungen rund um das FSJ. In Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern betont Aras die große Bedeutung des freiwilligen Engagements junger Menschen für die Gesellschaft.

09.04.2025

Der **Blinden- und Sehbehindertenverband Württemberg e.V. (BSVW)** präsentiert sich und seine Arbeit am Rande der Plenarsitzung. Landtagspräsidentin Muhterem Aras besucht den Informationsstand und tauscht sich intensiv über die Anliegen der Betroffenen aus. Themen wie barrierefreie Mobilität, Bildung, Digitalisierung und Alltagsbewältigung stehen dabei im Fokus. In diesem Zusammenhang hebt sie hervor, wie wichtig Inklusion und Barrierefreiheit in unserer Gesellschaft sind.

04.04.2025

Das große **Landesfinale von Jugend debattiert** findet im Plenarsaal des Landtags von Baden-Württemberg statt. Aktuelle und gesellschaftlich relevante Fragen stehen dabei im Mittelpunkt des Wortgefechts. Landtagspräsidentin Muhterem Aras, Schirmherrin des Landesfinales, würdigt die Schülerinnen und Schüler für ihre herausragende Leistung: „Unsere Gesellschaft lebt von der Partizipation. Es braucht junge Menschen wie unsere Finalistinnen und Finalisten, die sich mit Fragen auseinandersetzen, die für unsere Gesellschaft relevant sind."

03.04.2025

Über 100 Schülerinnen kommen zum **Girls' Day** in den Landtag von Baden-Württemberg. Landtagspräsidentin Muhterem Aras begrüßt sie im Plenarsaal: „Es ist jedes Jahr ein toller Anblick, so viele unterschiedliche Persönlichkeiten zu sehen. Jede von euch ist einzigartig", betont Aras. Bei der anschließenden Fragerunde wollen die Schülerinnen zum Beispiel wissen, wie Aras Landtagspräsidentin wurde, welche Herausforderungen sie auf dem Weg dorthin bewältigen musste und ob sie als Frau bei ihrer Arbeit Nachteile erfährt.

22.03.2025

Tolle Beats des Landesjugendjazzorchesters, akrobatische Performance von Olympiasiegerin Darja Varfolomeev, Poetry Slam mit Lisa Maria Olszakiewicz und orientalische Klänge mit Äl Jawala im Landtag von Baden-Württemberg. Die Herzkammer der Demokratie ist Teil von Stuttgarts **Langer Nacht der Museen** und wird Bühne für eine unvergessliche Nacht voller Kunst und Musik. Rund 5.700 Interessierte machen im Laufe der Nacht im Haus Station. Vor dem Landtagsgebäude entführen die Tänzerin Miigaa und ihre Kolleginnen die Wartenden mit einem LED-Walking-Act auf Stelzen in eine magische Welt aus Licht und Farben. Während in der Lobby das Landesjugendjazzorchester schon ordentlich für gute Stimmung sorgt, geben Kollegen des Besucherdiensts Einblicke ins Plenargeschehen, das Rednerpult wird zum Selfie-Hotspot und auf den Leinwänden ist die „SOKO Stuttgart"-Folge „Im Schatten der Macht" zu sehen. Olympiasiegerin und sechsfache Weltmeisterin in

der Rhythmischen Sportgymnastik Darja Varfolomeev beeindruckt derweil auf der Bühne mit Tanz-, Musik- und Akrobatik-Einlagen. Ein witziges Zuhörererlebnis gibt es von der Poetry Slammerin Lisa Maria Olszakiewicz. Äl Jawala sorgen mit orientalischen Bässen und hypnotischen Grooves dafür, dass niemand lange stillstehen kann.

28.02.2025

Landespräsidentin Muhterem Aras hat den Vorsitz der **Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK)** inne und lädt die Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente rund um den Bodensee zu einem Treffen in den Landtag von Baden-Württemberg ein. Nach der Begrüßung durch Präsidentin Aras folgen spannende Impulsvorträge zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Anschließend folgt ein Austausch über die nächsten Schritte zur Vertiefung der Beziehungen zwischen den EU-Ländern und der Schweiz.

14.02.2025

Die **Europaverbände** versammeln sich im Landtag von Baden-Württemberg zu ihrem **Neujahrsempfang,** um das neue Jahr mit einer klaren Botschaft zu beginnen: Europa braucht Engagement, Dialog und Zusammenhalt! Nach der Begrüßung durch Evelyne Gebhardt, Landesvorsitzende der Europa-Union Baden-Württemberg, setzt Landtagspräsidentin Muhterem Aras mit ihrem Impulsvortrag ein klares Zeichen für die Idee der Europäischen Union.

12.02.2025

Der **Know-How-Transfer der Wirtschaftsjunioren Baden-Württemberg** findet im Landtag statt – eine großartige Gelegenheit, sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Rund 30 Mitglieder der Wirtschaftsjunioren begleiten die Abgeordneten bei ihrer Arbeit – in Fraktions- und Ausschusssitzungen sowie bei Terminen im Wahlkreis. Neben einem spannenden Einblick hinter die Kulissen der Landespolitik steht auch ein Austausch mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras auf dem Programm.

29.01.2025

Rund 60 Jugendliche aus sieben Landkreisen (Bodenseekreis, Emmendingen, Freudenstadt, Konstanz, Lörrach, Rems-Murr und Reutlingen) machen auf Einladung des Sozialministeriums eine **„Fahrt in den Landtag",** um Politik zu erleben und sich über Jugenddialogformate auszutauschen. „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch" (WUB) bringt sie mit Kommunal- und Landespolitikern zusammen. Landesjugendring und Landtag nutzen heute die Gelegenheit, über Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren.

29.01.2025

Der Landtag hat den neuen **Staatsvertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs** mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen. Mit dem überarbeiteten Gesetz werden die Leistungen des Landes für den Schutz jüdischer Einrichtungen verstetigt und das deutsch-jüdische Kulturerbe als sichtbares Zeichen jüdischen Lebens gestärkt. Die demokratischen Kräfte im Landtag würden in ihren Anstrengungen, jüdisches Leben zu schützen, nicht nachlassen, so Aras.

21.01.2025

Die **Preview der „SOKO Stuttgart"-Folge 383 „Im Schatten der Macht"** findet in der Lobby im Landtag von Baden-Württemberg statt. Dabei ist das Landtagsgebäude nicht nur Drehort, sondern auch Tatort für die Folge. Unter den Preview-Gästen sind neben einigen Abgeordneten auch Mitglieder der SOKO-Crew sowie Komparsen. In einem Gespräch geben Nicole C. Buck, ausführende Produzentin, Caroline Leipold, Regisseurin, Simon X. Rost, Drehbuchautor, und Peter Ketnath, Hauptdarsteller, Einblicke hinter die Kulissen der Dreharbeiten.

02.01.2025

Die **Sternsinger der Domgemeinde St. Eberhard** aus Stuttgart bringen den Segen für das neue Jahr 2025 in den Landtag von Baden-Württemberg. Sie werden von Landtagsvizepräsident Daniel Born empfangen. In diesem Jahr steht die Aktion unter dem Motto „Erhebt eure Stimme! Sternsingen für Kinderrechte". Mit dieser Aktion erfahren die Kinder, wie sie mit ihrem Engagement dazu beitragen, die Rechte der Kinder weltweit zu stärken. „Es ist richtig toll, wie ihr euch für Mädchen und Jungen auf der ganzen Welt einsetzt", sagt Daniel Born.

17.12.2024

Die Pfadfinderinnen und Pfadfinder bringen das **Friedenslicht** in den Landtag. Das diesjährige Motto lautet „Vielfalt leben, Zukunft gestalten". Landtagspräsidentin Muhterem Aras bedankt sich und erinnert in ihrem Grußwort daran, dass ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt möglich ist: „Wir profitieren alle davon. Und alle, die konstruktiv an einer besseren Zukunft mitarbeiten wollen, können auch einen Platz in der Diskussion erhalten. Das Friedenslicht soll uns das heute ins Gedächtnis rufen und ein Symbol der Hoffnung sein".

12.12.2024

Mit einem Infostand präsentiert sich die **Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE behinderter Menschen Baden-Württemberg e.V. (LAG)** in der Eingangshalle im Haus des Landtags. Landtagspräsidentin Muhterem Aras und Abgeordnete besuchen den Infostand und informieren sich. Die Landesarbeitsgemeinschaft vertritt mehr als 150.000 Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowie deren Angehörige. Sie ist die Dachorganisation von derzeit mehr als 60 Selbsthilfeverbänden in Baden-Württemberg.

11.12.2024

Zum 24. Mal stiften die Enztalgemeinden Bad Wildbad, Enzklösterle und Höfen a. d. Enz einen **Weihnachtsbaum.** Marco Gauger, Bürgermeister von Bad Wildbad, Sabine Zenker, Bürgermeisterin von Enzklösterle, und Heiko Stieringer, Bürgermeister von Höfen a. d. Enz, kommen, um die vom Hausdienst des Landtags wunderschön geschmückte Tanne aus Bad Wildbad offiziell an Landtagspräsidentin Muhterem Aras zu übergeben. Weitere Gäste sind die Heidelbeerprinzessin Jody Bredenhagen, die Heidelbeerkönigin Sina Schlei und die Waldkönigin Leonie Betz.

06.12.2024

Unter dem Motto „Wandel gemeinsam grenzüberschreitend gestalten" übernimmt Bernd Mettenleiter im Jahr 2025 die **Präsidentschaft im Oberrheinrat.** Nach seiner Wahl im Rahmen der Plenarversammlung des trinationalen Parlaments der Oberrheinregion in Baden-Baden betont er die grenzüberschreitende Zusammenarbeit: „Als Einwohner Acherns (Ortenaukreis) sind die engen Verbindungen zwischen Baden, dem Elsass, der Nordwestschweiz und der Südpfalz für mich ein Herzensanliegen. Der Oberrheinrat kann hierfür einen wichtigen Beitrag leisten."

28.11.2024

„Was ist Heimat?“ So lautet die zentrale Frage bei der Lesung und Gesprächsrunde zum Thema Heimat und Vielfalt mit der Autorin **Lena Gorelik** im Schlachthof in Lahr. „Migration zwingt dazu, sich mit Fragen von Heimat und Identität auseinanderzusetzen“, sagt Landtagspräsidentin Muhterem Aras in ihrer Begrüßungsrede. Lena Gorelik liest aus ihrem Roman „Wer wir sind“. Darin verarbeitet sie die gemeinsame Ausreise ihrer russisch-jüdischen Familie von Russland nach Deutschland und bringt damit die Einwanderungserfahrungen vieler Menschen zum Ausdruck.

22.11.2024

Landtagspräsidentin Muhterem Aras empfängt **Garry Fabian** im Landtag von Baden-Württemberg. Der 90-Jährige ist neben Inge Auerbacher der letzte Stuttgarter Holocaust-Überlebende des Konzentrationslagers Theresienstadt. Garry, der früher den Namen Gerhard Fabian trug, erklärt im Gespräch mit der Präsidentin: „Wir Überlebenden haben eine Rolle. Wir müssen für die sechs Millionen sprechen, die nicht mehr sprechen können.“ Landtagspräsidentin Aras betont: „Man muss diese Erinnerungskultur immer wieder wachhalten.“ Rassismus und Antisemitismus hätten hier keinen Platz.

22.11.2024

Die **Crew ECHO der Fregatte Baden-Württemberg F222** bereist vom 18. bis 22. November 2024 im Rahmen eines Patenlandsbesuchs mit 24 Soldaten und einer Soldatin das Land Baden-Württemberg. Eine Station dieser Reise ist auch der Landtag. Nach dem Eintreffen werden die Besatzungsmitglieder von Landtagsvizepräsident Dr. Wolfgang Reinhart begrüßt.

19.11.2024

Der **Jahresempfang der katholischen Bischöfe** steht unter dem Motto „50 Jahre Katholisches Büro Stuttgart – Die Rolle der Kirchen im säkulären Staat“. Seit einem halben Jahrhundert ermöglichen das Katholische Büro Stuttgart und das Evangelische Büro Stuttgart den Austausch zwischen Politik und Kirche. Landtagspräsidentin Muhterem Aras betont die Bedeutung von Dialog und Zusammenarbeit in ihrem Grußwort: „Gerade wenn Politik und Kirchen die Verantwortung und vor allem die Werte teilen, ist es wichtig, miteinander im Austausch zu sein“.

07.11.2024

Am Rande der Plenarsitzung informiert die **Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg** mit einem Infostand über ihre vielfältigen sozialen Angebote und Projekte. Als Zusammenschluss zahlreicher Wohlfahrtsverbände setzt sich die Liga täglich für eine solidarische Gesellschaft und die Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen im Land ein. Landtagspräsidentin Muhterem Aras und zahlreiche Abgeordnete nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand über die wichtigen sozialen Herausforderungen und die wertvolle Arbeit der Liga zu informieren.

16.10.2024

Was ist aus den 30 gestellten **Forderungen** der Teilnehmenden des **Jugendlandtags 2023** geworden? Rund 60 Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren aus ganz Baden-Württemberg haken im Landtag bei den Abgeordneten direkt nach! Landtagspräsidentin Muhterem Aras dankt den Teilnehmenden für ihr Engagement: „Bewahrt euch den Glauben an die Demokratie. Den Glauben daran, dass sich Dinge zusammen verbessern lassen, und zwar friedlich." Anschließend begrüßt Alexander Strobel, Vorstandssprecher des Landesjugendrings Baden-Württemberg, die Teilnehmenden.

10.10.2024

Zur Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg stellt das **Netzwerk Solid UNIT** sich und seine Tätigkeiten vor. Im Foyer gibt es die Möglichkeit, zu den Angeboten und verschiedenen Themen ins Gespräch zu kommen. Das Netzwerk Solid UNIT wurde 2019 als landesweites Netzwerk im Bereich der Bauwirtschaft gegründet. Es will einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und das nachhaltige Bauen mit mineralischen Baustoffen fördern.

17.09.2024

Landtagspräsidentin Muhterem Aras besucht mit den Abgeordneten Andrea Schwarz, Sebastian Cuny und Guido Wolf, der zugleich Landesvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. ist, den **Gedenkort Hartmannswillerkopf im Elsass.** Begleitet wird die Informationsfahrt von Volksbund-Landesgeschäftsführer Oliver Wasem. Jean Klinkert, Vereinspräsident des Monument National Hartmannswillerkopf, und Florian Hensel, Geschäftsführer des Monument National Hartmannswillerkopf, begrüßen die Delegation. „Unsere Demokratien brauchen Erinnerung. Der Gedenkort Hartmannswillerkopf steht für das Grauen des Krieges und zugleich für die Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen", so Muhterem Aras.

07.06.2024

Die **Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz (IPBK)** kommt im schweizerischen Oberegg zu einem Treffen zusammen. Unter der Leitung von Appenzells Großratspräsident Albert Manser tauschen sich die Präsidentinnen und Präsidenten zu verschiedenen Themen aus und bereiten die Herbsttagung der Gesamtkonferenz vor. Landtagsvizepräsident Daniel Born vertritt den Landtag von Baden-Württemberg.

„Botschafter sein für die Werte und Spielregeln der repräsentativen Demokratie“

Abgeordnete, Parlamentarier oder Volksvertreter: Das alles sind Bezeichnungen für Menschen, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden, um deren Interessen im Parlament zu vertreten. Ihr Mandat ist Auftrag und mehr als ein „Job“, denn die Abgeordneten haben eine Vielzahl von Aufgaben, wie die Teilnahme an Ausschuss- und Plenarsitzungen, an Fraktionssitzungen, an Besprechungen im Wahlkreis und in Stuttgart. Besonders in ihren Wahlkreisen sind die Parlamentarier gefordert, wollen sie doch genau hinhören, ob und wo den Bürgerinnen und Bürgern der Schuh drückt. Meist ist der Kalender sieben Tage die Woche ausgefüllt. Und das, solange ihr Mandat andauert – eine Wahlperiode erstreckt sich über fünf Jahre. Daher ist es kaum verwunderlich, dass darin oft eine tiefe Verbundenheit mit dem Parlament und den Kolleginnen und Kollegen wurzelt.

Wer nicht mehr zur Wahl antritt oder wer nicht mehr wiedergewählt wurde, der muss die Verbindung zum Parlament jedoch nicht abreißen lassen. Seit nunmehr 45 Jahren gibt es die **Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg.**

Die Gründung der Vereinigung im Jahr 1980 war keine ausschließlich baden-württembergische Idee, wie der heutige Vorsitzende Rudolf Köberle (CDU) erläutert, auch andere Länder hoben solche Zusammenschlüsse aus der Taufe. Die Hauptanliegen seien eigentlich seit der Gründung dieselben geblieben, so Köberle. „Wir wollen über die aktive Abgeordnetenzeit hinaus und über Parteigrenzen hinweg den Kontakt untereinander aufrechterhalten, unbelastet von der stark parteipolitisch geprägten Auseinandersetzung der Tagespolitik“, betont der Vorsitzende. In Zeiten, in denen von den extremen Rändern her die demokratische Ordnung zunehmend infrage gestellt würde, „sehen wir uns mit unserer parlamentarischen Erfahrung in der Verantwortung, Botschafter zu sein für die Werte und Spielregeln der repräsentativen Demokratie, wie sie uns in der Landesverfassung und im Grundgesetz vorgegeben sind“, unterstreicht Köberle.

Rudolf Köberle steht der Vereinigung seit Juli 2019 vor. Er folgte auf Wolfgang Rückert. Heute gehören dem Vorstand an: Hans-Georg Junginger (SPD) und Dieter Kleinmann (FDP) als stellvertretende Vorsitzende, Walter Heiler (SPD) als Schatzmeister, Werner Pfisterer (CDU) als Schriftführer und Rainer Brechtken (SPD), Klaus Herrmann (CDU), Veronika Netzhammer (CDU) und Christa Vossschulte (CDU) als Beisitzer. Die „Ehemaligen“ zählen kontinuierlich rund 200 Mitglieder.

Zum 25. Jubiläum im Jahr 2005 konnte erfreut festgestellt werden, dass die Vereinigung „Identität stifte“, das gilt auch heute noch. Die Gründe, die für eine Mitgliedschaft sprechen, liegen auf der Hand: Die Ehemaligen können mit dem politischen Geschehen in Kontakt bleiben, außerdem werden Bekanntschaften und Freundschaften gepflegt – unabhängig von einer tagespolitischen Auseinandersetzung. Fraktionsgrenzen gib es in der Vereinigung nicht (mehr), alle sind gleich, egal welche politische Funktion sie ausgeübt haben. „Über unsere Vereinigung pflegen wir auch Kontakte zu den parlamentarischen Vereinigungen des Bundes und der anderen Länder und wir werden durch unsere guten Kontakte zur Landtagsverwaltung über wichtige Angelegenheiten unseres Landtages auf dem Laufenden gehalten“, sagt Köberle.

Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg beweist, dass es für die Ehemaligen ein attraktives Leben nach der Mandatszeit gibt – sofern man ihr beitritt, stellt Köberle augenzwinkernd fest.

„Wir wollen über die aktive Abgeordnetenzeit hinaus und über Parteigrenzen hinweg den Kontakt untereinander aufrechterhalten, unbelastet von der stark parteipolitisch geprägten Auseinandersetzung der Tagespolitik.“

Vorsitzender Rudolf Köberle

Sitzungsplan

Juli – Dezember 2025

Scannen Sie den QR-Code, um den Sitzungsplan 2026 aufzurufen.

Im August finden keine Sitzungen statt.

- **Ständiger Ausschuss**
- **Innenausschuss**
- **Finanzausschuss**
- **Bildungsausschuss**
- **Wissenschaftsausschuss**
- **Umwelt- und Energieausschuss**
- **Wirtschaftsausschuss**
- **Sozial- und Integrationsausschuss**
- **Verkehrsausschuss**
- **Landwirtschaftsausschuss**
- **Landesentwicklungs- und Wohnungsausschuss**
- **Europaausschuss**
- **Petitionsausschuss**
- **Präsidium**
- **Plenum**
- **Fraktionen**
- **Reserviert für Sitzungen der Ausschüsse, Sondergremien und Fraktionen**
- **Informationswoche**

JULI 2025	SEPTEMBER 2025	OKTOBER 2025	NOVEMBER 2025	DEZEMBER 2025
1 Di	1 Mo	1 Mi ⓘ	1 Sa	1 Mo ◌
2 Mi	2 Di	2 Do ⓘ	2 So	2 Di
3 Do	3 Mi	3 Fr ⓘ	3 Mo ◌	3 Mi
4 Fr	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do
5 Sa	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr ◌
6 So	6 Sa	6 Mo ◌	6 Do	6 Sa
7 Mo ◌	7 So	7 Di	7 Fr ◌	7 So
8 Di	8 Mo	8 Mi	8 Sa	8 Mo ◌
9 Mi	9 Di	9 Do	9 So	9 Di
10 Do	10 Mi	10 Fr ◌	10 Mo ◌	10 Mi
11 Fr ◌	11 Do	11 Sa	11 Di	11 Do
12 Sa	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Fr ◌
13 So	13 Sa	13 Mo ◌	13 Do	13 Sa
14 Mo ◌	14 So	14 Di	14 Fr ◌	14 So
15 Di	15 Mo	15 Mi	15 Sa	15 Mo
16 Mi	16 Di	16 Do	16 So	16 Di
17 Do	17 Mi	17 Fr ◌	17 Mo ◌	17 Mi
18 Fr ◌	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do
19 Sa	19 Fr	19 So	19 Mi	19 Fr
20 So	20 Sa	20 Mo ◌	20 Do	20 Sa
21 Mo ◌	21 So	21 Di	21 Fr ◌	21 So
22 Di	22 Mo ◌	22 Mi	22 Sa	22 Mo
23 Mi	23 Di	23 Do	23 So	23 Di
24 Do	24 Mi	24 Fr ◌	24 Mo ⓘ	24 Mi
25 Fr ◌	25 Do	25 Sa	25 Di ⓘ	25 Do
26 Sa	26 Fr ◌	26 So	26 Mi ⓘ	26 Fr
27 So	27 Sa	27 Mo	27 Do ⓘ	27 Sa
28 Mo	28 So	28 Di	28 Fr ⓘ	28 So
29 Di	29 Mo ⓘ	29 Mi	29 Sa	29 Mo
30 Mi	30 Di ⓘ	30 Do	30 So	30 Di
31 Do		31 Fr		31 Mi

Impressum

Der LANDTAGSSPIEGEL wird herausgegeben von der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg.

Redaktion
Willi Reiners (verantw.)
Bettina Schreitmüller
Marco Piljic
Michelle Binder

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Entsprechendes gilt für die Beiträge der Fraktionen.

Layout & Design
unger+ kreative strategen GmbH, Stuttgart
www.ungerplus.de

Herstellung
Bonifatius GmbH, Paderborn
www.bonifatius.de

Gedruckt auf chlor- u. säurefrei gebleichtem Papier

Fotos
© Bavaria Fiction/Markus Fenchel [S. 60 (Mi. li.)]
© Betriebssportgemeinschaft [U2 (Mi. re.), S. 54 (Mi. li.), 55]
© Dr. Ing. h.c. F. Porsche Aktiengesellschaft [S. 10]
© Fraktion AfD [S. 14, 15]
© Fraktion CDU/Hannes Griepentrog [S. 08 (o. li.)]
© Fraktion CDU/Marcel Ditrich [S. 08 (o. re.), 09]
© Fraktion FDP/DVP [S. 12, 13 o. re., u. li.)]
© Fraktion Grüne [S. 07 (o.)]
© Fraktion SPD [S. 11]
© iStock [S. 13 (u. re.), 47 (o.)]
© Jan Saße [S. 52, 53 (Illustrationen)]
© Lena Lux [S. 06 (Montage), 07 (u.), 31 (Porträt Sarah Hagmann)]
© LTBW [S. 05 (u.), 57 (Mi. li., u.li.), 60 (u. li.), 61 (u. li.), 63 (o. re.)]
© LTBW/Jan Potente [S. 56 (o.)]
© LTBW/Leif Piechowski [U1, U2 (o.li., o. re., Mi. li.), S. 01, 02, 03, 16, 17, 18, 21, 45 (o.), 46 (o.), 48 (o.), 49, 50, 51, 54 (o.), 56 (u.), 57, 58, 59 (o. li., Mi. u.), 60 (o. re., Mi. li., Mi. re.), 61 (o. re., Mi. li., Mi. re.), 62, 63 (o. li.), 64]
© picture alliance/dpa | Bernd Weißbrod [S. 04 (u.)]
© picture alliance/dpa | Franziska Kraufmann [S. 04 (o.)]
© picture alliance/imageBROKER | Manuel Kamuf [S. 05 (o.)]
© picture alliance/Westend61 | Werner Dieterich [S. 05 (Mi.)]
© Privat [S. 02 Porträt Axel Habermehl]
© Rack Fotografie [S. 40]
© Ratskanzlei Appenzell Innerrhoden [S. 63 (u. re.)]
© RINGFOTO Löffler [S. 53 (Porträt Mascha Matysiak)]

Der LANDTAGSSPIEGEL kann kostenlos angefordert werden beim Referat

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Social Media
Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
E-Mail: landtagspressestelle@landtag-bw.de

Texte im Internet
Im Internet steht der LANDTAGSSPIEGEL als barrierefreies PDF-Dokument zur Verfügung:
www.ltbw.de/informationsmaterial

Redaktionsschluss
15. Mai 2025 (Mantel)

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

© 2025 Landtag von Baden-Württemberg

Weitere Informationen

→ Volkshandbuch
Das Volkshandbuch zur 17. Wahlperiode mit Fotos und Kurzbiografien der Abgeordneten, einem Auszug aus der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtags

→ Willkommen im Landtag
Kurz gefasster Überblick über Aufgaben und Organisation des zentralen Verfassungsorgans Baden-Württembergs

→ Grundgesetz/Landesverfassung
Taschenbuch

→ Reise in den Landtag
Kinderbroschüre
Max und Bea sollen einen Aufsatz zum Thema Politik/Landtag in Baden-Württemberg schreiben. Gemeinsam mit einem Außerirdischen und dessen Raumschiff unternehmen die Kinder eine nächtliche Reise in den Landtag.

→ Das Petitionsrecht
Faltprospekt

→ Weg der Erinnerung
Flyer mit Informationen über fünf Stuttgarter Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

Diese Publikationen können *kostenlos* angefordert werden beim

Landtag von Baden-Württemberg
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
E-Mail: post@landtag-bw.de

Bestellmöglichkeit im Internet:
www.ltbw.de/informationsmaterial

→ Internet
Homepage des Landtags (einschließlich Live-Übertragung von Plenardebatten und Mediathek):
www.landtag-bw.de

→ Aktuelle Sitzungstermine

→ Anmeldung zu Besuchen
Landtag von Baden-Württemberg
Besucherdienst
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-2009, Telefax: 0711 2063-142402
E-Mail: bsd@landtag-bw.de

→ Landtagsfilm
Der Film erklärt in vier Kapiteln Aufgaben und Organisation des Landtags und vermittelt einen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten.

LandtagBW **landtag_bw** **Landtag_BW** **BWLandtag** **bawü.social/@Landtag_BW**